D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 23
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

11. Juni 1982
Preis 1,80 DM

Reagan – und die Friedensbewegung

gkr. Es ist eine Herausforderung an die Friedensbewegung, wenn sich in Bonn an diesem Mittwoch und Donnerstag die Nato-Regierungschefs treffen. Eine Herausforderung, weil sich diese Friedensbewegung in erster Linie und zunächst an dem Nato-Nachrüstungsbeschluß, an der Stationierung weiterer Atomwaffen mit einer neuen Qualität in Westeuropa entzündete, weil Reagan sie durchsetzen will. Es war daher von vornherein, als bekannt wurde, daß die Nato in Bonn tagen würde, keine Frage, daß dies zu einem neuen Konzentrationspunkt für die Friedensbewegung nach dem 10. Oktober werden würde und mußte.

Die Gründe dafür sind mannigfach. Es ist der Nachrüstungsbeschluß. Wir leben in der BRD, dem Land, das zu den wichtigsten Mitgliedern dieses Militärbündnisses gehört. Es ist darüber hinaus *unser* Land, das von einem Krieg zwischen der Nato als dem einen Militärblock und dem Warschauer Pakt als dem anderen letzten Endes nur noch als Wüste übrig bleiben könnte.

Und schließlich haben viele von uns in der Vergangenheit die Befreiungskämpfe der Länder der Dritten Welt, und das heißt insbesondere Vietnams und Kampucheas, gerade gegen diese Supermacht unterstützt und tun das noch heute. Die Verbrechen der USA in Mittel- und Lateinamerika, gegenwärtig vor allem in El Salvador, in der Türkei die Unterstützung, ja das an die Macht Putschen der dortigen Militärs, all das ist geläufig und hat den Widerstand zumindest linker Kreise hervorgebracht. Die ,,taz" konnte erst jüngst melden, daß mittlerweile nahezu 3 Mio. DM für ,,Waffen für El Salvador" gespendet wurden, eine beachtliche Summe.

in Westeuropa entzündete, weil Reagan sie durchsetzen will. Es war daher von vornherein, als bekannt wurde, daß die Nato in Bonn tagen würde, keine Frage, daß dies zu einem neuen Konzentrationspunkt für die Friedensbewegung nach dem 10. Oktober werden würde und mußte.

Die Gründe dafür sind mannigfach. Es ist der Nachrüstungsbeschluß. Wir leben in der BRD, dem Land, das zu den wichtigsten Mitgliedern dieses Militärbündnisses gehört. Es ist darüber hinaus *unser* Land, das von einem Krieg zwischen der Nato als dem einen Militärblock und dem Warschauer Pakt als dem anderen letzten Endes nur noch als Wüste übrig bleiben könnte.

Und schließlich haben viele von uns in der Vergangenheit die Befreiungskämpfe der Länder der Dritten Welt, und das heißt insbesondere Vietnams und Kampucheas, gerade gegen diese Supermacht unterstützt und tun das noch heute. Die Verbrechen der USA in Mittel- und Lateinamerika, gegenwärtig vor allem in El Salvador, in der Türkei die Unterstützung, ja das an die Macht Putschen der dortigen Militärs, all das ist geläufig und hat den Widerstand zumindest linker Kreise hervorgebracht. Die ,,taz" konnte erst jüngst melden, daß mittlerweile nahezu 3 Mio. DM für ,,Waffen für El Salvador" gespendet wurden, eine beachtli-

All dies sind Gründe für eine Demonstration der Friedensbewegung *besonders* anläßlich eines Nato-Gipfels. Und dies hat auch dazu geführt, daß auch im Aufruf dieser Demonstration eine viel konkretere Kritik an den Erscheinungen der Politik der Nato geübt wurde, als dies anläßlich der Demonstration vom 10. Oktober geschehen war.

Das ist ein, nicht aber der einzige Unterschied zu der Demonstration am 10. Oktober. Mittlerweile hat in Polen eine Militärjunta von Moskaus Gnaden das Kriegsrecht verhängt, die unabhängige Gewerkschaft ,,Solidarność" in den Untergrund gedrängt, gewalttätig und zum Teil blutig die unabhängigen Regungen des polnischen Volkes unterdrückt. Ist es so erstaunlich, daß sich auch nach dieser Seite hin die Vorstellungen einer von den Blöcken unabhängigen Politik in den letzten Monaten konkretisieren mußten? Und die Friedensbewegung in der DDR, die sicherlich einen Teil ihrer Triebkräfte aus der Kenntnis der Entwicklung der Friedensbewegung in den westlichen Ländern wie des Kriegsrechts gegen das polnische Volk zieht, wirkt zurück auf uns hier in der BRD.

Man möchte fast sagen, was in der Demonstration vom 10. Oktober in großen Teilen wie eine Utopie anmutete, ein Wunsch, der sich einfach aus der schlichten Überlegung ergibt, daß wir keinem großen Militärblock zugerechnet werden wollen, der vielleicht eher einem spontanen aber nichtsdestoweniger richtigen Gefühl entspringt, mußte in mehrerer Hinsicht konkretisiert werden. Diese Konkretisierung hat dazu geführt, daß einige, die noch zur Bonner Demonstration am 10. Oktober aufgerufen haben, den Aufruf zum 10.6. nicht unterstützt haben. Und sie hat auf der anderen Seite zu einer schärferen Auseinandersetzung in der Friedensbewegung um die Frage der Unterstützung der Kämpfe der Völker, die vom Sozialimperialismus unterdrückt werden, geführt. Es erscheint dabei nicht verwunderlich, daß gerade von Seiten der ,,Grünen" diese Auseinandersetzung geführt wird, geht es doch dabei auch um die Frage, mit welchen Inhalten ,,Frieden" gefüllt wird.

Im übrigen ist die Verhängung des Kriegsrechts in Polen auch einer der Gründe, warum die CDU gegenwärtig überhaupt *für* die Nato demonstrieren konnte. 80000 Menschen nach Polizeiangaben in Bonn, nochmals vielleicht 30000 Menschen in München, diese Zahlen können nicht mit Parteimitgliedschaft oder sonst was abgetan werden. Immerhin gehört diese Demonstration zu den größten der letzten Jahre, hinter der Friedensdemonstration am 10. Oktober des vergangenen Jahres. Die neuen Vorschläge Reagans zu den Abrüstungsverhandlungen mögen ein übriges dazu getan haben, daß die Nato als ,,Friedensbündnis" erscheinen und Reagan seine Europareise als ,,Friedensreise" bezeichnen kann.

Die Nato will auf ihrer Konferenz in Bonn eine ,,Bonner Erklärung" verabschieden. Militärische Stärke vor allem auf konventionellem Gebiet, der Einsatz von Nato-Staaten außerhalb des Bündnisgebietes, Polen, vor allem aber der Malvinen-Krieg und schließlich die Frage: ist die ,,Entspannung" vorbei, mit anderen Worten: wieweit kann der Ausgleich zwecks Handel mit der Sowjetunion gehen, werden die Konferenz bestimmen. Vielleicht wird auch noch das eine oder andere zu der Debatte über die Nato-Strategie gesagt. Ehmke (SPD) will z.B. die Einrichtung einer besonderen Strategiekommission. Das sind Versuche, aufbrechende Widersprüche innerhalb der Nato zu kitten. Ausgetragen werden sie auf dieser Konferenz sicher nicht.

Völker, die vom Sozialimperialismus unterdrückt werden, geführt. Es erscheint dabei nicht verwunderlich, daß gerade von Seiten der ,,Grünen" diese Auseinandersetzung geführt wird, geht es doch dabei auch um die Frage, mit welchen Inhalten ,,Frieden" gefüllt wird.

Im übrigen ist die Verhängung des Kriegsrechts in Polen auch einer der Gründe, warum die CDU gegenwärtig überhaupt *für* die Nato demonstrieren konnte. 80000 Menschen nach Polizeiangaben in Bonn, nochmals vielleicht 30000 Menschen in München, diese Zahlen können nicht mit Parteimitgliedschaft oder sonst was abgetan werden. Immerhin gehört diese Demonstration zu den größten der letzten Jahre, hinter der Friedensdemonstration am 10. Oktober des vergangenen Jahres. Die neuen Vorschläge Reagans zu den Abrüstungsverhandlungen mögen ein übriges dazu getan haben, daß die Nato als ,,Friedensbündnis" erscheinen und Reagan seine Europareise als ,,Friedensreise" bezeichnen kann.

Die Nato will auf ihrer Konferenz in Bonn eine ,,Bonner Erklärung" verabschieden. Militärische Stärke vor allem auf konventionellem Gebiet, der Einsatz von Nato-Staaten außerhalb des Bündnisgebietes, Polen, vor allem aber der Malvinen-Krieg und schließlich die Frage: ist die ,,Entspannung" vorbei, mit anderen Worten: wieweit kann der

Für die Friedensbewegung gibt das allerdings keinen Grund zu versuchen, ihre Ziele innerhalb der Nato durchzusetzen. Die Auflösung der Nato als Militärbündnis, in dessen Rahmen die USA vor allem ihre Weltherrschaftsinteressen durchsetzen, ist notwendig. Als erster Schritt hierzu kann ein Austritt der BRD aus der Nato dienen. Das hat aber nichts damit zu tun, daß eine Verteidigung nicht notwendig wäre, eine Verteidigung auch und gerade gegen die Absichten der Sowjetunion, sondern damit, daß im Rahmen dieses Militärbündnisses eine *Verteidigung* nicht möglich ist. Z.B. weil die Nato als Instrument der USA Europa lediglich als Schlachtfeld betrachtet und daher auch skrupellos genug einer konventionellen Panzerüberlegenheit des Warschasuer Paktes den Einsatz von Atomwaffen entgegensetzt. Egal, ob die BRD schließlich verwüstet zurückbleibt. Eher kann dies gehen mit alternativen Verteidigungskonzepten und in einem neuen Bündnis mit den Ländern der Dritten Welt. Aber allemal ist einer der wichtigsten Schritte gegen die Kriegsgefahr die Bekämpfung beider Militärblöcke und die Unterstützung der Völker, die im Kampf gegen eine der beiden Supermächte stehen.



Gegen die Absicht einer einprozentigen Besoldungskürzung bei den Beamten und weitere geplante Kürzungen im öffentlichen Dienst fanden in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Kundgebungen der Gewerkschaften aus dem öffentlichen Dienst statt. *Bild:* Kundgebung der Postgewerkschaft am 7.6. in Frankfurt auf dem Paulsplatz mit ca. 250 Teilnehmern.

,,Frieden" für Galiläa – Krieg den Palästinensern

Die israelische Invasion im Südlibanon will die PLO vernichten

chm. Am Sonntagmorgen um 11.00 Uhr marschierten 20000 israelische Soldaten mit ca. 250 Panzern in den Südlibanon ein. Sie überrannten oder umgingen einfach die Stellungen der UNIFIL, die Anweisungen hatte, sie nicht zu stoppen, von ihrer Ausrüstung her aber gar nicht in der Lage gewesen wäre, dies wirksam zu tun. Nach den letzten Nachrichten ist Sidon (Saida) umzingelt, Nabatiyeh und Tyros sollen von den Invasionsverbänden besetzt worden sein, die Straße nach Beirut, ca. 40 km von Sidon entfernt, halten sie unter Beschuß. Die wichtigste Stellung der PLO im Südlibanon, die Kreuzritterburg Beaufort Castle, soll gefallen sein. Von Beaufort Castle, das nur wenige Kilometer von der israelischen Grenze entfernt liegt, konnte die PLO die israelischen Siedlungen in Nordgaliläa mit ihren Raketen erreichen.

Offen ist, ob Israel seinen Vormarsch bis nach Beirut fortsetzen wird oder nicht. Begleitet war die Invasion von schweren Angriffen der Luftwaffe auf Beirut; genaue Schätzungen über die Zahl der Toten und Verwundeten gibt es noch nicht. Aber da die israelische Luftwaffe üblicherweise dichtbesiedelte Gebiete angreift, muß man davon ausgehen, daß diese Zahl sehr hoch ist.

Israels Ziele bei dieser Invasion sind klar gesteckt: Militärisch will Israel eine Zone von mindestens 40 km – bis Sidon sind es allerdings schon 60 km – an seiner Nordgrenze besetzt halten: es will die PLO-Stellungen im Süden des Libanon, die einzigen, die ihr noch verblieben sind, zerschlagen; Begin will damit der eigenen Bevölkerung beweisen, daß der teure Militärapparat, den sie mit ihren Steuern und ihrem Leben unterhalten, in der Lage ist, sie zu schützen; den Palästinensern in den besetzten Gebieten will er das Rückgrat brechen, indem er ihnen zeigt, daß ihre politische Führung, die PLO, militärisch ohne Bedeutung ist. Die Grenze des offiziell als Besatzungsgebiet angegebenen Territoriums bildet der Litanifluß, dessen Wasser für die israelische Landwirtschaft im Norden von großer Bedeutung.

Bisher ist die israelische Invasion nur auf Gegenwehr seitens der palästinensischen Guerillaeinheiten, den mit ihnen verbündeten Einheiten der Libanesischen Arabischen Armee und offensichtlich auch von Teilen der PLA, der Palästinensischen Befreiungsarmee, die irrtümlich als syrische Einheiten angesehen wurden, gestoßen. Wiederholt hat die israelische Regierung erklärt, daß sie die Konfrontation mit Syrien nicht will. Die syrischen Truppen, in der Bekaaebene stationiert, sind in gewisser Weise weit vom Schuß.

Offensichtlich ist es so, daß die PLO-Einheiten ihre festen Stellungen im Süden verlassen haben. Sie führen einen Bewegungskrieg im ganzen Bereich, in dem sich die israelischen Invasionstruppen befinden. Sie konzentrieren sich darauf, dem Feind Verluste zuzufügen, und nicht so sehr darauf, seinen Vormarsch zu stoppen. Bisher sollen 32 israelische Soldaten gefangengenommen worden sein. Mit dieser Taktik kommt die israelische Armee nicht gut zurecht. Von ihrer Zusammensetzung als Reservistenarmee her kann sie Verluste an Menschen schwer verkraften. Deswegen waren alle bisherigen Kriege gegen die arabischen Staaten Blitzkriege, rasche Eroberungsfeldzüge, bei denen relativ schnell die gegnerische Armee und Luftwaffe ausgeschaltet wurden. Die Ausnahme bildet der Oktoberkrieg, wo der Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens erstmals großes Durcheinander bei den israelischen Streitkräften ausgelöst hat. Eine weitere Ausnahme ist die Invasion von 1978 gegen die PLO im Südlibanon, wo es sich gezeigt hat, daß die israelische Armee dem Bewegungskrieg der palästinensischen Guerillas nicht gewachsen war und sie sich zurückziehen mußte. Das könnte diesmal, trotz des raschen Vormarsches, auch der Fall sein.



Gegen die Absicht einer einprozentigen Besoldungskürzung bei den Beamten und weitere geplante Kürzungen im öffentlichen Dienst fanden in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Kundgebungen der Gewerkschaften aus dem öffentlichen Dienst statt. *Bild:* Kundgebung der Postgewerkschaft am 7.6. in Frankfurt auf dem Paulsplatz mit ca. 250 Teilnehmern.

,,Frieden" für Galiläa – Krieg den Palästinensern

Die israelische Invasion im Südlibanon will die PLO vernichten

chm. Am Sonntagmorgen um 11.00 Uhr marschierten 20000 israelische Soldaten mit ca. 250 Panzern in den Südlibanon ein. Sie überrannten oder umgingen einfach die Stellungen der UNIFIL, die Anweisungen hatte, sie nicht zu stoppen, von ihrer Ausrüstung her aber gar nicht in der Lage gewesen wäre, dies wirksam zu tun. Nach den letz-

gebenen Territoriums bildet der Litanifluß, dessen Wasser für die israelische Landwirtschaft im Norden von großer Bedeutung.

Bisher ist die israelische Invasion nur auf Gegenwehr seitens der palästinensischen Guerillaeinheiten, den mit ihnen verbündeten Einheiten der Libanesischen Arabischen Armee und offen-

Hamburg und danach

cld.Hamburg. Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg haben die politische Landschaft nicht nur in Hamburg, sondern in der BRD verändert. Ergebnis ist, daß die CDU mit 43,2% der Stimmen stärkste Partei in der Bürgerschaft in Hamburg ist, und das zum ersten Mal seit Bestehen der BRD. Die SPD hat mit 42,8% der Stimmen die absolute Mehrheit verloren. Die FDP ist erneut mit 4,8% der Stimmen an der 5%-Hürde gescheitert. Der erfreulichste Aspekt: die Grün-Alternative-Liste zieht mit 7,7% der Stimmen in die Bürgerschaft ein.

Das Wahlergebnis hat den bürgerlichen Politikern, in Hamburg und Bonn, die Tränen in die Augen getrieben. Das bisherige System des Parlamentarismus mit den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD sowie der FDP als ,,Zünglein an der Waage", die für die Bildung von Regierungsmehrheiten gebraucht wurde und damit auch für Regierungswechsel ohne Neuwahlen zur Verfügung stand, hat einen schweren Knacks bekommen.

In Hamburg kann keine der beiden großen Parteien ohne die GAL eine Regierung bilden. Eine große Koalition halten wohl beide aus unterschiedlichen Motiven für nicht sinnvoll. Es bliebe für die Bildung einer Mehrheitsregierung nur das Bündnis SPD-GAL, weil die GAL die Zusammenarbeit mit der CDU natürlich strikt ablehnt. Aber auch eine Tolerierung des SPD-Senats durch die GAL ist ziemlich unwahrscheinlich: Sie wird von der SPD um

Demonstration

5%-Hürde gescheitert. Der erfreulichste Aspekt: die Grün-Alternative-Liste zieht mit 7,7% der Stimmen in die Bürgerschaft ein.

Das Wahlergebnis hat den bürgerlichen Politikern, in Hamburg und Bonn, die Tränen in die Augen getrieben. Das bisherige System des Parlamentarismus mit den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD sowie der FDP als ,,Zünglein an der Waage", die für die Bildung von Regierungsmehrheiten gebraucht wurde und damit auch für Regierungswechsel ohne Neuwahlen zur Verfügung stand, hat einen schweren Knacks bekommen.

In Hamburg kann keine der beiden großen Parteien ohne die GAL eine Regierung bilden. Eine große Koalition halten wohl beide aus unterschiedlichen Motiven für nicht sinnvoll. Es bliebe für die Bildung einer Mehrheitsregierung nur das Bündnis SPD-GAL, weil die GAL die Zusammenarbeit mit der CDU natürlich strikt ablehnt. Aber auch eine Tolerierung des SPD-Senats durch die GAL ist ziemlich unwahrscheinlich: Sie wird von der SPD um

Demonstration am 10. Juni in Bonn, Rheinauen

Am Vormittag 5 Demonstrationszüge zu den rechtsrheinischen Rheinauen. Dort ab 12.00 Uhr Vorprogramm. 14.00 bis 16.00 Uhr: 4 Foren anschließend etwa ab 16.00 Uhr Schlußkundgebung

Dohnanyi abgelehnt, und die Forderungen der GAL für einen solchen Kompromiß sind zu tiefgreifend, als daß die SPD sie gegenwärtig erfüllen könnte.

Die GAL hat vor der Wahl folgende Bedingungen für eine Tolerierung des Senats beschlossen: 1. Ausstieg aus der Kernenergie, vor allem Brokdorf. 2. Keine weiteren Kürzungen im Sozialbereich. 3. Verabschiedung eines Beschäftigungsprogramms. 4. Hamburg tritt im Bundesrat gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen ein. 5. Rücknahme aller mietsteigernden Maßnahmen in Hamburg.

Es ist ziemlich klar, daß die SPD in Hamburg nur nach einem tiefgreifenden Wandel in ihren Reihen ein solches Programm unterschreiben könnte. Es bleibt aktuell nur die Möglichkeit, daß der alte Senat erstmal weitermacht. Das ist laut Hamburger Verfassung deswegen möglich, weil nach der Wahl nicht automatisch der Senat zurücktreten muß, sondern solange im Amt

Fortsetzung Seite 2 oben

Die amtlich anerkannte Steuerhinterziehung

Von Friedemann Bleicher

Wie bekannt, haben sich die Haushaltsplaner wieder mal verschätzt, beziehungsweise ihren kühnen Hoffnungen über einen wenigstens leichten wirtschaftlichen Aufschwung wurde mittlerweile durch die wirkliche Entwicklung der Boden entzogen. Jedenfalls ist für das Haushaltsjahr 1982 ein Nachtragshaushalt fällig und der Haushalt für 1983 muß von erneut verschlechterten Voraussetzungen ausgehen. Die Spitzen der Regierungskoalition von SPD und FDP haben erste Beratungen darüber aufgenommen, und erst recht nach der Hamburger Wahl darf man auf alles gefaßt sein. Gut möglich, daß die FDP darüber doch noch einen vorzeitigen Regierungswechsel herbeiführt, da für diese Partei die Sicherung ihres Überlebens als Parlamentspartei über allem steht.

Helmut Schmidt hat auf dem DGB-Kongreß fallen lassen, ihm sei eine Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen auch lieber gewesen. Das war natürlich bloß zur Besänftigung gedacht, und der DGB-Vorstand wird ihn so wenig wie früher beim Wort nehmen. Manfred Lahnstein, der in der Ministerialbürokratie großgewordene neue Finanzminister, hat bereits die Akzente gesetzt. Neue Einschnitte in Leistungsgesetze seien unumgänglich: vor allem die Rentenansprüche von Arbeitslosen will er kürzen.

Aber Lahnstein hat auch einige Lockvögel in Richtung Gewerkschaft ausgeschickt. Einiges aus seinem Vorschlagspaket entspricht Forderungen, die von der linken Sozialdemokratie erhoben werden, und die Kapitalistenpresse hat bereits das unumgängliche Gezeter angestimmt. Einmal sollen nach diesen Vorschlägen die Unternehmer nun doch darauf verzichten, ihre Bewirtungskosten steuerlich absetzen zu können. Zweitens soll für Zinseinkommen die Quellenbesteuerung eingeführt werden.

An sich unterliegen Einkünfte aus Geld- und Kapitalvermögen – also auch Zinsen – in der Bundesrepublik schon jetzt der Einkommenssteuer und müßten demzufolge bei der Veranlagung der Einkommenssteuer angegeben werden. Ein Vergleich der tatsächlichen Kapitalerträge mit den bei den Einkommenssteuererklärungen angegebenen zeigt aber, daß es bei diesen Einkünften zu jährlichen Steuerhinterziehungen in Milliardenhöhe kommt. Dem soll dadurch begegnet werden, daß die Kreditinstitute ab 1983 verpflichtet werden, bei Auszahlung der Zinsen aus Einlagen, Guthaben und Schuldverschreibungen die fällige Steuer gleich einzubehalten und an das Finanzamt abzuliefern. Dem Verfahren nach entspricht dies dem Steuerabzug bei der Lohnsteuer. Auch hier wird bei der Auszahlung des Lohnes ja die Steuer gleich von den Unternehmen einbehalten.

Entlarvend ist, was die Kapitalistenpresse an solchen Absichten zu kritisieren hat. Es heißt da nämlich, die Banken fürchteten, daß bei Verwirklichung dieser Pläne die Kapitalflucht gefördert werden könnte. Womit die amtlich anerkannte Steuerhinterziehung zur Bedingung erklärt wird, daß das Kapital sich überhaupt in diesem Lande niederläßt.

Der Vorgang zeigt wieder mal deutlich die wirklichen Verhältnisse in diesem Land. Staatliche Maßnahmen können zwar tief in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen, sie bleiben aber begrenzt durch die Macht des Geldes; der Staat bleibt abhängig vom Kapital, das die wirtschaftliche Macht hat.

Zahlreich sind die steuerlichen Vergünstigungen und Subventionen, die dem Reichtum zuteil werden. Sei es durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen, sei es, daß in den gesetzlichen Regelungen die Steuerhinterziehung bereits eingebaut ist. Das muß gerade im Zusammenhang mit den Haushaltskrisen aufgedeckt, kritisiert und bekämpft werden. Viel erreicht aber kann dadurch nicht werden, wie die Diskussion um die Quellensteuer zeigt. Es wäre ein völliger Irrweg, der Illusion zu verfallen, vermittels der Besteuerung ließe sich so etwas wie soziale Gerechtigkeit herstellen oder womöglich gar die Macht des Kapitals aufheben.

Fortsetzung von Seite 1

Hamburg ...

bleibt, bis er durch eine Mehrheit abgewählt wird. Diese Mehrheit wird es aber absehbar nicht geben. Spätestens bei den Haushaltsberatungen im Herbst wird der Senat zurücktreten müssen, weil er keine Mehrheit für den Haushalt bekommen wird, und es werden dann Neuwahlen stattfinden. Bis dahin wird Hamburg „unregierbar sein", d.h. keine der bürgerlichen Parteien kann größere Projekte durchsetzen. Soweit zur Entwicklung in der nächsten Zeit in Hamburg.

Die Hamburger Wahl hat aber natürlich weitergehende Aspekte. Sie hat die Entwicklung bestätigt, daß die SPD/FDP-Koalition in der jetzigen

Wahlergebnisse in Hamburg

Bürgerschaft

SPD	407304	42,8%
CDU	411734	43,2%
FDP	46181	4,8%
DKP	5546	0,6%
KPD	720	0,1%
GAL	72897	7,7%
HLA	6197	0,7%
ÖDP	1664	1,6%

Bezirksversammlungen

SPD	387192	40,9% (–1,3%)
CDU	401476	42,4% (+4,5%)
FDP	52575	5,5% (–0,2%)
DKP	6798	0,7% (–0,6%)
GAL	85160	9,0%

Form und mit einem politischen Programm der Krisensanierung durch die Mästung der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, der Rentner, Schüler und anderer Teile des Volkes nicht mehr mehrheitsfähig ist. Darunter fällt auch ihre Politik der vorbehaltlosen Unterstützung der NATO und des NATO-Doppelbeschlusses. Das wird einige Auswirkungen auf die nächsten Beschlüsse der Bundesregierung, vor allem zur Operation '83 haben. Die FDP hat jetzt endgültig bestätigt bekommen, daß die Rolle des „Zünglein an der Waage" nicht mehr akzeptiert wird. Der Großteil ihrer Wähler (bei der letzten Bundestagswahl) ist zur CDU gegangen, ein etwas kleinerer Teil zur SPD und zur GAL. Für die FDP steht also die Entscheidung an, voll zur CDU überzulaufen und die Koalition in Bonn zu wechseln, was ihr sicher nicht viel bringen würde, da offensichtlich der Spielraum zwischen CDU und SPD aufgrund fast identischer Politik so klein ist, daß dort kein Platz mehr für eine dritte Partei ist. Ein solcher Schritt würde aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Zerfall des bisherigen politischen Verhältnisses zumindestens bis '84 etwas aufhalten können. Eine CDU/FDP-Koalition hat sowohl eine relativ starke Position im Bundestag wie auch im Bundesrat und könnte ganz anders als die gegenwärtige Koalition die Aufrüstung, den Sozialabbau, die Mästung der Reichen vorantreiben. Für die FDP wäre dies sicher keine Rettung. Sie wird wohl so oder so von der politischen Bühne verschwinden.

In der SPD wird die Hamburger Wahl die Auseinandersetzung um den Kurs der Partei sicher wieder voll in Gang bringen. In Hamburg, dem größten Industriegebiet Westdeutschlands, hat sich die Tendenz, daß Teile der Facharbeiterschaft von der SPD zur CDU überlaufen, bestätigt. Aber noch größer sind die Verluste der SPD an die GAL, vor allem bei jüngeren Wählern. Auch die SPD muß sich entscheiden, welchen Weg sie einschlagen will, ob sie ihre bisherige reaktionäre Politik fortsetzen will, die nach allen Seiten hin im Ergebnis zu weiteren Verlusten führen wird, oder ob sie sich offen hält für Bündnisse mit Grünen und Alternativen Listen. So oder so, die Differenzierung innerhalb der SPD wird weitergehen, und es bleibt eine wichtige Aufgabe in den Gewerkschaften und für die linken Listen, diese Differenzierung weiterzutreiben und Bündnismöglichkeiten hier zu nutzen. Wie anders soll gegenwärtig eine weitergehende Durchsetzung der Forderungen der Grünen und Alternativen auch auf Ebene des Parlaments erfolgreich sein?

Denn auch das haben die Wahlen in Hamburg bestätigt: gegenwärtig werden Grüne und Alternative Listen von weniger als 10% der Bevölkerung gewählt. Es sieht nicht so aus, daß sich das rasch ändern könnte. Um die Lage, wie sie in Hamburg entstanden ist, gut zu nutzen, muß die GAL in der nächsten Zeit an vielen Punkten ihr Programm weiterentwickeln. In der Auseinandersetzung um den Haushalt wird es vor allem darum gehen, Vorschläge zu entwickeln, wie die Staatsschuld zu behandeln ist. Für die Sanierung der Elbe und die Durchführung einer anderen Energiepolitik müssen konkrete Pläne entwickelt werden. Die Verschlechterungen im Schul- und Kindergartenbereich nehmen laufend zu etc., etc. Wieweit es der GAL gelingt, die durch den Wahlkampf fast auf Null zurückgegangene inhaltliche Arbeit am Programm, gestützt auf die verschiedensten Initiativen, wieder aufzunehmen und voranzutreiben, wird einmal über ihren Einfluß auf die kommenden Senatsentscheidungen und durch über ihre weitere Existenz entscheiden.



Karikatur der „Grauen Panther", USA

Das war natürlich bloß zur Besänftigung gedacht, und der DGB-Vorstand wird ihn so wenig wie früher beim Wort nehmen. Manfred Lahnstein, der in der Ministerialbürokratie großgewordene neue Finanzminister, hat bereits die Akzente gesetzt. Neue Einschnitte in Leistungsgesetze seien unumgänglich: vor allem die Rentenansprüche von Arbeitslosen will er kürzen.

Aber Lahnstein hat auch einige Lockvögel in Richtung Gewerkschaft ausgeschickt. Einiges aus seinem Vorschlagspaket entspricht Forderungen, die von der linken Sozialdemokratie erhoben werden, und die Kapitalistenpresse hat bereits das unumgängliche Gezeter angestimmt. Einmal sollen nach diesen Vorschlägen die Unternehmer nun doch darauf verzichten, ihre Bewirtungskosten steuerlich absetzen zu können. Zweitens soll für Zinseinkommen die Quellenbesteuerung eingeführt werden.

An sich unterliegen Einkünfte aus Geld- und Kapitalvermögen – also auch Zinsen – in der Bundesrepublik schon jetzt der Einkommenssteuer und müßten demzufolge bei

erhinterziehung zur Bedingung erklärt wird, daß das Kapital sich überhaupt in diesem Lande niederläßt.

Der Vorgang zeigt wieder mal deutlich die wirklichen Verhältnisse in diesem Land. Staatliche Maßnahmen können zwar tief in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen, sie bleiben aber begrenzt durch die Macht des Geldes; der Staat bleibt abhängig vom Kapital, das die wirtschaftliche Macht hat.

Zahlreich sind die steuerlichen Vergünstigungen und Subventionen, die dem Reichtum zuteil werden. Sei es durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen, sei es, daß in den gesetzlichen Regelungen die Steuerhinterziehung bereits eingebaut ist. Das muß gerade im Zusammenhang mit den Haushaltskrisen aufgedeckt, kritisiert und bekämpft werden. Viel erreicht aber kann dadurch nicht werden, wie die Diskussion um die Quellensteuer zeigt. Es wäre ein völliger Irrweg, der Illusion zu verfallen, vermittels der Besteuerung ließe sich so etwas wie soziale Gerechtigkeit herstellen oder womöglich gar die Macht des Kapitals aufheben.

Bezirksversammlungen

SPD	387192	40,9% (–1,3%)
CDU	401476	42,4% (+4,5%)
FDP	52575	5,5% (–0,2%)
DKP	6798	0,7% (–0,6%)
GAL	85160	9,0%

Form und mit einem politischen Programm der Krisensanierung durch die Mästung der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, der Rentner, Schüler und anderer Teile des Volkes nicht mehr mehrheitsfähig ist. Darunter fällt auch ihre Politik der vorbehaltlosen Unterstützung der NATO und des NATO-Doppelbeschlusses. Das wird einige Auswirkungen auf die nächsten Beschlüsse der Bundesregierung, vor allem zur Operation '83 haben. Die FDP hat jetzt endgültig bestätigt bekommen, daß die Rolle des „Zünglein an der Waage" nicht mehr akzeptiert wird. Der Großteil ihrer Wähler (bei der letzten Bundestagswahl) ist zur CDU gegangen, ein etwas kleinerer Teil zur SPD und zur GAL. Für die FDP steht also die Entscheidung an, voll zur CDU überzulaufen und die Koalition in Bonn zu wechseln, was ihr sicher nicht viel bringen würde, da offensichtlich der Spielraum zwischen CDU und SPD aufgrund fast identischer Politik so klein ist, daß



Karikatur der „Grauen Panther", USA

Rebmann gegen Datenschutzbeauftragten Bull

kvz. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Hans Peter Bull, „entfernt sich bewußt vom Gesetz" oder „mißachtet zumindest das geltende Recht". So die Vorwürfe des Generalbundesanwalts Rebmann, der noch nie besonders zurückhaltend war, wenn irgendjemand seiner Strafverfolgung in die Quere kam. Der Brief, in dem Rebmann diese Vorwürfe gegenüber Bull erhob, stammt etwa aus der Zeit Anfang des Jahres, zu der Bull seinen jährlichen Datenschutzbericht vorlegte, diesmal mit besonders deutlicher Kritik an den staatlichen Unterdrückungsinstrumenten. Gerade im Sicherheitsbereich gehe es um – „auch dem Datenschutz weit überlegene – vitale Gemeinschaftsinteressen", so schrieb Rebmann. Diesen Interessen gegenüber habe der Datenschutz seine „Aufgabenstellung und seinen Stellenwert peinlich genau zu beachten". Bull hat im Innenausschuß des Bundestages noch einige Beispiele genannt für das, was er kritisiert und was Rebmann offensichtlich weitertreiben will: Es seien nicht nur Daten von 16jährigen Abonnenten der „Tageszeitung", sondern auch Angaben über achtjährige Kinder im Auskunftssystem PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) gespeichert gewesen, so berichtete die „Frankfurter Rundschau". Die Angriffe reihen sich ein in eine Kampagne gegen den Datenschutz, die auch z.B. gegen die baden-württembergische Datenschützerin Leutze gerichtet ist, deren Ergebnis eine deutliche Verschärfung, so zumindest die Vorstellungen der CDU/CSU, des Datenschutzgesetzes bei einer anstehenden Novellierung sein soll.

Gemeinden ist Votum gegen Atomwaffen verwehrt

kvz. Gemeinden und Stadträte können ihre Gemeindegebiete nicht zur „atomwaffenfreien Zone" erklären, weil ein solcher Beschluß ihren örtlich beschränkten Wirkungskreis überschreiten würde. Die Regierung Oberbayerns gab mit diesem Beschluß den Gemeinden des Landkreises Mühldorf am Inn Rückendeckung gegen Anträge der „Grünen", die diese in den Gemeinderäten gestellt hatten.

Der KBW, dpa und das Geld

kvz. Von der Bild-Zeitung heißt es, man dürfe sie nicht schief halten, weil sonst das Blut raus fließt. Bei der seriösen Presse helfen solche Rezepte nicht, da wird mehr mit übelriechenden Duftstoffen gearbeitet. Letzten Dienstag schreibt die „Frankfurter Rundschau" auf ihrer Titelseite: „Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) ist nach dem Eindruck von Beobachtern politisch und organisatorisch am Ende." Das werden „Beobachter" sein, beamtete vermutlich. Abgesetzt hat den Text die „Deutsche Presseagentur", wird also auch wieder in anderen Zeitungen erschienen sein. Dreimal darf geraten werden, um was es sich diesmal alles dreht. Natürlich wieder um's Geld. Seit Jahren schon fasziniert namentlich dpa am KBW nichts so sehr wie sein märchenhafter Silberschatz. Und natürlich die Funktionäre, die – mal spartanisch entseelt, mal voller „Machtfülle" geschildert – sich um diesen Schatz rangeln. Dabei hat doch dpa schon vor Jahren dessen Aufteilung vorhergesagt. Es bleiben uns, seit jeher außerhalb des Verfassungsrahmens gestellt, wenig Möglichkeiten der Begegnung auf solcherart Journalismus. Natürlich hat diese jüngste Kampagne einen Anlaß: wie dem regelmäßigen Leser der KVZ bekannt, befindet eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des KBW kommendes Wochenende über den gemeinsamen Rahmen der weiteren Arbeit. Niemand will dort in jenes Reich, in dem sich der dpa-Schreiber befindet, zurück. Und wer wirklich was über den KBW wissen will, sollte besser gleich die KVZ lesen. So und so hält der KBW auch die sachlichen Hilfsmittel, die seine Mitglieder durch eigene Arbeit aufgebracht haben und erhalten, nicht unter Verschluß.

Immer noch Bußgelder wegen Zimbabwe-Sammlung

acm.Osnabrück. Beinahe wäre parallel zum Besuch von Robert Mugabe in der BRD ein Zimbabwe-Stand-Prozeß gegen 17 Angeklagte vor dem Landgericht Osnabrück in 2. Instanz durchgeführt worden. Am 4. Juni sollte ein seit sechs Jahren anhängiger Prozeß wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Landfriedensbruch erneut aufgerollt werden. Im Wahlkampf 1976 hatte der KBW in Osnabrück wie anderswo auch einen Stand-Basar zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durchgeführt. Mit der Begründung „keine schriftliche Genehmigung" wurde der Stand von einer Polizeitruppe abgeräumt. Es kam zu einer Straßenschlacht und 17 Verhaftungen. In der 1. Instanz 1978 brach das Aussagengebäude der Polizeibeamten schon völlig zusammen, trotzdem gab es eine Reihe von Verurteilungen. Nach 6 Jahren nun konnte das Gericht und die Staatsanwaltschaft keineswegs mehr mit „Wahrheitsfindung" und „Zeugenaussagen" daherkommen. Im Gegenteil konnte durch Verteidiger und Angeklagte der Verdacht erhärtet werden, daß der Prozeß der Justiz, seit westdeutsche Unternehmen mit dem neuen Zimbabwe ins Geschäft kommen wollen, äußerst unangenehm ist und faktisch verschleppt wurde. So konnte relativ schnell geklärt werden, daß der Prozeß eingestellt gehört. Daß dabei, abgeleitet aus der Verurteilung in der 1. Instanz, trotzdem noch Bußgelder für einen Großteil der Angeklagten herauskam, gehört zu den unangenehmen Seiten dieser Einstellung.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

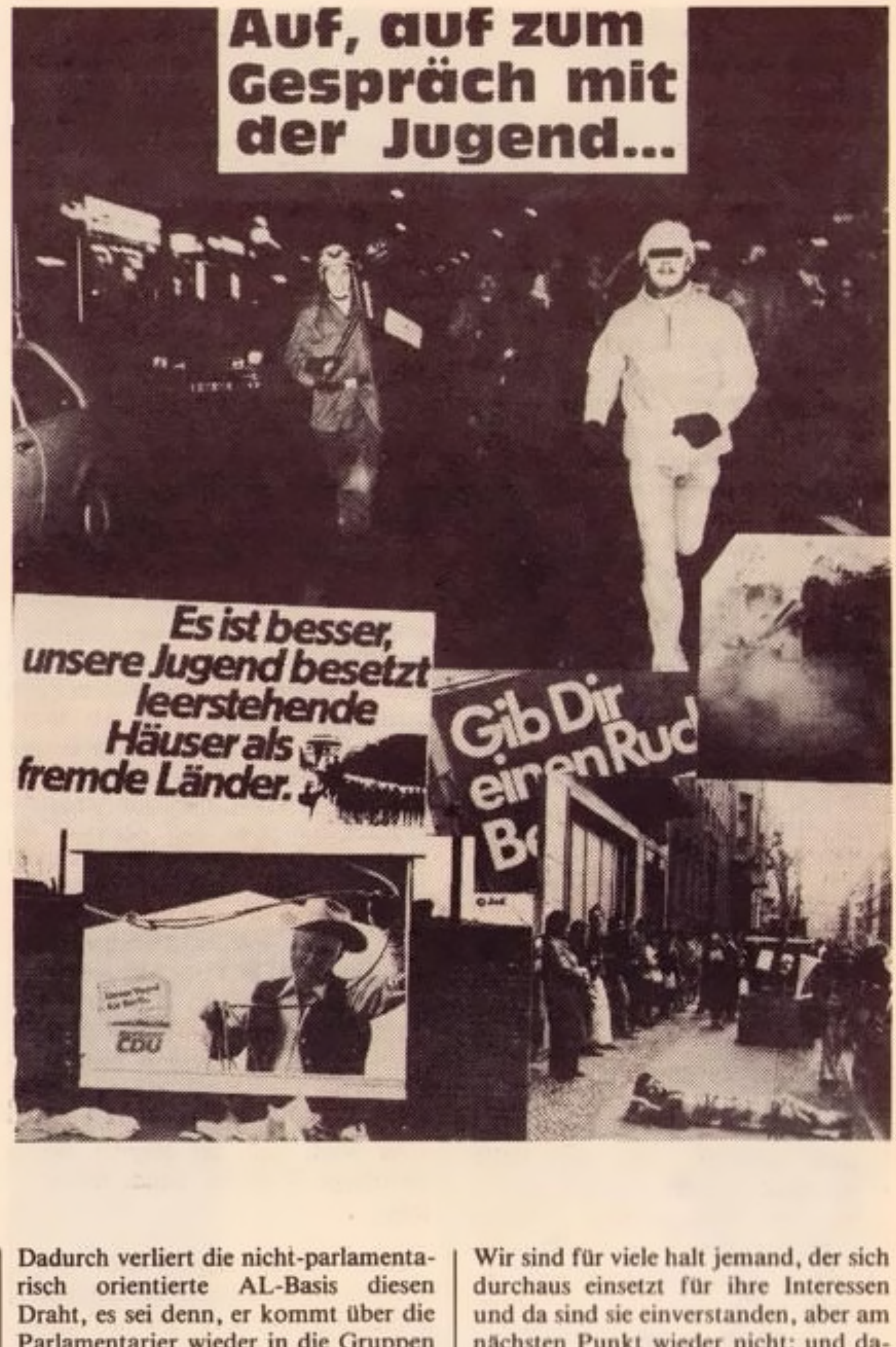
Juni

12. **New York,** andere Städte in den USA. Demonstration der Friedensbewegung
    Königswinter. Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in den Sozialausschüssen der CDU zum Thema „Frieden", bis 13.6.
    o.O. Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen, bis 13.6.
16. **Bonn.** Nachtragshaushalt '82 und Haushalt '83 sollen im Kabinett eingebracht werden
17. **Frankfurt.** Frankfurter Friedenskongreß, veranstaltet von AStA und SB, bis 20.6.
    Beabsichtigte Gründung der „Demokratischen Sozialisten"
18. **Oberursel.** Kongreß „Die Stadt – bedrohter Lebensraum ohne Ausweg", veranstaltet von AG SPAK und BBU, bis 20.6.
19. **Frankfurt.** Arbeitsseminar der VrV zur Literaturkritik, bis 20.6.
21. **Kopenhagen.** Internationaler Frauen-Friedensmarsch von Kopenhagen nach Paris, bis 6.8.
25. **Hörste.** 2. Hörster Kulturtage der IG Drupa. Motto: Für den Frieden arbeiten, bis 27.6.
26. **Grevenbroich.** Fahrraddemonstration gegen die geplante Kohlevergasungsanlage und AKW
    Wyhl. Grünes Friedensfest, bis 28.6.
    BRD. 25. Jahrestag der Verabschiedung des „Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall"
    New York. 1945 Gründung der Vereinten Nationen

1 Jahr im Abgeordnetenhaus

Interview mit dem Abgeordneten der AL, Michael Wendt

Ein Jahr ist die Alternative Liste inzwischen im Westberliner Abgeordnetenhaus. Anlaß für uns, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und sich damit auseinanderzusetzen, was die Parlamentsarbeit der Alternativen Liste der Bewegung in der Stadt genutzt hat; inwieweit sie ihren selbstgestellten Ansprüchen gerecht werden konnte. Als erstes drucken wir dazu ein Gespräch mit dem AL-Abgeordneten Michael Wendt ab. Ein geplanter Artikel, der sich damit auseinandersetzt, wieweit sich die Einschätzungen und Erwartungen als richtig erwiesen haben, die der KBW vor einem Jahr zur politischen Entwicklung in der Stadt hatte und der Rolle und den Möglichkeiten, die er der AL in diesem Prozeß beimaß, kann aus posttechnischen Gründen erst in der nächsten Ausgabe folgen. Die Debatte innerhalb der AL um den Rechenschaftsbericht der Abgeordnetenhausfraktion ist von der Mitgliederversammlung am letzten Samstag wegen dem Reagan-Besuch auf September vertagt worden.



nia. Westberlin. Im folgenden ein Gespräch mit dem AL-Abgeordneten Michael Wendt über seine Erfahrungen und Einschätzungen nach einem Jahr Westberliner Abgeordnetenhaus.

Die Alternative Liste ist mittlerweile ein Jahr im Abgeordnetenhaus. Damals hat es ziemliche Auseinandersetzungen gegeben, ob es überhaupt richtig ist, zu kandidieren. Und manch einer meinte, es sei besser für die AL, wenn sie nicht gewählt würde. Streit hat es auch um die Frage gegeben, was man dann macht im Abgeordnetenhaus: Koalition mit der SPD, um einen CDU-Senat zu verhindern, oder „fundamentale Opposition". Wie siehst Du das im Nachhinein?

Ich denke, daß die übergroße Mehrheit der AL es heute als richtig betrachtet, daß wir kandidiert haben, und auch als einen positiven Sprung, ins Abgeordnetenhaus reinzukommen. Das heißt aber nicht, daß diejenigen, die dagegen waren, völlig im Unrecht waren mit ihren Bedenken, denn man merkt in der ganzen Liste, daß eine Reihe von Leuten ihre eigene Arbeit an den Aufgaben orientieren, die ihnen das Parlament stellt; Anträge bearbeiten, die von anderen Parteien kommen oder sich exakt parlamentarische Strategien überlegen. Insofern hat die AL einen bestimmten Prozeß durchgemacht, sich an dieses Parlament anzupassen. Ich finde aber, und das wäre auch meine Gesamtbewertung, – insgesamt ist die AL ganz gut damit fertig geworden. Wir sind zumindest auf der Gesamtebene – in den einzelnen Bereichen kann ich das nicht beurteilen – so aufgetreten, daß wir nicht vereinnahmt worden sind von dem ganzen Apparat; daß wir an Einzelpunkten der außerparlamentarischen Opposition doch was genutzt haben; und daß wir bestimmte Sachen vortragen konnten, die sonst nicht zur Sprache gekommen wären. Die Hauptstoßrichtungen sind also erfüllt worden.

Meiner Ansicht nach hat das erste Jahr auch gezeigt, daß eine Einigung mit der Sozialdemokratie, selbst wenn wir und die Sozialdemokraten das gewollt hätten, wenig Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Viele einzelne Fragen sind die Sozialdemokraten halt nur bereit, systemimmanent zu klären. An der Amnestiefrage ist das ganz klar geworden; aber auch jetzt an der Frage „Weißer Kreis". In der Frage, ob mit der Ware Wohnung Profit gemacht werden darf, was die Sozialdemokraten als politisches Prinzip bejahen, sind die Grundpositionen so unterschiedlich, daß es überhaupt keinen Konsens geben darf.

Du hast gesagt, Ihr habt der außerparlamentarischen Opposition an einigen Punkten nutzen können. An welchen Punkten ist das gewesen und wie? Die meisten von Euren Anträgen werden ja abgelehnt.

den. Wir sind zumindest auf der Gesamtebene – in den einzelnen Bereichen kann ich das nicht beurteilen – so aufgetreten, daß wir nicht vereinnahmt worden sind von dem ganzen Apparat; daß wir an Einzelpunkten der außerparlamentarischen Opposition doch was genutzt haben; und daß wir bestimmte Sachen vortragen konnten, die sonst nicht zur Sprache gekommen wären. Die Hauptstoßrichtungen sind also erfüllt worden.

Meiner Ansicht nach hat das erste Jahr auch gezeigt, daß eine Einigung mit der Sozialdemokratie, selbst wenn wir und die Sozialdemokraten das gewollt hätten, wenig Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Viele einzelne Fragen sind die Sozialdemokraten halt nur bereit, systemimmanent zu klären. An der Amnestiefrage ist das ganz klar geworden; aber auch jetzt an der Frage „Weißer Kreis". In der Frage, ob mit der Ware Wohnung Profit gemacht werden darf, was die Sozialdemokraten als politisches Prinzip bejahen, sind die Grundpositionen so unterschiedlich, daß es überhaupt keinen Konsens geben darf.

Du hast gesagt, Ihr habt der außerparlamentarischen Opposition an einigen Punkten nutzen können. An welchen Punkten ist das gewesen und wie? Die meisten von Euren Anträgen werden ja abgelehnt.

Den Nutzen sehe ich in erster Linie auf der propagandistischen Ebene. Gerade in Zusammenhang mit den Hausbesetzern ist das so, daß es uns durch Öffentlichkeitsarbeit und auch durch die Darstellung glaubwürdiger Personen – was für die bürgerliche Öffentlichkeit immer ein wichtiger Faktor ist – gelungen ist zu verhindern, daß die reaktionäre Mobilisierung voll durchschlägt. Das ist ein Beispiel. Ein anderes Beispiel ist, daß meiner Ansicht nach allein unsere Anwesenheit im Abgeordnetenhaus erzwungen hat, daß sich die Sozialdemokraten an dem Bürgerbegehren beteiligt haben, was mit eine Voraussetzung war, daß es diesen Erfolg haben konnte. Also teilweise nutzt unsere bloße Anwesenheit. Das ist wenig; aber – das muß ich von mir selbst sagen – ich bin auch mit wenig Erwartungen reingegangen in dieser Hinsicht.

Also Erfolg auf indirekter Ebene. Sowohl was die Informationen und die propagandistische Seite anbelangt, wie auch, daß sich die anderen Parteien, speziell die SPD, mit dem, was sie machen, daran orientieren müssen, daß es Euch gibt. Daß durch Eure Anwesenheit auf die SPD ein Druck entsteht, „linkere" Positionen als vorher zu vertreten.

Die Sozialdemokratie ist in einer Situation, wie noch keine etablierte Partei in der BRD nach 45: zum erstenmal verlieren sie Stimmen nach links *und* rechts. In der Mehrheit haut ihr Wählerpotential eher nach rechts ab als nach links; also müssen sie, um jemals

wieder die Chance zu haben, mehrheitsfähig zu werden, rechts die Wähler halten. Gleichzeitig müssen sie das Wählerpotential aufgreifen, das wir repräsentieren. Alle Analysen innerhalb der Sozialdemokratie gehen davon aus, daß wir als eine politische Kraft – zumindest hier in der Stadt – langfristig wirken werden. Weil sie aber meiner Ansicht nach auch davon ausgehen, daß sie uns langfristig nicht an de Macht beteiligen können – es nicht *können* – und wir hoffenlich auch nicht wollen, führt das für die Sozialdemokraten zu einem Dilemma, aus dem sie sich auch auf lange Sicht nicht rausbewegen können. Mit dem Druck, den wir auf die Sozialdemokratie ausüben, und der politischen Schlangenlinie, die wir dadurch bei ihnen produzieren, werden wir auch über unser eigenes Wählerpotential hinaus wirksam. Und das macht gesamtgesellschaftlich dann doch eine Wirkung, wenn sie sich auch nicht in parlamentarischen Erfolgen im Hinblick auf Anträge ausdrückt.

Euer Wählerpotential kam ja mehr aus dem Bereich der Bürgerinitiativen, der sogenannten „linken Scene", während die SPD in den gewerkschaftlichen Be-

wieder die Chance zu haben, mehrheitsfähig zu werden, rechts die Wähler halten. Gleichzeitig müssen sie das Wählerpotential aufgreifen, das wir repräsentieren. Alle Analysen innerhalb der Sozialdemokratie gehen davon aus, daß wir als eine politische Kraft – zumindest hier in der Stadt – langfristig wirken werden. Weil sie aber meiner Ansicht nach auch davon ausgehen, daß sie uns langfristig nicht an de Macht beteiligen können – es nicht *können* – und wir hoffenlich auch nicht wollen, führt das für die Sozialdemokraten zu einem Dilemma, aus dem sie sich auch auf lange Sicht nicht rausbewegen können. Mit dem Druck, den wir auf die Sozialdemokratie ausüben, und der politischen Schlangenlinie, die wir dadurch bei ihnen produzieren, werden wir auch über unser eigenes Wählerpotential hinaus wirksam. Und das macht gesamtgesellschaftlich dann doch eine Wirkung, wenn sie sich auch nicht in parlamentarischen Erfolgen im Hinblick auf Anträge ausdrückt.

Euer Wählerpotential kam ja mehr aus dem Bereich der Bürgerinitiativen, der sogenannten „linken Scene", während die SPD in den gewerkschaftlichen Be-
reichen ein ziemlich großes Potential hatte. In der AL hat sich das auch personell ausgedrückt, und vor allem auch im Wahlprogramm insofern, als der Bereich „Betrieb und Gewerkschaft" sehr unterbelichtet war. Hat die parlamentarische Arbeit und diese Auseinandersetzungen mit der SPD in diesen Fragen für die AL eine Entwicklung gebracht?

Noch nicht so, daß sich das materiell auswirkt. Aber bewußtseinsmäßig hat es bei vielen AL'ern, die sich vorher nie Gedanken gemacht haben zur Frage der Gewerkschaftsarbeit und der Präsenz in den Betrieben, bewirkt, daß ihnen klar geworden ist, daß man sich darum kümmern will, daß sich gerade angesichts der letzten Tarifabschlüsse, angesichts der Einschränkungen in den Leistungsgesetzen, in den Betrieben über kurz oder lang was rühren muß. Nach wie vor sind aber die Leute aus den Betrieben in der AL absolut unterrepräsentiert. Viele Jungarbeiter werden uns im Sinne von Proteststimmen gewählt haben, aber eine politische Identität dieser Leute mit der AL gibt es bis heute nicht.

Ein Antrag, die Diäten zu kürzen, macht bei vielen Arbeitern Eindruck; einen zehnmal besseren, als Programme über Arbeitsplatzsicherung, die erstmal theoretisch konzipiert sind. Solche Programme sind gut und wichtig, nutzen uns aber erstmal nicht, um an die Leute ranzukommen; stattdessen allerdings sehr viel, um in den Gewerkschaftsapparat reinzukommen, unabhängig von dem offiziellen Gespräch, das die AL und die Gewerk-

schaften miteinander geführt haben, weil wir jetzt auch im Parlament sind. Unser Antrag, beim Bildungsurlaub die Altersgrenze aufzuheben, hat beim DGB gleich zur Einrichtung einer Kommission geführt. Die Sozialdemokraten, die 25, 30 Jahre dran waren, haben das zwar auch immer gefordert, aber nicht gewagt, in Gesetzesform zu gießen, während es für uns kein Problem ist, diese Forderung aufzugreifen. Aber das wirkt ausschließlich auf den Apparat.

Also auf die Gewerkschaftsführung?

Nein, „Führung" ist mir zu eingegrenzt. Das wirkt bis weit in den mittleren oder auch unteren Funktionärskörper hinein. Aber das wirkt nicht auf die Betriebe. Das ist die Schallmauer, die wir noch nicht durchbrochen haben. Wie man da weiterkommt, da laufen ja die Diskussionen in der AL. Da gibt es Probleme: Zum Beispiel die Leute, die aus der RGO-Vergangenheit kommen, haben vor nichts mehr Angst, als vor einer Politik gegenüber den Gewerkschaften, die sie wieder in den RGO-Geruch bringen wird. Meine Position ist, daß man wieder Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften machen muß,

schaften miteinander geführt haben, weil wir jetzt auch im Parlament sind. Unser Antrag, beim Bildungsurlaub die Altersgrenze aufzuheben, hat beim DGB gleich zur Einrichtung einer Kommission geführt. Die Sozialdemokraten, die 25, 30 Jahre dran waren, haben das zwar auch immer gefordert, aber nicht gewagt, in Gesetzesform zu gießen, während es für uns kein Problem ist, diese Forderung aufzugreifen. Aber das wirkt ausschließlich auf den Apparat.

Also auf die Gewerkschaftsführung?

Nein, „Führung" ist mir zu eingegrenzt. Das wirkt bis weit in den mittleren oder auch unteren Funktionärskörper hinein. Aber das wirkt nicht auf die Betriebe. Das ist die Schallmauer, die wir noch nicht durchbrochen haben. Wie man da weiterkommt, da laufen ja die Diskussionen in der AL. Da gibt es Probleme: Zum Beispiel die Leute, die aus der RGO-Vergangenheit kommen, haben vor nichts mehr Angst, als vor einer Politik gegenüber den Gewerkschaften, die sie wieder in den RGO-Geruch bringen wird. Meine Position ist, daß man wieder Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften machen muß,
aber nicht im Sinne von RGO wie früher. Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften muß heißen, daß die, die da als AL'er arbeiten, besser als die herkömmlichen Gewerkschaftsfunktionäre in der Lage sein müssen, was auf die Beine zu bringen.

Meinst Du, daß hier die parlamentarische Arbeit einen großen Beitrag leisten kann oder ist das nicht eher Sache der täglichen praktischen Arbeit der AL-Mitglieder, genau wie in allen anderen Bereichen?

Beides. Mit der Öffentlichkeit, die wir durch die Parlamentsarbeit gerade auf Abgeordnetenhausebene haben, haben wir die Möglichkeit, propagandistisch an die Kollegen aus den Betrieben ranzukommen. Darüber erfahren viele zum ersten Mal was über uns, und setzen sich vielleicht damit auseinander. In Phasen, wo es um die Gewaltfrage geht – Hausbesetzungen, Reagan-Besuch – kippt es natürlich auch wieder um. Aber via Parlament und Öffentlichkeitsarbeit können wir eine Hilfestellung leisten. Das konkret in Organisierung und praktische Arbeit umzusetzen, ist dann aber Kleinarbeit.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die AL auch gegenüber anderen Teilen der Bewegung ähnliche Schwierigkeiten hat. Ich brauche nur an die Auseinandersetzung mit Teilen der Hausbesetzer zu denken.

Mit den BIs gibt es generell die Erfahrung, daß die, die parlamentarische Unterstützung brauchen, sich direkt an die Parlamentarier wenden, und dabei die AL-Basis praktisch überspringen.

Dadurch verliert die nicht-parlamentarisch orientierte AL-Basis diesen Draht, es sei denn, er kommt über die Parlamentarier wieder in die Gruppen zurück. Von unserem eigenen politischen Anspruch her ist das ein Problem. Die Frage der Hausbesetzer würde ich ganz anders sehen. Obwohl ich der Meinung bin, daß da Teile der AL Fehler gemacht haben, teilweise sogar schwerwiegende, meine ich, daß auch der innere Zustand der Bewegung um die besetzten Häuser so ist, daß eine politische Kraft, die auf wenn auch nur minimales gemeinsames Vorgehen angelegt ist, überhaupt nicht in der Lage ist, zu dieser Bewegung einen so guten Draht zu haben, daß sie das auch praktisch umsetzen kann. Wenn überhaupt, dann haben wir den eher zu den Verhandlern. Die Nicht-Verhandler kommen nur, wenn sie uns für Knete oder eine Demo-Anmeldung brauchen. Ich halte es auch für schwierig, zu der Bewegung als Ganzes Kontakt zu halten. Die Hausbesetzerbewegung ist in ihrer Breite auch nicht zu vergleichen mit anderen außerparlamentarischen Initiativen.

Wie siehst Du das insgesamt mit der Verankerung in der Bevölkerung? Wie

Dadurch verliert die nicht-parlamentarisch orientierte AL-Basis diesen Draht, es sei denn, er kommt über die Parlamentarier wieder in die Gruppen zurück. Von unserem eigenen politischen Anspruch her ist das ein Problem. Die Frage der Hausbesetzer würde ich ganz anders sehen. Obwohl ich der Meinung bin, daß da Teile der AL Fehler gemacht haben, teilweise sogar schwerwiegende, meine ich, daß auch der innere Zustand der Bewegung um die besetzten Häuser so ist, daß eine politische Kraft, die auf wenn auch nur minimales gemeinsames Vorgehen angelegt ist, überhaupt nicht in der Lage ist, zu dieser Bewegung einen so guten Draht zu haben, daß sie das auch praktisch umsetzen kann. Wenn überhaupt, dann haben wir den eher zu den Verhandlern. Die Nicht-Verhandler kommen nur, wenn sie uns für Knete oder eine Demo-Anmeldung brauchen. Ich halte es auch für schwierig, zu der Bewegung als Ganzes Kontakt zu halten. Die Hausbesetzerbewegung ist in ihrer Breite auch nicht zu vergleichen mit anderen außerparlamentarischen Initiativen.

Wie siehst Du das insgesamt mit der Verankerung in der Bevölkerung? Wie
hat sich das seit den Wahlen entwickelt?

Ich denke, daß die AL sich als parlamentarische Vertretung derjenigen „etabliert" hat, die aus der 68er Bewegung kommen, und der „Kultur-Linken": Linke, die Du eher über „kulturelle Zusammenhänge" definieren kannst als über soziale und klassenmäßige Analysen. Ohne daß es kontinuierliche Zusammenarbeit gibt, denke ich doch, daß dieser Teil der politischen Bewegung in der Stadt die AL akzeptiert hat – allerdings eher im Sinne von Stellvertreter muß man problematisieren. Vom allgemeinen Anspruch in der Scene werden wir als diejenigen, die die Parlamentsarbeit organisieren, genauso akzeptiert wie die taz'ler, die die taz organisieren. In dem Sinne gibt es schon eine Verankerung. Aber das schließt über die Betriebe hinaus auch Leute aus, die man so gemeinhin unter Normalbevölkerung zählt.

So wie Du das jetzt formuliert hast, bedeutet das, daß jetzt diese Gruppe der Bevölkerung endlich eine Partei gefunden hat, die sie im Parlament vertritt. Das widerspricht doch eigentlich dem politischen Selbstverständnis der AL?

Aber Du hast ja auch nach dem Zustand gefragt. Und unser Zustand widerspricht nach wie vor dem, was wir uns vorgestellt haben. Das sind ganz grundsätzliche Probleme linker Politik. Wie schaffst Du, daß über eine Protestaktion und eine punktuelle Zustimmung wie jetzt beim Bürgerbegehren, ein Durchbruch zustande kommt?

Wir sind für viele halt jemand, der sich durchaus einsetzt für ihre Interessen und da sind sie einverstanden, aber am nächsten Punkt wieder nicht; und dadurch gibt es in der Bevölkerung keine Zustimmung zur AL, die über die Zustimmung zu einzelnen Fragen hinausgeht. Sie ist auf jeden Fall nicht einfach dadurch zu erreichen, daß Du die richtigen Forderungen hast und hin und wieder richtige Sachen machst. Das hängt viel mit dem zusammen, was sich im Überbau abspielt, mit den Medien; wie die Leute rüberkommen. Das Problem, das die AL hat, ist, daß der Sprung zu ihr hin, nicht zu ihren einzelnen Forderungen, aber zu dem, was sie als politisches Konzept vertritt, für die Mehrheit der Bevölkerung so groß ist, daß sie ihn halt nicht so ohne weiteres macht. Aber die Lösung kann sicherlich nicht sein, daß wir bestimmte politische Prinzipien aufgeben, nur damit wir eher akzeptiert werden in der Bevölkerung – das geht nicht. Da muß man sich was anderes überlegen, aber es gibt halt noch nichts, was uns jemand erfolgreich vorgemacht hat.

Meine Frage ging eben darauf, wieweit über diese Stellvertreterfunktion, daß

Wir sind für viele halt jemand, der sich durchaus einsetzt für ihre Interessen und da sind sie einverstanden, aber am nächsten Punkt wieder nicht; und dadurch gibt es in der Bevölkerung keine Zustimmung zur AL, die über die Zustimmung zu einzelnen Fragen hinausgeht. Sie ist auf jeden Fall nicht einfach dadurch zu erreichen, daß Du die richtigen Forderungen hast und hin und wieder richtige Sachen machst. Das hängt viel mit dem zusammen, was sich im Überbau abspielt, mit den Medien; wie die Leute rüberkommen. Das Problem, das die AL hat, ist, daß der Sprung zu ihr hin, nicht zu ihren einzelnen Forderungen, aber zu dem, was sie als politisches Konzept vertritt, für die Mehrheit der Bevölkerung so groß ist, daß sie ihn halt nicht so ohne weiteres macht. Aber die Lösung kann sicherlich nicht sein, daß wir bestimmte politische Prinzipien aufgeben, nur damit wir eher akzeptiert werden in der Bevölkerung – das geht nicht. Da muß man sich was anderes überlegen, aber es gibt halt noch nichts, was uns jemand erfolgreich vorgemacht hat.

Meine Frage ging eben darauf, wieweit über diese Stellvertreterfunktion, daß
die Leute endlich oder erstmals jemanden haben, der ihre Interessen im Parlament vertritt, die Gefahr besteht, daß das, was eigentlich der Anspruch der AL ist, die selbständige politische Aktivierung, tendenziell reduziert wird.

Ich glaube, nicht alleine durch die Delegation von Interessen auf uns als Parlamentarier, obwohl das teilweise auch bei einigen Leuten in den Köpfen rumspuken muß. Aber die Mehrheit der Leute, die ihre Sache bewußt an uns delegieren, die wissen schon, daß wir das eh nicht parlamentarisch durchsetzen können, und man deshalb die eigene Arbeit nicht sein lassen kann. Ein Problem ist aber, daß durch den relativ guten Kontakt zu den Initiativen manchmal eine parlamentarische Entscheidung so schnell getroffen wird, daß eine außerparlamentarische Mobilisierung gar nicht möglich ist. Beispiel: Es geht um den Erhalt eines Hauses. Früher, als die AL noch nicht im Parlament war, da hatten sich Leuten zusammengefunden, eine BI gemacht, Leute mobilisiert. In dieser Phase würden sie von den etablierten Politikern überhaupt noch nicht ernst genommen werden; schon gar nicht die Forderungen aufgegriffen, es sei denn es passe in ihre Konzepte. Dann könnte diese BI erstmal machen und tun, bis sie in die Phase kommen, wo sie so stark ist, daß selbst bürgerliche Politiker sich irgendwie auf sie beziehen müßten. Das war der Vorgang, bevor die AL im Parlament war. Heute ist das häufig ganz anders. Da kann sich eine ganz kleine

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

1 Jahr AL-Politik . . .

BI, noch im Anfangsstadium, sagen, ihnen gehts um dieses Haus; macht Ihr mal! – Ohne daß sie glauben, daß wir das durchsetzen; aber wir bringen das in die Parlamente ein. Das wird dann abgelehnt, und diese parlamentarische Ablehnung hat im Rückschluß auf die BI wieder einen demobilisierenden Charakter. Nicht, weil wir stellvertretend arbeiteten, sondern weil wir diesen ganzen Prozeß, der sich vorher im außerparlamentarischen Raum abgespielt hat, verkürzen und die eigentliche Mobilisierungsphase durch unsere Anwesenheit im Parlament abgebrochen wird. Wir müssen da also genau aufpassen, ob jeder Zeitpunkt der richtige ist, und dürfen es auch nicht dem Rennen mit den Sozialdemokraten um irgendwelche linken Wähler opfern. Da müssen wir auch mehr darauf achten, nicht voreilig den parlamentarischen Abschluß zu machen, bevor überhaupt wirklich was passiert ist. – Das geht inzwischen so weit, daß z.B. Verkehrsberuhigung gefordert wird für Bereiche, in denen nur drei, vier Leute, die eh was mit der AL zu tun haben,



dafür eintreten und das im Stadtteil als Forderung überhaupt nicht verankert ist. Das geht meiner Ansicht nach in die falsche Richtung: hier muß man mal sehen, wie unsere parlamentarische Arbeit insgesamt wirkt.

Die aktuelle Schwäche der außerparlamentarischen Bewegung in der Stadt würde ich aber eher auf andere Sachen zurückführen. Ich glaub schon, daß die Räumung am 22. September einen Schock hinterlassen hat, der tiefer geht als die Tatsache, daß da neun Häuser



dafür eintreten und das im Stadtteil als Forderung überhaupt nicht verankert ist. Das geht meiner Ansicht nach in die falsche Richtung: hier muß man mal sehen, wie unsere parlamentarische Arbeit insgesamt wirkt.

Die aktuelle Schwäche der außerparlamentarischen Bewegung in der Stadt würde ich aber eher auf andere Sachen zurückführen. Ich glaub schon, daß die Räumung am 22. September einen Schock hinterlassen hat, der tiefer geht als die Tatsache, daß da neun Häuser

geräumt worden sind. Ich glaube auch, daß diese Schwäche auf inneren Konflikten beruht und nicht in erster Linie, weil wir in den Parlamenten sind, obwohl man sicherlich die parlamentarische Funktion mehr mobilisierend nutzen kann. Das wollen wir auch, aber uns fehlt eine parlamentarische Strategie.

Immer noch – nach dem einen Jahr auch?

Ja. Vielleicht mehr als früher, denn wir haben im ersten Jahr eigentlich all das an grundsätzlichen Positionen versucht, parlamentarisch zu formulieren, was die Linke in der Stadt schon seit eh und je will. Jetzt, wo es darauf geht, neue linke Positionen zu erarbeiten, gerätst Du in Schwierigkeiten. Der eine Punkt ist, daß du immer nicht weißt, diskutierst Du jetzt differenzierte Positionen, weil die Frage so diffizil ist, oder weil Du schon dabei bist, mit den anderen Kompromisse zu machen. Der andere Punkt ist, daß bestimmte Fragen in der Bewegung völlig widerprüchlich beantwortet werden, Fragen, die in der Tagesaktualität stecken. Diesen Pluralismus muß die AL irgendwie austaxieren. Klar, diese Forderungen, die darauf hinauslaufen: ,,Wir wollen alles und zwar sofort'', die sind natürlich immer unproblematisch. Wenn Du dich mit drei oder vier schlauen Menschen hinsetzt, findest Du wahrscheinlich an einem Abend genug für das nächste halbe Jahr. Die Frage ist nur, ob das was bringt – meiner Ansicht nach nicht einmal mehr einen propagandistischen Erfolg.

Daß da jetzt ein weiterer Fortschritt verlangt wird, würde also eine programmatische Aufgabe für die AL bedeuten, von diesen tagespolitischen Aufgaben aus eine politische Strategie zu entwickeln.

Du hast sicher recht, daß das eine Aufgabe der AL ist. Es gibt dabei zwei Probleme. Erstens, daß ein großer Teil von Basisleuten und Straßenaktivisten das erstmal ablehnt – für sich – überhaupt. Damit muß man sich auseinandersetzen. Meiner Ansicht nach haben wir das schon insofern überwunden, daß diejenigen, die das nicht machen wollen, es trotzdem ganz gerne sehen, wenn andere das machen. Der andere Punkt ist, daß man diese programmatischen Sachen zusammen mit der ganzen Bewegung entwickeln müßte, um sich da nicht abzukoppeln. Darin besteht ein Problem, das nur schwer zu lösen ist. Du bräuchtest einen permanenten Austausch; rein theoretisch ständig eine Seite in der taz, wo Du mit der Bewegung Einzelfragen diskutieren könntest. Aber auch da kommen ja nie Ergebnisse heraus, die dann programmatisch festlegbar sind. Dazu ist die Bewegung in viel zu schnellem Wandel begriffen. Da besteht auch in der AL die Gefahr, daß man sagt, mit denen kommen wir eh nicht weiter; jetzt machen wir das erstmal alleine. Meiner Ansicht nach wird diese Entwicklung so kommen; spätestens, wenn es auf den nächsten Wahlkampf zugeht, wird in der AL die Forderung nach programmatischen Aussagen so manifest werden, daß man sich nicht mehr darum kümmern wird, daß da irgendwo in der Linken noch einer rumsteht und sagt, das geht nicht.

die Gefahr, daß man sagt, mit denen kommen wir eh nicht weiter; jetzt machen wir das erstmal alleine. Meiner Ansicht nach wird diese Entwicklung so kommen; spätestens, wenn es auf den nächsten Wahlkampf zugeht, wird in der AL die Forderung nach programmatischen Aussagen so manifest werden, daß man sich nicht mehr darum kümmern wird, daß da irgendwo in der Linken noch einer rumsteht und sagt, das geht nicht.

Findest Du das prinzipiell denn falsch zu sagen, gleich mit der Bewegung zusammen, das geht nicht, erarbeiten wir erstmal was alleine?

Nein, das finde ich prinzipiell nicht falsch, aber man müßte, wenn man es dann erarbeitet hat, der Bewegung irgendwo vorstellen und von ihr diskutieren lassen. Und das ist halt der schwierige Prozeß; es bezieht sich doch auch jeder in der AL auf andere Teile der Bewegung.

Gehört dazu nicht auch der Punkt, wieweit die einzelnen ALer außer in der AL auch in der Bewegung irgendwo aktiv sind? Oder umgekehrt, daß sie da, wo sie außerhalb der AL aktiv sind, dies auch explizit als ALer tun?

Meiner Ansicht nach gibt es drei Gruppen von AL'ern: Die ersten, die den Apparat am Laufen halten; die zweiten, die ein Interesse daran haben, konzeptionell zu arbeiten. Und die dritten, die ihre Zugehörigkeit durch den Mitgliedsausweis ausweisen, und nur in den BIs aktiv sind. Die sind teilweise für unsere Parlamentsarbeit sehr nützlich, weil sie sich hinsetzen und Sachen, wo Du innerhalb der AL erstmal nicht weiterkommst, erarbeiten und Dir irgendwann das Ergebnis auf den Tisch legen und sagen: Macht mal. Ich finde das nicht unbedingt problematisch. Ich denke, daß sich in jeder politischen Organisation – die eine bestimmte Breite erreicht – sich immer solche Gruppen herausbilden werden. Man muß halt sehen, daß die AL insgesamt in die Lage kommt, diese unterschiedlichen Arten, wie die Leute arbeiten, immer wieder in Übereinstimmung zu bringen. Das ist auch eine neue Erfahrung, vor allem für Leute, die von früherer linker Politik kommen. Die haben halt die Vorstellung von Organisation: alle machen mit; alle machen Theorie und Praxis, und das ist dann der Anspruch, den man an jeden hat. Ab einer bestimmten Größe und Breite ist das meiner Ansicht nach nicht durchzuhalten, und man muß sich eine neue Konzeption überlegen. Insofern ist die AL auch – obwohl schon vier Jahre alt – immer noch in Entwicklung; und wie das organisationspolitische Modell aussieht, das am Ende herauskommt, kann heute keiner sagen.

Wie sieht es mit der Rückkoppelung und der Transparenz zwischen Parlamentsfraktion und den Bereichen aus?

Das ist unterschiedlich zwischen den Bereichen und den Bezirksgruppen. Die Gruppen, die in erster Linie regional orientiert sind, also die Bezirke, haben mit der Arbeit im Abgeordnetenhaus nur punktuell zu tun. Bei den Bereichen dagegen – und das spricht für einen gewissen Parlamentarisierungsprozeß – die sich bestimmten Parlamentsausschüssen oder Abgeordneten zuordnen lassen, für die ist die Arbeit relativ gut durchschaubar. Der Verkehrsbereich z.B. fordert jede Woche einen Bericht ab. Dann wird auch zusammen was erarbeitet. Wenn die Abgeordneten ihren Alltagskampf in die

mung zu bringen. Das ist auch eine neue Erfahrung, vor allem für Leute, die von früherer linker Politik kommen. Die haben halt die Vorstellung von Organisation: alle machen mit; alle machen Theorie und Praxis, und das ist dann der Anspruch, den man an jeden hat. Ab einer bestimmten Größe und Breite ist das meiner Ansicht nach nicht durchzuhalten, und man muß sich eine neue Konzeption überlegen. Insofern ist die AL auch – obwohl schon vier Jahre alt – immer noch in Entwicklung; und wie das organisationspolitische Modell aussieht, das am Ende herauskommt, kann heute keiner sagen.

Wie sieht es mit der Rückkoppelung und der Transparenz zwischen Parlamentsfraktion und den Bereichen aus?

Das ist unterschiedlich zwischen den Bereichen und den Bezirksgruppen. Die Gruppen, die in erster Linie regional orientiert sind, also die Bezirke, haben mit der Arbeit im Abgeordnetenhaus nur punktuell zu tun. Bei den Bereichen dagegen – und das spricht für einen gewissen Parlamentarisierungsprozeß – die sich bestimmten Parlamentsausschüssen oder Abgeordneten zuordnen lassen, für die ist die Arbeit relativ gut durchschaubar. Der Verkehrsbereich z.B. fordert jede Woche einen Bericht ab. Dann wird auch zusammen was erarbeitet. Wenn die Abgeordneten ihren Alltagskampf in die

Bezirksgruppen reinbringen würden, würden deren eigene Arbeit und die eigene Kreativität noch kürzer kommen. Ich finde es wichtig, wenn in bestimmten Zeitabständen die Generallinie der Parlamentsarbeit diskutiert wird.

Das würde dann heißen, daß das Prinzip der jederzeitigen Kontrolle der Arbeit der Abgeordeten so gar nicht durchführbar ist, sondern nur auf einer größeren Ebene möglich ist. Damit ist das Prinzip des imperativen Mandats auch überhaupt nicht an jedem Punkt realisierbar, sondern nur auf der Ebene von Konzepten.

Man kann dieses imperative Mandat nur im Rahmen eines allgemein formulierten Konsenses praktizieren. Alles andere wäre Wahnsinn; da braucht man sich doch nichts vorzumachen. Ich bin hauptamtlich Abgeordeter, mach' vielleicht 30 Stunden reine Parlamentsarbeit, und wenn das jemand kontrollieren wollte, bräuchte er jede Woche einen dreistündigen Bericht. Dazu kommt, daß sich manchmal in der Diskussion in einem Ausschuß die Situation plötzlich anders darstellt, als Du sie vorher im Kopf hattest. Mir ist es konkret passiert, daß ich ein imperatives Mandat gebrochen habe, weil sich im Ausschuß plötzlich herausstellte, daß wir vorher überhaupt nicht durchschaut hatten, was die anderen mit ihrem Antrag vorhatten. Das hat man eben hinterher mit dem Bereich wieder diskutiert. – Es gibt natürlich auch Einzelfälle, wo Teile der Basis Beschlüsse als falsch empfunden haben, aber es gab bisher noch keine Probleme, die einen grundsätzlichen Bruch Basis – Fraktion bedeutet hätten. Jedenfalls ist das imperative Mandat ein richtiges Prinzip und wird meiner Ansicht nach in der Regel auch richtig angewandt, d.h. in bestimmten Grundsatzfragen. Aber was natürlich eine Illusion war – wenn sich das einige Leute so vorgestellt haben – daß man jeden Einzelantrag imperativ vorbestimmen könnte.

aber es gab bisher noch keine Probleme, die einen grundsätzlichen Bruch Basis – Fraktion bedeutet hätten. Jedenfalls ist das imperative Mandat ein richtiges Prinzip und wird meiner Ansicht nach in der Regel auch richtig angewandt, d.h. in bestimmten Grundsatzfragen. Aber was natürlich eine Il-

Spannend wird es sicherlich auch werden, wenn die Rotation fällig wird, was das für Auswirkungen hat. Meinst Du, daß das über die Fraktionsassistenten gelöst werden könnte?

Nein, über die Fraktionsassistenten nicht. – Ich denke, wir werden spätestens nach der Sommerpause anfangen, darüber zu reden, wie das am besten zu organisieren ist. Es gibt jetzt den Gedanken, daß zwei oder drei aus der alten Fraktion noch ein halbes Jahr als Hauptamtliche bei der Fraktion beschäftigt sein sollen, um den Neuen das Einfinden zu ermöglichen. Insgesamt würde ich schon nach meinem einen Jahr Erfahrung sagen, daß die Rotation ein richtiges Prinzip ist – zumindest auf Abgeordnetenhausebene, nur das kann ich ja beurteilen. Die Leute verändern sich in diesem Apparat, passen sich auch in irgendeiner Art und Weise an. Das ist einfach der psychologische Druck, dem Du tagtäglich ausgesetzt bist, z.B. in den Parlamentsausschüssen, wo Du so allein und isoliert bist, daß Du irgendwann anfängst, Dich zu freuen, daß Dich die Sozialdemokraten wenigstens noch grüßen. Das wirkt, und da kann sich keiner vormachen, er wäre frei davon. Die Diskussionen in der AL zeigen die Tendenz, aus praktischen Gründen auf vier Jahre auszuweiten; aber auf keinen Fall in dieser Legislaturperiode. Ich denke, man kann kein abschließendes Urteil darüber fällen, bevor man das nicht das erste Mal versucht hat, und das werden wir halt in einem Jahr machen.

denz, aus praktischen Gründen auf vier Jahre auszuweiten; aber auf keinen Fall in dieser Legislaturperiode. Ich denke, man kann kein abschließendes Urteil darüber fällen, bevor man das nicht das erste Mal versucht hat, und das werden wir halt in einem Jahr machen.

Leserbriefe

Prozeßberichterstattung nicht korrekt

Zu Meldung KVZ 22/1982, S. 2

Liebe Genossen,
aus offensichtlicher Fahrlässigkeit in der Berichterstattung über den derzeit laufenden Staatsschutzprozeß gegen eine RAF-Gefangene in Frankfurt, ist euch ein übler Fehler unterlaufen. Ihr führt mich als ,,Kronzeuge'' gegen Sieglinde an. Kronzeuge spielt aber in diesem Prozeß weisungsgemäß mein Bullenbruder Hans-Joachim Dellwo, der derzeit vermutlich in Kanada, ausgestattet mit falschen Papieren vom BND, den Lohn für seine Denunziation einstreicht. Ich lege doch Wert darauf, mit diesem charakterlosen Schwein nicht verwechselt zu werden.

Leider ist eure Berichterstattung auch ansonsten oberflächlich und auf die aktuellen

Leserbriefe

Prozeßberichterstattung nicht korrekt

Zu Meldung KVZ 22/1982, S. 2

Liebe Genossen,
aus offensichtlicher Fahrlässigkeit in der Berichterstattung über den derzeit laufenden Staatsschutzprozeß gegen eine RAF-Gefangene in Frankfurt, ist euch ein übler Fehler unterlaufen. Ihr führt mich als ,,Kronzeuge'' gegen Sieglinde an. Kronzeuge spielt aber in diesem Prozeß weisungsgemäß mein Bullenbruder Hans-Joachim Dellwo, der derzeit vermutlich in Kanada, ausgestattet mit falschen Papieren vom BND, den Lohn für seine Denunziation einstreicht. Ich lege doch Wert darauf, mit diesem charakterlosen Schwein nicht verwechselt zu werden.

Leider ist eure Berichterstattung auch ansonsten oberflächlich und auf die aktuellen

Prozeßerscheinungen fixiert. Wenn man nicht weiß, um was es in diesen Prozessen geht, gegen was diese imperialistische Justiz anrennt – nämlich gegen eine Metropolenguerilla-Strategie – und was sie zum Ziel hat – ihre Vernichtung –, so kann man es aus Eurer Berichterstattung sicher nicht erkennen. Ihr macht Euch, wie hier an der schlechten Koordination von zwei Bedarfszeugen (Speitel/Dellwo), an den Peinlichkeiten fest, die dem Staatsschutz beim Basteln von Legitimationsbegründungen ständig unterlaufen. Aber diese Justiz wird nicht über ihre schlechte Dramaturgie zur Farce, sondern über ihren Klassenstandpunkt und ihre diesbezügliche Funktion.
Gruß aus dem Trakt.

5.6.82 *Karl-Heinz Dellwo*

Zur China-Berichterstattung

zum Artikel ,,Konsequente Trennung zwischen Partei und Staat verwirklicht'' – Zum Leserbrief von hfl, KVZ 22/1982

guerilla-Strategie – und was sie zum Ziel hat – ihre Vernichtung –, so kann man es aus Eurer Berichterstattung sicher nicht erkennen. Ihr macht Euch, wie hier an der schlechten Koordination von zwei Bedarfszeugen (Speitel/Dellwo), an den Peinlichkeiten fest, die dem Staatsschutz beim Basteln von Legitimationsbegründungen ständig unterlaufen. Aber diese Justiz wird nicht über ihre schlechte Dramaturgie zur Farce, sondern über ihren Klassenstandpunkt und ihre diesbezügliche Funktion.
Gruß aus dem Trakt.
5.6.82 Karl-Heinz Dellwo

Zur China-Berichterstattung

zum Artikel ,,Konsequente Trennung zwischen Partei und Staat verwirklicht'' – Zum Leserbrief von hfl, KVZ 22/1982

hlf kritisiert in einem Leserbrief in der KVZ 22/1982, daß die ,,konsequente Trennung zwischen Partei und Staat'' als wichtigstes Ergebnis des neuen Verfassungsentwurfs herausgestellt würde. Dies leitet er u.a. aus der entsprechenden Überschrift ab. Diese Überschrift stammt, vorab bemerkt, nicht von mir, sondern von der Redaktion der KVZ, die so auf ihre Weise den Schwerpunkt setzen wollte. Der neue Verfassungsentwurf der VR China versucht in der Tat nur, das Verhältnis zwischen Partei und Staatsapparat näher zu umreißen und teilweise zu entflechten. Die Rolle der Partei als Führungsorgan des Staates (und das wurde in meinem Artikel nicht genügend herausgearbeitet) bleibt de facto unangetastet. Im konkreten Fall (hfl schildert solch einen Fall) wird sich nur schwer zwischen Partei- und Staatsangelegenheiten trennen lassen, was die Einhaltung der Verfassung zumindest erschwert. Allein die Partei entscheidet heute in China, was Recht und Unrecht ist und kein staatliches Organ oder Gericht. Dieses Problem, d.h., die demokratischen Rechte der Bürger durch eine von Linienkämpfen und tagespolitischen Veränderungen unabhängige Verfassung schützen zu wollen, ist zweifellos ein Anliegen der neuen Verfassung. Aber die Klausel, daß die Partei sich im Rahmen von Verfassung und Gesetzen zu bewegen habe, reicht allein nicht aus, dies zu realisieren. Die Partei ist ja vielmehr ,,regierende Partei'', die ,,im politischen Leben des Staates die Führungsposition'' einnimmt. Als solche kann sie jederzeit die Verfassung ändern oder ändern lassen und ihr nicht genehme Rechte (wie z.B. das Streikrecht) streichen. hfl ist zu danken, daß er näher auf dieses Problem hingewiesen hat.

thh

Hartes Urteil im Verfahren gegen Tobias Brückner

Fortsetzung der Heidelberger Studentenprozesse / 6 Monate wegen Wandzeitungen

kvz.Heidelberg. Weil die Strafgewalt des Amtsgerichts (3 Jahre Gefängnis) möglicherweise nicht ausreiche, war Tobias Brückner im letzten der Heidelberger Studentenprozesse gleich vor dem Landgericht angeklagt worden. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 17 Monaten ohne Bewährung verlangt. Am 2.6. urteilte das Gericht: 6 Monate Gefängnis auf Bewährung, eine Bewährungsauflage von 3600 DM Geldbuße und 18000 DM Geldstrafe.

T. Brückner war in 13 Punkten angeklagt. Die schwersten Beschuldigungen bezogen sich auf zwei Vorfälle von 1979, bei denen jeweils Studenten in der Mensa Wandzeitungen gegen Abriß durch die Polizei verteidigten. Ursache der Polizeieinsätze: die Mensaleitung versuchte damals, Wandzeitungen generell aus Mensen zu verbannen, und zudem fühlte sich ein Zeuge in anderen Studentenprozessen – die Prozeßwelle rollte ja schon seit 1975 – auf einer Wandzeitung als „Denunziant" beleidigt. T. Brückner hatte sich, so das Gericht jetzt, in einem Fall an der Bildung einer Kette vor der fraglichen Wandzeitung beteiligt, das andere Mal zumindest durch Beteiligung an Sprechchören, durch die die „Gewalttätigkeiten" der Studenten vor den Wandzeitungen unterstützt worden seien, mitgewirkt. Für das Gericht beidesmal Landfriedensbruch. Dazu Beihilfe zur Beleidigung. Dazu Hausfriedensbruch. Dazu Widerstand gegen die Staatsgewalt, weil die Beamten etwas länger brauchten, um T. Brückner festzunehmen, da muß er sich ja wohl gewehrt haben. Der Staatsanwalt forderte dafür zweimal 6 Monate ohne Bewährung. Das Gericht erkannte auf 150 Tagessätze à 60 DM und 6 Monate auf Bewährung.

Die Vorgeschichte des zweiten Anklagekomplexes: Tobias war wegen seiner Tätigkeit als Fachschafter bei einem Klausurboykott 1978 relegiert worden. (Er ist übrigens wegen jener Vofälle in einem anderen Verfahren bereits zu Gefängnis verurteilt worden.) Trotz Relegation war er damals jedoch ab und zu in der Uni, und das wurde jetzt verurteilt. Einmal hatte er, selbst Diplomand, an einer Veranstaltung für Diplomkandidaten teilgenommen, einmal an einer Wahlvorstellung zu Studentenwahlen, einmal bei der Wahlauszählung. Für 5 Fälle von Hausfriedensbruch verurteilte das Gericht ihn zu je 60 Tagessätzen à 60 DM. Der Staatsanwalt hatte je zwei Monate ohne Bewährung gefordert.

Nur in zwei der 13 Punkte kam es zu Teilfreisprüchen. In einem Fall deswegen, weil Polizisten ihre Berichte zu deutlich voneinander abgeschrieben hatten.

Ohne Zweifel hat das Landgericht Heidelberg insgesamt ein hartes Urteil gesprochen. Um Geldbußen und Geldstrafen abzutragen, wird T. Brückner drei Jahre lang monatlich 600 DM bezahlen müssen. Wenn man berücksichtigt, um was für Vorfälle es ging, erscheint die Strafe um so höher. Aber das Gericht hat eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung vermieden, obwohl die Strafanträge des Staatsanwalts, so wahnsinnig sie anmuten, in vielen Punkten nicht über dem lagen, was er in andern Prozessen schon durchgesetzt hatte. Es ist vielleicht eine Heidelberger Besonderheit, daß man bei den politischen Prozessen immer gleich fragt, ob es „ohne Bewährung" ausgeht. Die Urteile sind hier so drastisch gewesen, daß man es für einen Erfolg halten muß, wenn einer nicht in den Knast muß. Im vorliegenden Fall hat dazu wohl vor allem die anhaltende öffentliche Diskussion um eine Amnestie für die Studentenprozesse beigetragen. Währenddessen steht zu befürchten, daß der SPD-Amnestieantrag im Landtag gerade im zuständigen Ausschuß beerdigt wird.



So um die 5000 sind bei der Fahrraddemonstration in Frankfurt letzten Samstag mitgefahren; eine gute halbe Stunde lang war der Zug, der sich auf 20 km durch die Stadt zog. Die Demonstration richtete sich gegen die herrschende Verkehrspolitik der Schnellstraßen und der „autogerechten Stadt".

Gegen Ausländerfeindlichkeit – für Gleichberechtigung

Bundesweites Arbeitstreffen am 5./6. Juni in Duisburg

kvz. 35 Vereinigungen und Organisationen hatten den Aufruf zum Arbeitstreffen „Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Gleichberechtigung" in Duisburg unterstützt. Auf dem Treffen selbst waren dann letztes Wochenende zwischen 100 und 150 Vertreter von örtlichen Initiativen, von überregionalen Organisationen – wie die GRÜNEN, die AL Westberlin, Jungliberale, Jusos – und von ausländischen Organisationen wie den türkischen Gruppe HDF, Dev Yol, DIDF, Partizan und von griechischen und kurdischen Gruppen anwesend. In Arbeitsgruppen wurde zu folgenden Themen gearbeitet: Ausländerfeindlichkeit, Sozialpolitik, Ausländerbeschäftigung und Ausländerrecht, Asylpolitik. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen zusammengefaßt und verschickt werden. Verabschiedet wurde ein Papier,das verschiedene Regelungen der weiteren Arbeitsperspektiven und der Koordination festhält. Mit Hinweis auf die unterschiedlichen politischen Standpunkte der verschiedenen Gruppen und ihrer erst kurzen Erfahrung wird die Zusammenarbeit zunächst locker gehalten und überwiegend organisatorischer Natur sein.

Im einzelnen wurde als Schwerpunkt beschlossen, die örtliche Arbeit durch einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zu stärken, gemeinsame zentrale und dezentrale Aktionen durchzuführen, funktionierende Initiativen auf Orts- und Regionalebene, in denen neben Organisationen und Vereinen der verschiedenen Nationalitäten auch deutsche Gruppen vertreten sein sollen, aufzubauen. Zwei- bis viermal im Jahr sollen Treffen stattfinden. Dort wird auch jeweils eine Koordinationsgruppe gewählt, die die Herausgabe eines dreimonatlich erscheinenden Rundbriefs sicherstellen soll, als Anlaufadresse dient, die organisatorische Vorbereitung der vierteljährlichen Treffen in die Hand nimmt, sofern aktuelle Ereignisse es zwingend erscheinen lassen, zu besonderen Treffen aufruft und schließlich öffentliche Erklärungen abgeben kann, sofern die Koordinationsgruppe damit beauftragt wurde. Die Finanzierung geschieht durch eine Umlage.

Euphorie lag dem Treffen fern, weshalb man ja auch auf den ursprünglich angestrebten „Kongreß" verzichtet hat. Die nächste Konferenz ist für den 18./19. September in Aussicht genommen, um eine bundesweite Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit im Herbst vorzubereiten. Die Koordination wurde erneut der IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen) übertragen.

Adresse: Mainzer Landstraße 239–241; 6000 Frankfurt am Main 1; Tel.: 0611 / 737898.

Veranstaltungen

Bonn
Wie weiter nach dem 10.6.? Diskussion mit Bahro, Cohn-Bendit, Coppik u.a., Bonn, Rheinterrassen
Freitag, 11. Juni

Frankfurt
Die Rolle des Schelmen in der Literatur von Uhlenspiegel bis Peter Paul Zahl, Vortrag. Veranstalter: MEG – Polibula. Ort: Polibula, Mainzer Landstraße 147
Mittwoch, 16. Juni

Münster
Philippinen-Kulturveranstaltung. Veranstalter AK Philippinen. Münster, KSG-Aula
Samstag, 12. Juni, 16.00 Uhr

Arbeitsseminar Literaturkritik
Veranstaltung der VrV. Themen: Peter Weiss: „Ästhetik des Widerstands" und seine Aufnahme durch verschiedene Literaturkritiker / Kritiken für die literarische Wertung am Beispiel von E. Staigers immanenter Literaturinterpretation / Die Kunstauffassung von Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands" / Der literarische Prozeß bei Peter Weiss / Die Behandlung des spanischen Bürgerkriegs bei Peter Weiss im Vergleich zu anderen Autoren. Ort: Schulungszentrum des KBW

Beginn: Samstag, 19.6.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 20.6., nach dem Mittagessen oder um 16.00 Uhr
Anmeldung bei B. Wagner, c/o. KBW

Arbeitsgruppen:

Gesundheitswesen
siehe letzte KVZ
Beginn: Samstag, 19.6.1982, 15.00 Uhr (nicht, wie üblich, 14.00 Uhr)
Ende: Sonntag, 20.6., gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
siehe letzte KVZ
Beginn: Samstag, 26.6.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 27.6., 12.30 Uhr

Bildungswesen
Beginn: Samstag, 3.7.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 4.7., spätestens 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher

Schulungen:

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich. Die Übernachtungen erfolgen im Haus der Jugend, Preis pro Nacht 14,90 DM

Frankfurter Friedenskongreß vom 17. – 20. Juni 1982

Donnerstag, 17. Juni

Eröffnungsveranstaltung
Internationales Gespräch: Friedensbewegung in Widersprüchen
Beginn: 20 Uhr, Hörsaal VI

mit: Rudolf Bahro, Angelo Bolaffi (Italien), Jean-Marcel Bougereau (Frankreich), Luciana Castellina (Italien), Dave Cortright (USA), Freimut Duve (SPD/MdB), Aleksander Smolar (KOR) und anderen. Moderation: Bruno Schoch.

kvz. 35 Vereinigungen und Organisationen hatten den Aufruf zum Arbeitstreffen „Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Gleichberechtigung" in Duisburg unterstützt. Auf dem Treffen selbst waren dann letztes Wochenende zwischen 100 und 150 Vertreter von örtlichen Initiativen, von überregionalen Organisationen – wie die GRÜNEN, die AL Westberlin, Jungliberale, Jusos – und von ausländischen Organisationen wie den türkischen Gruppe HDF, Dev Yol, DIDF, Partizan und von griechischen und kurdischen Gruppen anwesend. In Arbeitsgruppen wurde zu folgenden Themen gearbeitet: Ausländerfeindlichkeit, Sozialpolitik, Ausländerbeschäftigung und Ausländerrecht, Asylpolitik. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen zusammengefaßt und verschickt werden. Verabschiedet wurde ein Papier,das verschiedene Regelungen der weiteren Arbeitsperspektiven und der Koordination festhält. Mit Hinweis auf die unterschiedlichen politischen Standpunkte der verschiedenen Gruppen und ihrer erst kurzen Erfahrung wird die Zusammenarbeit zunächst locker gehalten und überwiegend organisatorischer Natur sein.

Im einzelnen wurde als Schwerpunkt beschlossen, die örtliche Arbeit durch einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zu stärken, gemeinsame zentrale und dezentrale Aktionen durchzuführen, funktionierende Initiativen auf Orts- und Regionalebene, in denen neben Organisationen und Vereinen der verschiedenen Nationalitäten auch deutsche Gruppen vertreten sein sollen, aufzubauen. Zwei- bis viermal im Jahr sollen Treffen stattfinden. Dort wird auch jeweils eine Koordinationsgruppe gewählt, die die Herausgabe eines dreimonatlich erscheinenden Rundbriefs sicherstellen soll, als Anlaufadresse dient, die organisatorische Vorbereitung der vierteljährlichen Treffen in die Hand nimmt, sofern aktuelle Ereignisse es zwingend erscheinen lassen, zu besonderen Treffen aufruft und schließlich öffentliche Erklärungen abgeben kann, sofern die Koordinationsgruppe damit beauftragt wurde. Die Finanzierung geschieht durch eine Umlage.

Euphorie lag dem Treffen fern, weshalb man ja auch auf den ursprünglich angestrebten „Kongreß" verzichtet hat. Die nächste Konferenz ist für den 18./19. September in Aussicht genommen, um eine bundesweite Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit im Herbst vorzubereiten. Die Koordination wurde erneut der IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen) übertragen.

Adresse: Mainzer Landstraße 239–241; 6000 Frankfurt am Main 1; Tel.: 0611 / 737898.

wahnsinnig sie anmuten, in vielen Punkten nicht über dem lagen, was er in andern Prozessen schon durchgesetzt hatte. Es ist vielleicht eine Heidelberger Besonderheit, daß man bei den politischen Prozessen immer gleich fragt, ob es „ohne Bewährung" ausgeht. Die Urteile sind hier so drastisch gewesen, daß man es für einen Erfolg halten muß, wenn einer nicht in den Knast muß. Im vorliegenden Fall hat dazu wohl vor allem die anhaltende öffentliche Diskussion um eine Amnestie für die Studentenprozesse beigetragen. Währenddessen steht zu befürchten, daß der SPD-Amnestieantrag im Landtag gerade im zuständigen Ausschuß beerdigt wird.

Bonn
Wie weiter nach dem 10.6.? Diskussion mit Bahro, Cohn-Bendit, Coppik u.a., Bonn, Rheinterrassen
Freitag, 11. Juni

Frankfurt
Die Rolle des Schelmen in der Literatur von Uhlenspiegel bis Peter Paul Zahl, Vortrag. Veranstalter: MEG – Polibula. Ort: Polibula, Mainzer Landstraße 147
Mittwoch, 16. Juni

Münster
Philippinen-Kulturveranstaltung. Veranstalter AK Philippinen. Münster, KSG-Aula
Samstag, 12. Juni, 16.00 Uhr

Arbeitsseminar Literaturkritik
Veranstaltung der VrV. Themen: Peter Weiss: „Ästhetik des Widerstands" und seine Aufnahme durch verschiedene Literaturkritiker / Kritiken für die literarische Wertung am Beispiel von E. Staigers immanenter Literaturinterpretation / Die Kunstauffassung von Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands" / Der literarische Prozeß bei Peter Weiss / Die Behandlung des spanischen Bürgerkriegs bei Peter Weiss im Vergleich zu anderen Autoren. Ort: Schulungszentrum des KBW

Beginn: Samstag, 19.6.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 20.6., nach dem Mittagessen oder um 16.00 Uhr
Anmeldung bei B. Wagner, c/o. KBW

Arbeitsgruppen:

Gesundheitswesen
siehe letzte KVZ
Beginn: Samstag, 19.6.1982, 15.00 Uhr (nicht, wie üblich, 14.00 Uhr)
Ende: Sonntag, 20.6., gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
siehe letzte KVZ
Beginn: Samstag, 26.6.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 27.6., 12.30 Uhr

Bildungswesen
Beginn: Samstag, 3.7.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 4.7., spätestens 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher

Schulungen:

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich. Die Übernachtungen erfolgen im Haus der Jugend, Preis pro Nacht 14,90 DM

Frankfurter Friedenskongreß vom 17. – 20. Juni 1982

Donnerstag, 17. Juni

Eröffnungsveranstaltung
Internationales Gespräch: Friedensbewegung in Widersprüchen
Beginn: 20 Uhr, Hörsaal VI

mit: Rudolf Bahro, Angelo Bolaffi (Italien), Jean-Marcel Bougereau (Frankreich), Luciana Castellina (Italien), Dave Cortright (USA), Freimut Duve (SPD/MdB), Aleksander Smolar (KOR) und anderen. Moderation: Bruno Schoch.

Freitag, 18. Juni

Veranstaltungen, Seminare, Friedensbasar
Vormittag und Nachmittag

Freitagsforen
Destabilisierung der Blöcke; Polen; Europäisierung Europas; Nationale Frage; BRD auf dem Weltmarkt – was wird exportiert?; Was wird produziert? – Tauschwert und Frieden; Spaltung der Gesellschaft; Kriegsangst.
Beginn: 20 Uhr

Samstag, 19. Juni

Arbeitsgruppen zu den Themen der Freitagsforen
Beginn: 9 Uhr

Samstagsforen
Entspannung und Solidarität; Ausstieg aus der Blocklogik; Ausstieg aus dem Weltmarkt? Konversion zum Gebrauchswert; Demokratie und Kultur von unten – Gegen die Spaltung der Gesellschaft
Beginn: 15 Uhr

Kulturveranstaltungen
Beginn: 20 Uhr
Sonntag, 20. Juni

Abschlußveranstaltung
Gesellschaft ohne Perspektive?
Beginn: 11 Uhr

Ort: Uni Frankfurt, Hörsaalgebäude
Eintritt 5 DM

Veranstalter: AStA der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Juso-Hochschulgruppe, Sozialistisches Büro.

Weitere Informationen: AStA, Jügelstr. 1, 6000 Ffm, Tel. 0611/77 75 75; Sozialistisches Büro, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach, Tel. 0611/88 50 06

Neue Vorschläge für Medizinerprüfungen

gew.Köln. Am 26.5. fand in Bonn vor dem Bundesgesundheitsministerium (BMJFG) eine Demonstration von über 500 Bonner Medizinstudenten gegen die Pläne zur 4. Novelle der Approbationsordnung für Ärzte (AO) statt. Im Anschluß gab es ein Gespräch mit Prof. Steinbach und Frau Schleicher vom BMJFG, an dem Vertreter der nordrheinwestfälischen Medizinerfachschaften teilnahmen. Dabei wurde die neue AO, deren Entwurf noch im Sommer veröffentlicht werden soll, vorgestellt:

1. Der schriftliche Teil des dritten Staatsexamens wird vollends mit dem zweiten Examen zusammengelegt vor das Praktische Jahr.

2. *Zusätzlich* zu dieser Mammutprüfung werden *mündliche* Prüfungen in jeweils einem Fach aus den Gruppen operative, nicht operative Medizin und Grundlagen (Pharmakologie, Pathologie) durchgeführt in Form einer „Kollegialprüfung". Der Zeitpunkt dieser Prüfung wird von der Universität bestimmt und ist von den zentralen schriftlichen Prüfungen unabhängig. Die Prüfungsfächer bekommt man drei Wochen vorher mitgeteilt. Und der Clou: Diese Prüfung wird benotet. So gibt es neben der Auslese über reaktionäre Prüfungsinhalte eine gezielte Ausfilterung von für den Arztberuf „unwürdigen Personen" an den Unis.

3. Für die ärztliche Vorprüfung (Physikum) wird ebenfalls eine zusätzliche mündliche Prüfung durchgeführt. Unfreie Wahl des Faches aus Anatomie, Biochemie, Physiologie.

4. Der „Praxisbezug" soll durch sechs Monate Pflichtfamulatur (unbezahlte Arbeit in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen) sowie Einbeziehung von nichtuniversitären Krankenhäusern für die praktische Ausbildung am Krankenbett erhöht werden. Letzteres wird wohl von den Ländern abgelehnt werden, weil sie die Kosten dafür aufbringen müßten, genau wie für die mündlichen Prüfungen.

5. Katastrophenmedizin soll in allen Fächern stark betont werden. Biomathematik und Statistik kommen in das vorklinische Studium, ebenso soll ein Soziologie-Pflichtkurs eingeführt werden.

6. Zwei Jahre Pflichtassistenz, davon ein halbes bei einem niedergelassenen Arzt, sind Voraussetzung für die Niederlassung als Arzt.

7. Eine Experimentierklausel ist nicht vorgesehen. Angeblich würden die Examina dann im Ausland nicht anerkannt und – noch schwachsinniger – würden sich die Studenten auf einzelnen Unis konzentrieren, als ob heute nicht schon die Medizinbewerber von der ZVS verteilt würden.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · **Telefon 0611/730236** · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Merkwürdige Verrenkungen in den MOZ:

Die Theorien des Willi K. Goltermann

Von Hans-Gerhart Schmierer

Unter der Überschrift „DKP und Friedensbewegung“ hat Willi K. Goltermann in den „Modernen Zeiten“ 5/1982 einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er eine in der Friedensbewegung durchaus gängige und verbreitete Argumentation aufgreift und ausführt: Die Friedensache Friedensbewegung – Sowjetunion, begründet mit den Vorschlägen der SU zu Atomwaffenfreiheit, Neutralität etc. in den fünfziger Jahren. Ralf Fücks hat dies im selben Heft zu „Kritischen Rückfragen“ genutzt, als Auftakt einer gründlichen Diskussion, die auch die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit in einer Redaktion klären soll.

Es ist nicht einfach, der Friedensbewegung einreden zu wollen, sie dürfe sich in Verfolgung ihrer positiven Ziele, Blockfreiheit und internationale Demokratie auf keinen Fall gegen den sowjetischen Expansionismus richten. Die Argumentation der DKP läuft inzwischen ungefähr so: über Afghanistan könne man dieser oder jener Meinung sein, letzten Endes werde erst die Geschichte zeigen, wer recht habe; damit aber die Geschichte diesen Nachweis liefern könne, dürfe sie durch einen Atomkrieg nicht beendet werden. Da insbesondere die Leute hierzulande im Falle eines Atomkriegs gar nicht mehr mitbekommen könnten, wer letzten Endes in Afghanistan recht gehabt hätte, müßten sie diese Frage jedenfalls zugunsten des gemeinsamen Kampfes gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zurückstellen. Die Frage ist ja aber gerade, ob die afghanische Widerstandsbewegung in ihrem Kampf gegen den sowjetischen Expansionismus nicht ein wesentlicher Teil der weltweiten Bewegung gegen den drohenden Weltkrieg ist, indem sie dem sowjetischen Expansionismus den Weg versperrt, und ob die westdeutsche Friedensbewegung überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn sie einen Teil ihrer internationalen Verbündeten verrät. Im Kampf gegen den drohenden Krieg soll man die Stellungnahme zu den bereits stattfindenden Kriegen zurückstellen.

Aber gerade die bereits stattfindenden Kriege machen ja die Gefahr eines Weltkrieges akut. Die Argumentation der DKP geht gelinde gesagt an der Sache etwas vorbei. Sie ist absurd. Auf Europa angewandt würde sie lauten: Ob die Sowjetunion eine expansive Macht ist oder nicht, wird sich erst herausstellen können, wenn einen Atomkrieg vermieden wird. Um Gelegenheit für diesen Nachweis zu schaffen, müßte erstmal und auf jeden Fall die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen verhindert werden. Wenn aber die Sowjetunion unter diesen Umständen ihre SS 20 verschrotten wollte, dann hätte sie sie überhaupt nicht bauen und dislozieren müssen.

Das Hauptproblem jedoch ist, daß die Sowjetunion den Nachweis für Expansionismus schon deutlich geliefert hat und der Kampf gegen die US-Supermacht deshalb bloß eine Massenbasis finden kann, wenn er sich auf einer Linie entfaltet, die gleichzeitig dem sowjetischen Expansionismus einen Riegel vorschiebt. Merkwürdigerweise glauben nun manche, daß eine solche Stoßrichtung für Blockfreiheit und internationale Demokratie, die das Bündnis mit allen Emanzipationsbewegungen gegen die beiden Supermächte einschließt, den Kampf gegen den US-Imperialismus schwächen würde. Dieser Gedanke kann nur begründet werden, wenn man, wie die DKP dies früher offensiv vertreten hat, die Sowjet-

che etwas vorbei. Sie ist absurd. Auf Europa angewandt würde sie lauten: Ob die Sowjetunion eine expansive Macht ist oder nicht, wird sich erst herausstellen können, wenn einen Atomkrieg vermieden wird. Um Gelegenheit für diesen Nachweis zu schaffen, müßte erstmal und auf jeden Fall die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen verhindert werden. Wenn aber die Sowjetunion unter diesen Umständen ihre SS 20 verschrotten wollte, dann hätte sie sie überhaupt nicht bauen und dislozieren müssen.
Das Hauptproblem jedoch ist, daß die Sowjetunion den Nachweis für Expansionismus schon deutlich geliefert hat und der Kampf gegen die US-Supermacht deshalb bloß eine Massenbasis finden kann, wenn er sich auf einer Linie entfaltet, die gleichzeitig dem sowjetischen Expansionismus einen Riegel vorschiebt. Merkwürdigerweise glauben nun manche, daß eine solche Stoßrichtung für Blockfreiheit und internationale Demokratie, die das Bündnis mit allen Emanzipationsbewegungen gegen die beiden Supermächte einschließt, den Kampf gegen den US-Imperialismus schwächen würde. Dieser Gedanke kann nur begründet werden, wenn man, wie die DKP dies früher offensiv vertreten hat, die Sowjet-

union als Bündnispartner im Kampf gegen den US-Imperialismus betrachtet, an dessen Seite die Friedensbewegung allein Aussicht auf Erfolg haben könne.

Goltermanns Bündnisachse

Gerade auf diese Argumentation kommt Willi K. Goltermann in einem Aufsatz in den „Modernen Zeiten“ zurück. Zunächst zählt er einige der sowjetischen Abrüstungsvorschläge aus den fünfziger und sechziger Jahren auf, um dann festzustellen: „Die Interessenlage des Sowjetblocks ist seither unverändert ... Seine politischen Standorterklärungen in dieser Hinsicht und diverse konkrete, sich an den kapitalistischen ‚Westen‘ richtende Initiativen zeigen ein hohes Maß an – wenn auch keine vollständige – Übereinstimmung mit den Zielen der neuen Friedensbewegung hierzulande, gerade auch unter Einschluß ihrer – über die Verhinderung der ‚Raketen-Nachrüstung‘ hinausgehenden ‚weiteren Perspektiven‘ (atomwaffenfreie Zone(n), neutrales Mitteleuropa etc.). Das weist auf eine in der *Wirklichkeit* existierende Bündnisachse hin, die unabhängig von verschlungenen Interpretationen existiert.“

Ralf Fücks hat in seinen „kritischen Rückfragen“ an Goltermann bereits darauf hingewiesen, aus welcher Interessenlage heraus die Sowjetunion seinerzeit die verschiedenen Initiativen unternommen hat, als Macht, die atomar unterlegen, konventionell jedoch überlegen und vollständig damit beschäftigt war, ihre Beute aus dem II. Weltkrieg zu sichern. In Hinsicht auf eine atomwaffenfreie Zone in Europa, insbesondere, wenn sie die Beseitigung der französischen und britischen Atomwaffen mitumfassen würde, hat sich wahrscheinlich die Interessenlage der Sowjetunion tatsächlich nicht geändert. Wenn sonst alles gleich bliebe, würde ein solches atomwaffenfreies Europa die Sowjetunion mit einem Schlag zur europäischen Vormacht machen, allein schon aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer überlegenen konventionellen Militärmacht. Dies ist ja gerade der Ausgangspunkt der NATO-Strategie, die für den Kriegsfall den Einsatz von Atomwaffen auf dem europäischen Gefechtsfeld von vornherein und als unvermeidlich einplant, und der nicht bloß vorgeschobenen Auffassung, daß die Stationierung der SS 20 das Kräfteverhältnis verschoben hätte, insofern die SS 20 eine Ausschaltung des NATO-Atompotentials auf europäischem Boden in Reichweite rücken und den „taktischen“ Erst-Einsatz von Atomwaffen (für uns hätte er allemal einen strategischen Effekt) unter erhöhtes Risiko insbesondere für Frankreich und England stellen (dies vielleicht zur Erklärung für Mitterrands Position gegenüber dem „Nachrüstungsbeschluß“).

Anders als mit der Losung nach einem atomwaffenfreien Europa sieht es mit der Losung nach einem blockfreien Europa aus, weil dieses die volle Souveränität und Loslösung der europäi-

sich wahrscheinlich die Interessenlage der Sowjetunion tatsächlich nicht geändert. Wenn sonst alles gleich bliebe, würde ein solches atomwaffenfreies Europa die Sowjetunion mit einem Schlag zur europäischen Vormacht machen, allein schon aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer überlegenen konventionellen Militärmacht. Dies ist ja gerade der Ausgangspunkt der NATO-Strategie, die für den Kriegsfall den Einsatz von Atomwaffen auf dem europäischen Gefechtsfeld von vornherein und als unvermeidlich einplant, und der nicht bloß vorgeschobenen Auffassung, daß die Stationierung der SS 20 das Kräfteverhältnis verschoben hätte, insofern die SS 20 eine Ausschaltung des NATO-Atompotentials auf europäischem Boden in Reichweite rücken und den „taktischen“ Erst-Einsatz von Atomwaffen (für uns hätte er allemal einen strategischen Effekt) unter erhöhtes Risiko insbesondere für Frankreich und England stellen (dies vielleicht zur Erklärung für Mitterrands Position gegenüber dem „Nachrüstungsbeschluß“).
Anders als mit der Losung nach einem atomwaffenfreien Europa sieht es mit der Losung nach einem blockfreien Europa aus, weil dieses die volle Souveränität und Loslösung der europäi-

schen Völker von den beiden Supermächten vorsieht. Deshalb findet man diese Losung auch keineswegs im sowjetischen Propagandaarsenal und war sie dort auch zu keinem Zeitpunkt zu finden. Zu finden war einmal die Losung einer deutschen Neutralität, die die USA ihres entscheidenden Vorpostens in Westeuropa beraubt und eben dadurch die Vorherrschaft der SU über ihren Machtbereich um so sicherer gemacht hätte. Gerade in ihrer Stellung gegenüber der Blockfreienbewegung und dem politischen Inhalt der Losung der Blockfreiheit zeigt sich auch deutlich der Wandel in der Interessenlage der SU. Seitdem die SU seit Mitte der 70er Jahre daran geht, global imperialistische Weltpolitik zu machen, tritt sie überall die Prinzipien der Blockfreiheit mit Füßen, wo diese ihrem Expansionismus in die Quere kommen. Im Inneren ihres eigenen Blocks aber gilt die Breschnewdoktrin, die im übrigen keineswegs an den Warschauer Pakt gebunden ist, da sie sich auf die internationale Solidarität unter „sozialistischen Ländern“ beruft. Was es heißt, wenn sich einem die Sowjetunion als natürlicher Verbündeter aufdrängt, kann man eigentlich aufgrund der Erfahrungen an den fünf Fingern abzählen. Um so erstaunlicher, wenn Willi K. Goltermann eine „wirkliche Bündnisachse“ zu entdecken glaubt. Das wirkliche Problem gegenüber der SU bleibt, wie ihre konventionelle Stoßkraft ohne Atomwaffen abgeblockt werden kann, und dies wird nur einem blockfreien, demokratischen Europa möglich sein.

Die NATO dagegen als Instrument der USA behandelt Europa nur als Einsatz- und Gefechtsfeld der weltweiten Rivalität mit der SU. Es kann, wenn es der Kampf um die Weltherrschaft verlangt, vernichtet werden.

Goltermann und der Naturzustand

Um sich nun nicht vollständig aus einem Friedensfreund zu einem Sowjet-

schaft verlangt, vernichtet werden.
Goltermann und der Naturzustand
Um sich nun nicht vollständig aus einem Friedensfreund zu einem Sowjet-



gew.Köln. **„Ronald Reagan – herzlich willkommen“**, unter dieser Parole hatten die Kölner Autonomen Friedensgruppen am Samstag vor dem NATO-Gipfel in Bonn zu einer „Jubeldemonstration für den befreundeten Präsidenten“ aufgerufen. Über 150 machten mit, um so für die große Friedensdemonstration am 10.6. zu mobilisieren. „Reagan“ fuhr im offenen Wagen und erschreckte u.a. die Kinder, während in den Fußtruppen u.a. Vertreter des BDI mit Zigarre und Melone, Cowboys, Mafiosi, Bundestagsmitglieder, „typisch amerikanische Jubelweiber“ und Frauen-GIs im Kampfanzug mit Trommel marschierten. Die Bevölkerung in den Einkaufsstraßen der Innenstadt nahm amüsiert Anteil an den Zwischenkundgebungen. Insgesamt stieß diese Persiflage auf die Demonstration der CDU am gleichen Tag auf große Zustimmung.

freund zu mausern, entwickelt Goltermann in der Folge eine vollends metaphysische Theorie, die es ihm erlauben soll, die Friedensbewegung wieder aus der Umarmung der Sowjetunion herauszuführen, in die er sie gerade entlang seiner „wirklichen Bündnisachse“ hineingeführt hatte. Seine Theorie lautet, daß Frieden und Staat nicht zusammengehen können, und weil die Sowjetunion Staat sei, könne sie letzten Endes doch nichts für den Frieden tun. Zwischen den Staaten herrsche nämlich Naturzustand, hat er aufgeschnappt:

„Da zwischen den Staaten der *Naturzustand* besteht, also reine Machtverhältnisse die Beziehungen von Staaten zu und untereinander bestimmen – und das sind in letzter Konsequenz immer militärische – kann gar kein *Staat* als Friedensmacht auftreten. Friedensmacht, also eine friedensstiftende Kraft, *kann* nicht die Gestalt eines Staates annehmen. Im Gegenteil. Sie kann nur als außerhalb staatlicher Logik befindliche Bewegung im Volk, Bewegung ‚von unten‘ existieren. Sie muß tendenziell gegen staatliche Belange opponieren.“

Eine merkwürdige Theorie, in der nicht nur *der* Staat, sondern auch *der* Frieden zum Metaphysikum gerät. Im übrigen könnte Goltermann ohne weiteres aufgrund seiner Theorie feststellen, daß die Friedensbewegung auch keine Politik machen dürfe, also überhaupt darauf verzichten müsse, Macht zu entfalten. Wo liegt der theoretische Ursprung für diesen Rückfall hinter Clausewitz und erst recht hinter Marx und Engels. Goltermann stellt den Krieg einfach dem Frieden als einen Zustand gegenüber, in dem militärische Mittel nicht zum Einsatz kommen. Gleichzeitig unterstellt er, daß Krieg eine „spezifische Kommunikationsform zwischen Staaten (oder Staatsapparaten)“ sei. Also war zum Beispiel der Befreiungskrieg in Zimbabwe von seiten des Volkes und der ZANU kein Krieg, aber auch wohl nicht von seiten des Siedlerregimes, da es ja in diesem Krieg nicht mit einem anderen Staat „kommunizierte“. Offensichtlich kann man Krieg und Frieden nicht einfach als Zustand einander gegenüberstellen und den Krieg dann als Zustand der Staaten und den Frieden als Zustand der Völker betrachten. Man muß die Richtung und die Zwecke der Politik untersuchen, die, solange es Klassen*gegensätze* und *folglich* Staaten gibt, immer die Möglichkeit der Fortsetzung mit anderen Mitteln einschließt. Friedenspolitik selber

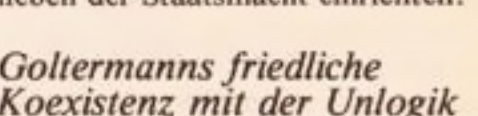
den als Zustand der Völker betrachten. Man muß die Richtung und die Zwecke der Politik untersuchen, die, solange es Klassengegensätze und folglich Staaten gibt, immer die Möglichkeit der Fortsetzung mit anderen Mitteln einschließt. Friedenspolitik selber

kann unter Umständen durch die Menschen, die sie verfolgen, bloß *beibehalten* werden, wenn sie mit kriegerischen Mitteln *fortgesetzt* wird. Solange die Menschen gezwungen sind, für ihre Emanzipationsinteressen Politik zu machen, werden sie sich gegen die feindlichen Ausbeuterklassen und deren Staaten bewaffnet organisieren müssen und insofern, sobald sie herrschen, noch in staatlicher Form agieren müssen.

Gegenüber der Behauptung der herrschenden Klassen in der Sowjetunion und der von ihr unterworfenen Staaten, in ihren Ländern stimme Friedensbewegung prinzipiell mit der Regierungspolitik überein oder sei eben keine Friedensbewegung, antwortete Goltermann mit einem völlig formalen Argument: das könne prinzipiell nicht sein, weil eben Friedenspolitik und Staatsform sich prinzipiell gegenseitig ausschlössen. Somit hat er sich vor der entscheidenden Frage gedrückt: um was für Staaten es sich denn dort und nicht nur dort handelt, aus welchen Klassengegensätzen sie entspringen, wer mittels dieser Staaten politisch herrscht und welche Politik der Sache und der Form nach denn durch diese herrschenden Klassen gemacht wird. Unvermeidlich müßte die Frage nach der herrschenden Produktionsweise, der Gesellschaftsformation, die sich auf ihrer Grundlage gebildet hat, und nach dem Charakter des Staates, der aus ihr entspringt, aufgeworfen werden.

Um das zu vermeiden, wird die Theorie des Naturzustandes zwischen den Staaten herangezogen, die erklären soll, weshalb eben Staaten prinzipiell keine Friedenspolitik verfolgen können. Aber welche Interessen und welche Politik, welche zugrundeliegenden Bedingungen setzen sie denn überhaupt in ‚Naturzustand‘ zu- und untereinander? Die Mittel materialistischer Analyse werden vollständig aus der Hand gegeben, um zu der Staatstheorie eines Hobbes zurückzukehren, der behauptet, der Naturzustand führe zu Krieg und dieser Naturzustand könne nur innerhalb des Staates und durch den Staat überwunden werden. So antistaatlich sich Goltermann gibt, in Wirklichkeit folgt aus seiner theoretischen Anleihe bei Hobbes die Forderung nach der Herstellung eines Weltstaates, um den Naturzustand zwischen den Nationen und damit die Unvermeidbarkeit von Kriegen zu überwinden. Goltermann konnte sich vor dieser Konsequenz nur drücken, weil er die inneren Verhältnisse in den Staaten nicht analysiert, sondern stillschweigend voraussetzt, daß innerhalb der Staaten Frieden herrsche. Deshalb schließt er die bewaffnete Revolution wie auch den Befreiungskrieg ohne staatliche Organisation grundsätzlich aus seiner Definition des Krieges aus. Wirklich eine merkwürdige Theorie für jemand, der mal davon ausging, daß alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei. Dabei bleibt sowieso rätselhaft, wie die Friedensbewegung überhaupt wirksam werden soll, ohne daß sie auf Staat und Regierung einwirkt, bis hin zur Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates, um ihn durch die bewaffnete Organisation des Volkes zu ersetzen, die aber gegenüber den gestürzten herrschenden Klassen und äußeren Feinden immer noch Staatsform annehmen wird. Die Friedensbewegung soll sich neben der Staatsmacht einrichten.

Goltermanns friedliche Koexistenz mit der Unlogik



rung nach der Herstellung eines Weltstaates, um den Naturzustand zwischen den Nationen und damit die Unvermeidbarkeit von Kriegen zu überwinden. Goltermann konnte sich vor dieser Konsequenz nur drücken, weil er die inneren Verhältnisse in den Staaten nicht analysiert, sondern stillschweigend voraussetzt, daß innerhalb der Staaten Frieden herrsche. Deshalb schließt er die bewaffnete Revolution wie auch den Befreiungskrieg ohne staatliche Organisation grundsätzlich aus seiner Definition des Krieges aus. Wirklich eine merkwürdige Theorie für jemand, der mal davon ausging, daß alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei. Dabei bleibt sowieso rätselhaft, wie die Friedensbewegung überhaupt wirksam werden soll, ohne daß sie auf Staat und Regierung einwirkt, bis hin zur Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates, um ihn durch die bewaffnete Organisation des Volkes zu ersetzen, die aber gegenüber den gestürzten herrschenden Klassen und äußeren Feinden immer noch Staatsform annehmen wird. Die Friedensbewegung soll sich neben der Staatsmacht einrichten.
Goltermanns friedliche Koexistenz mit der Unlogik

Daß bei solch kruden Gedankengängen insgesamt nur Unsinn herauskommen kann, wundert einen nicht. Das Interesse Goltermanns ist es, nachzuweisen, daß Friedensbewegung und DKP gut zusammengeht. Im ersten Beweisschritt wird behauptet, zwischen der Friedensbewegung und der Sowjetunion existiere eine „wirkliche Bündnisachse“. Dann wird ihm die Sache zu heiß und er entwickelt seine Theorie vom prinzipiellen Gegensatz von Staats- und Friedensmacht, an der nur soviel dran ist, daß der Frieden erst dauerhaft verwirklicht ist, wenn mit den antagonistischen Klassengegensätzen auch jede Staatsform verschwunden ist. In der Folge stellt er fest, daß sich die Friedensbewegung international grundsätzlich bloß als Bewegung verbünden darf, was nach Goltermann jedes Bündnis mit Staaten ausschließt (wie war das denn dann im Kampf gegen die US-Aggression gegen Vietnam?). Soweit gediehen, hat er dann ein Kriterium gefunden, um innerhalb der osteuropäischen Friedens- und Oppositionsbewegung eine Ausgrenzung vorzunehmen und nur diejenigen für bündnisfähig zu erklären, die sich von vornherein nicht nur gegen den eigenen Staat, sondern auch gegen die hiesige Regierung wenden. Dann hört Goltermann auf und merkt noch nicht einmal, daß er auf der zweiten Ebene seiner Argumentation ein Kriterium geliefert hat, um im Gegenzug die DKP aus der Friedensbewegung „auszugrenzen“, gegen welche Versuche er insgesamt angetreten ist. Ab einer bestimmten Stufe der Verwirrung der wirklichen Probleme gerät eben der Verwirrer selber in Verwirrung.

Sieg der spanischen Militärs

kvz. Als „Attentat gegen die demokratische Entwicklung" bzw. „Ermunterung zu einem neuerlichen Umsturzversuch" bezeichneten die sozialistische Gewerkschaft UGT bzw. die kommunistischen Comisiones Obreras die Urteile gegen die 33 Angeklagten des Putschversuches vom 23. Februar 1981. Zwar wurden die beiden Hauptverbrecher Tejero und del Bosch zu je 30 Jahren verurteilt. Die anderen gingen aber mit zum Teil sehr milden Urteilen aus. Der größte Skandal ist dabei der Freispruch für die 8 Leutnants der Guardia Civil, die an der Parlamentsbesetzung teilgenommen hatten. Sie hätten unter „Befehlsnotstand" gelitten. Damit wurde durch das Gericht zum Recht gesprochen, daß untere Ränge den Befehlen ihrer Vorgesetzten folgen müssen bzw. können, selbst wenn es dabei um einen Umsturzversuch zwecks Errichtung einer neuen Militärdiktatur geht. Freigesprochen wurde auch ein Geheimdienstmajor. Das Militärgericht zeichnete sich nicht nur durch diese Urteile aus, sondern auch durch eine Prozeßführung, die keinen Schlag für die Aufdeckung anderer Hintermänner (im Gespräch ist König Juan Carlos) getan hat. Die Regierung ficht das Urteil an. Das Verfahren wird vor dem obersten zivilen Gerichtshof durchgeführt und wird noch einmal mindestens ein Jahr dauern. Selbst dieser Beschluß war unter den Ministern der Regierung nicht unumstritten. Die inhaftierten Offiziere kommen derweil in die Militärhaftanstalt in Alcala de Henares, wo ihnen von renommierten Innenarchitekten mit Möbeln aus dem luxuriösen Kunsthandwerkgeschäft Artespana geschmackvolle und bequeme Suiten eingerichtet werden. Die Sozialisten, deren Sieg in den Parlamentswahlen Anfang nächsten Jahres so gut wie sicher ist, fordern eine Reform des Militärstrafrechts, wonach künftige Vergehen gegen den Staat der zivilen Gerichtsbarkeit unterliegen sollen.

Keine Beziehungen zwischen Südjemen und Oman

chm. Der Versuch Kuweits, ein Treffen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Südjemen und dem Sultanat Oman zustande zu bringen, ist gescheitert. Das Treffen sollte zur Versöhnung zwischen beiden Staaten führen und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Verfeindet sind die beiden Länder praktisch seit der Gründung der DVRJ im Jahre 1968, weil sie seitdem die Befreiungsbewegung, PFLO, die gegen den Sultan von Oman in der Südprovinz Dhofar des Sultanats kämpfte, unterstützt. Die PFLO, Volksfront für die Befreiung Omans, hat bis heute noch ihren Sitz in Aden. Nachdem ihre Stützpunkte in der größtenteils befreiten Provinz Dhofar Mitte der siebziger Jahre vor allem von einer Invasionsarmee des Schah von Iran

stalt in Alcala de Henares, wo ihnen von renommierten Innenarchitekten mit Möbeln aus dem luxuriösen Kunsthandwerkgeschäft Artespana geschmackvolle und bequeme Suiten eingerichtet werden. Die Sozialisten, deren Sieg in den Parlamentswahlen Anfang nächsten Jahres so gut wie sicher ist, fordern eine Reform des Militärstrafrechts, wonach künftige Vergehen gegen den Staat der zivilen Gerichtsbarkeit unterliegen sollen.

Keine Beziehungen zwischen Südjemen und Oman

chm. Der Versuch Kuweits, ein Treffen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Südjemen und dem Sultanat Oman zustande zu bringen, ist gescheitert. Das Treffen sollte zur Versöhnung zwischen beiden Staaten führen und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Verfeindet sind die beiden Länder praktisch seit der Gründung der DVRJ im Jahre 1968, weil sie seitdem die Befreiungsbewegung, PFLO, die gegen den Sultan von Oman in der Südprovinz Dhofar des Sultanats kämpfte, unterstützt. Die PFLO, Volksfront für die Befreiung Omans, hat bis heute noch ihren Sitz in Aden. Nachdem ihre Stützpunkte in der größtenteils befreiten Provinz Dhofar Mitte der siebziger Jahre vor allem von einer Invasionsarmee des Schah von Iran

aufgerieben wurde, hat sie sich vollständig auf das Territorium des Südjemen zurückgezogen, von wo aus sie ab und zu Operationen gegen die Grenzprovinz Omans durchführt. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DVRJ und Oman wäre sicher nicht im Interesse der PFLO. Es könnte aber einen der vielen Spaltungslinien unter den arabischen Staaten kitten und ihre Konzentration auf den Hauptfeind, Israel, stärken.

Gewerkschaftliche Opposition gegen Papandreou

kvz. Es scheint, als sei der Zeitkredit, den die griechische Arbeiterbewegung der sozialistischen Regierung eingeräumt hatte, aufgebraucht. In der vergangenen Woche streikten die Bankangestellten 48 Stunden. Dies hat um so größere Bedeutung, als der Banksektor einer der wichtigsten ist und die Gewerkschaftsorganisation OTOE bisher von Pasok-Funktionären, also den griechischen Sozialisten geführt wurde. Nachdem die OTOE-Präsidentin abgetreten war, wurde ein neuer Präsident gewählt und gleich ein weiterer 48stündiger Streik beschlossen. Ebenfalls zeitlich beschränkte Schwerpunktstreiks führen die Beschäftigten der öffentlichen Autobusse durch (EAS). Es geht insgesamt um finanzielle und arbeitsrechtliche Verbesserungen. Ministerpräsident Papandreou reagierte scharf und versuchte, diese Aktionen als abgekartete Aktionen der KP Griechenlands und anderer, auch rechter Oppositionskräfte zu verurteilen. Sie hätten sich zum Ziel gesetzt, die Realisierung der Ziele des „großen Sieges der Volkskräfte vom 18. Oktober 1981" zu verhindern.

Wende im Bürgerkrieg im Tschad

kvz. Die Truppen des früheren Verteidigungsministers Hissene Habré, die „Streitkräfte des Nordens" (FAN), haben nahezu kampflos am Montag die Hauptstadt des Tschad, Ndjamena, eingenommen. Präsident Goukouni ist mit seinen Truppen geflohen. Vorausgegangen war der Abzug der Truppen des Vizepräsidenten Kamougés, des Führers der südlichen, afrikanischen Stämme des Landes, der eine Meuterei von Teilen seiner eigenen Gefolgsleute in Mundu niederzuschlagen hatte. Auch die Privattruppen anderer Regierungsmitglieder griffen in die letzten Kämpfe, die sich vor der Hauptstadt abgespielt hatten, nicht ein. Ebensowenig leisteten die Friedenstruppen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) den Streitkräften Habrés Widerstand. Habré scheint damit, 18 Monate nach seiner eigenen Vertreibung aus Ndjamena durch Goukoni und libysche Truppen, im Bürgerkrieg die Oberhand gewonnen zu haben. Unterstützt wird Habré durch Sudan und Ägypten sowie auch

Oppositionskräfte zu verurteilen. Sie hätten sich zum Ziel gesetzt, die Realisierung der Ziele des „großen Sieges der Volkskräfte vom 18. Oktober 1981" zu verhindern.

Wende im Bürgerkrieg im Tschad

kvz. Die Truppen des früheren Verteidigungsministers Hissene Habré, die „Streitkräfte des Nordens" (FAN), haben nahezu kampflos am Montag die Hauptstadt des Tschad, Ndjamena, eingenommen. Präsident Goukouni ist mit seinen Truppen geflohen. Vorausgegangen war der Abzug der Truppen des Vizepräsidenten Kamougés, des Führers der südlichen, afrikanischen Stämme des Landes, der eine Meuterei von Teilen seiner eigenen Gefolgsleute in Mundu niederzuschlagen hatte. Auch die Privattruppen anderer Regierungsmitglieder griffen in die letzten Kämpfe, die sich vor der Hauptstadt abgespielt hatten, nicht ein. Ebensowenig leisteten die Friedenstruppen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) den Streitkräften Habrés Widerstand. Habré scheint damit, 18 Monate nach seiner eigenen Vertreibung aus Ndjamena durch Goukoni und libysche Truppen, im Bürgerkrieg die Oberhand gewonnen zu haben. Unterstützt wird Habré durch Sudan und Ägypten sowie auch

Zaire.

Die israelische Invasion im Libanon nutzt die Zersplitterung der arabischen Front

Schon durch Camp David Verträge gespalten, hat der Golfkrieg diese Spaltung vertieft

chm. Israel hat seinen Einmarsch in den Südlibanon schon seit langem angekündigt. Seinen „Wahlkampf" führte Begin mit dem Slogan „Es werden keine Katjushas mehr die Siedlungen im Norden bedrohen". Kaum war der Waffenstillstand mit der PLO im Juli 1981 geschlossen, erklärte der israelische Generalstabschef Rafael Eytan, Israel bereite den nächsten Krieg vor, nur der Zeitpunkt sei noch nicht festgelegt.

Seit der Vertreibung der Palästinenser aus Jordanien nach dem Schwarzen September von 1969, bei dem das Regime König Husseins 20000 Palästinenser umbrachte, ist der Südlibanon der Zufluchtsort für die Flüchtlinge aus Jordanien geworden und Hauptoperationsbasis der PLO (s. Karte). Gemäß dem Kairoer Vertrag, der im September 1969 noch unter Nassers Schirmherrschaft zwischen der PLO und dem libanesischen Staat geschlossen wurde, erhielt die PLO die Hoheit über die Flüchtlingslager und Bewegungsfreiheit im Südlibanon, einschließlich des Rechts, Waffen zu tragen und in den Lagern schwere Artillerie zu stationieren. Nachdem der Sieg der nationalen Bewegung im Libanon im Bürgerkrieg von 1976 über die rechten Truppen der Falange durch den Einmarsch der syrischen Truppen Hafiz al-Assads verhindert wurde, ist der Vertrag von Kairo in einem Treffen zwischen der PLO, dem Libanon, Syrien und Saudiarabien in der saudischen Hauptstadt Riad erneuert worden.

Die Lage im Libanon hatte sich jedoch grundlegend verändert: Im Land standen 30000 Soldaten, die „Arabische Abschreckungstruppe". Bestanden am Anfang einige Einheiten dieser Abschreckungstruppe aus anderen als nur syrischen Mannschaften, so änderte sich das bald. Indem die anderen arabischen Staaten diese nunmehr rein syrischen Truppen weiter finanzierten, sanktionierten sie im nachhinein Syriens Einmarsch in den Libanon und den schweren Schlag, den sie der gesamten arabischen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus versetzt hatten.

Die PLO hatte letzten Endes einen Feind mehr auf dem einzigen Territorium, das nach der Vertreibung aus Jordanien verblieben war. Noch schlimmer, sie konnte nie gegen diesen Feind offen auftreten, da er im Schafspelz der Freundschaft daherkam. Stellte sich die PLO auf Seiten der syrischen Truppen, wurde sie von der libanesischen Bevölkerung als „Besatzer" empfunden; hielt sie vorbehaltlos zur libanesischen nationalen Bewegung, riskierte sie, von Syrien angegriffen zu werden.

So wurde aus dem durch die ständige direkte und indirekte Einmischung Israels und der USA ohnehin zerrissenen Libanon ein Schlachtfeld, in dem auch die politischen Widersprüche innerhalb Syriens und zwischen Syrien und seinen brüderlichen Gegnern im arabischen Lager, vor allem Irak und Jordanien, ausgetragen wurden.

Der Zeitpunkt der israelischen Invasion ist auch in Zusammenhang mit diesem Widerspruchsraster zu sehen: Die Aggression des Irak gegen den Iran hat die Kräfteverhältnisse und die politischen Bündnisse im gesamten arabischen Raum verschoben. Syrien findet sich mit Israel und Libyen in einer Front mit dem Iran gegen den Irak. Der Irak wird unterstützt von Saudiarabien, Jordanien und Ägypten. Die Golfstaaten haben sich zähneknirschend auch auf Iraks Seite geschlagen, da sie Irans islamische Revolution fürchten.

In dieser Lage ist es nicht zu erwarten, daß die arabischen Staaten zu einem einheitlichen Vorgehen finden, was aber angesichts der israelischen Invasion bitter nötig wäre. Es wird sicherlich einige Erklärungen geben, vielleicht sogar gemeinsame über die Arabische Liga. Aber sie werden die Realität der Zersplitterung nicht aufheben. Es ist sogar möglich, daß diese Invasion z.B. Syrien gelegen kommt. Es ist zwar nicht für eine vollständige Vernichtung der PLO wie Israel, aber eine geschlagene PLO, die es besser manipulieren kann, wäre ihm lieber. Syrien hat genau wie Israel eine „Schutzmacht" – die SU, die ebenfalls eine willige PLO vorziehen würde.

Wie 1978, als 30000 israelische Soldaten in den Südlibanon einmarschierten, steht die PLO heute allein. In einem ganz wörtlichen Sinne die Speerspitze der arabischen Völker im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Sie braucht unsere Solidarität.



Beirut nach dem Luftangriff vom 17. Juli 1981. 300 Tote liegen in den Ruinen begraben. Noch ist die genaue Zahl der Op-

ren. Nachdem der Sieg der nationalen Bewegung im Libanon im Bürgerkrieg von 1976 über die rechten Truppen der Falange durch den Einmarsch der syrischen Truppen Hafiz al-Assads verhindert wurde, ist der Vertrag von Kairo in einem Treffen zwischen der PLO, dem Libanon, Syrien und Saudiarabien in der saudischen Hauptstadt Riad erneuert worden.

So wurde aus dem durch die ständige direkte und indirekte Einmischung Israels und der USA ohnehin zerrissenen Libanon ein Schlachtfeld, in dem auch die politischen Widersprüche innerhalb Syriens und zwischen Syrien und seinen brüderlichen Gegnern im arabischen Lager, vor allem Irak und Jordanien, ausgetragen wurden.

hat genau wie Israel eine „Schutzmacht" – die SU, die ebenfalls eine willige PLO vorziehen würde.

Wie 1978, als 30000 israelische Soldaten in den Südlibanon einmarschierten, steht die PLO heute allein. In einem ganz wörtlichen Sinne die Speerspitze der arabischen Völker im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Sie braucht unsere Solidarität.



Beirut nach dem Luftangriff vom 17. Juli 1981. 300 Tote liegen in den Ruinen begraben. Noch ist die genaue Zahl der Opfer der jetzigen Angriffe nicht bekannt.

Ein völkerrechtlicher Aspekt des Falkland-Konflikts

Noch vor Ausbruch des Falkland-Konflikts veröffentlichte der ehemalige Vorsitzende des Internationalen Gerichtshofes Prof. Jiminez de Arecaga aus Uruguay in „Internationale Politik" Nr. 768, herausgegeben in Jugoslawien, eine Arbeit über das Selbstbestimmungsrecht nach 1945, aus der wir hier Auszüge veröffentlichen. Der Autor weist u.a. darauf hin, daß die UNO ein Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Gibraltars und Falklands nicht anerkannt hatte. Weiterhin, daß in bestimmten Fällen die territoriale Integrität über eine unbeschränkte Anerkennung des Prinzips der Selbstbestimmung gestellt werden muß.

Im Laufe des vergangenen Drittels des Jahrhunderts kam es in der Struktur und in der Zusammensetzung der internationalen Gemeinschaft zu gewaltigen Veränderungen.

Das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, das in einem Nebensatz im Artikel 1 (2) der Charta erwähnt wird, wurde zur konstitutionellen Grundlage der Emanzipation der Kolonialvölker, was eine der außerordentlichen Errungenschaften der Vereinten Nationen darstellt.

Im Unterschied zum Vertrag über den Völkerbund wird dieses Prinzip im Artikel 1, Punkt 2 und 55 der Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich erwähnt. Der Bewegung für die Emanzipation der Kolonialvölker gelang es, daß das Recht auf die Selbstbestimmung zu einem der grundlegenden Menschenrechte wird und daß auf dieser Grundlage festgesetzt wird, daß der Kolonialismus seiner Natur nach eine Negierung der grundlegenden Menschenrechte darstellt.

Das Ziel war es nicht mehr, die Standards der Kolonialherrschaft zu verbessern, sondern den Kolonialismus zu liquidieren. Ivor Jennings erklärte über dieses Prinzip, daß „es auf der Oberfläche einfach aussieht: das Volk soll beschließen. In Wirklichkeit ist es absurd, weil das Volk nicht beschließen kann, bis jemand nicht beschließt, wer das Volk ist."

Die richtige Antwort auf diese Bemerkung gab Hans Blix, als er erklärte: daß „das Recht auf die Selbstbestimmung ein Beispiel der Regel darstellt, die für ihre entsprechende Anwendung bei konkreten Fällen internationale Institutionen erfordert. Welches Volk hat das Recht auf die Selbstbestimmung? Wenn man einerseits eine gefährliche Zerstückelung der Staaten vermeiden will, und wenn man andererseits wünscht, daß diese Regel eine praktische Bedeutung bekommt, dann muß eine dritte Seite bestehen, die die konkreten Fälle bewerten und die Regeln anwenden wird. Obgleich eine politische Körperschaft, wie es die Generalversammlung ist, vielleicht für eine solche Rolle nicht ideal ist, ist sie derzeit anscheinend die einzige, die diese Rolle durchführt."

Die Aufgabe der Generalversammlung war in der Mehrzahl der Fälle in dieser Hinsicht erleichtert. Die physische Getrenntheit der Metropolen und der Kolonialgebiete, wie auch die Rassen-, die Glaubens- und die sprachlichen Unterschiede erleichterten die Beschlußfassung darüber, ob man über eine Bevölkerung sagen kann, daß sie die Identität eines „Volkes" besitzt, das das Recht auf die Selbstbestimmung hat. Andererseits wurde die Identität „des Volkes", das ein Recht auf die Selbstbestimmung hat, der Bevölkerung des Gibraltar oder der Malwinen (Falkland-Inseln) nicht anerkannt, weil es die Generalversammlung abgelehnt hatte, die Resultate des Referendums bzw. die Stimmung der gegenwärtigen Einwohner dieser Territorien zu akzeptieren.

In Punkt 6 der Resolution 1514 (XV) heißt es, daß „jeglicher Versuch, der eine teilweise oder vollkommene Störung der nationalen Einheit und der territorialen Integrität eines Landes zum Ziel hat, mit den Zielen und Prinzipien der Charta der UN unvereinbar ist".

Diese Verordnung muß als Schutzklausel zugunsten der bestehenden oder der kürzlich gebildeten souveränen Staaten gedeutet werden. Die Allgemeinheit dieser Phrase macht sie zu einer Regel für die Staaten und ebenfalls auch zu einem Auftrag der Generalversammlung als zuständigem Organ, das Prinzip der Selbstbestimmung anzuwenden und einen Beschluß zu fassen, wenn eine Bevölkerung Recht auf dieses hat. Das bedeutet, daß die Generalversammlung bei der Annahme eines solchen Beschlusses auch ein grundlegendes Prinzip des Internationalen Rechtes und des Rechtes der Charta berücksichtigen muß, d.h. jenes, das sich auch auf die territoriale Integrität der Staaten und auf die nationale Einheit der Länder bezieht.

Ein solcher Auftrag erfolgte zum Beispiel bei der Aktion, die die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit dem Sezessionsversuch in Katanga unternahmen, und er bestimmte auch den Standpunkt, der im Zusammenhang mit dem Biafraaufstand in Nigeria eingenommen wurde.

Die Tatsache, daß das Prinzip der Selbstbestimmung in der Resolution 2652 (XXV) als ein Prinzip anerkannt wurde, das auch für die Völker gültig ist, die bereits einen Teil der souveränen und unabhängigen Staaten bilden, verpflichtete die Autoren der Resolution aus dem Jahre 1970, mit besonderer Aufmerksamkeit die Schutzklausel in Punkt 7 und Punkt 8 dieses Kapitels der Deklaration zu erörtern. Offenbar würde eine unbeschränkte Anerkennung des Prinzips der Selbstbestimmung die irredentistischen und sezessionistischen Bewegungen in verschiedenen Teilen ermutigen und sogar zu einer Zerstückelung bestehender Staaten führen. Die internationalen Organisationen, die von Staaten zusammengesetzt sind, wie es die Vereinten Nationen sind, sind nicht bereit, außer in äußersten Ausnahmefällen, eine solche Möglichkeit zu erörtern, noch sie leicht zu akzeptieren.

Der Krieg wird sich möglicherweise noch lange hinziehen ...

... meinte Ho Chi Minh in seinem politischen Testament vor 13 Jahren. Und heute, nach 3 Regen- und 4 Trockenperioden, die die vietnamesische Besetzung Kampucheas jetzt schon dauert, deutet wieder viel darauf hin – unter andern Vorzeichen freilich. Und weiter reichen die Parallelen auch kaum. Billig der Hinweis, daß offenbar Welten zwischen der Bewegung gegen den Vietnamkrieg und der aktuellen Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Kampuchea liegen. Trotzdem bedenklich, nicht zuletzt deshalb, weil die praktische wie die politische Unterstützung nicht nur keine nennenswerte Ausbreitung erfahren hat, sondern im Gegenteil zumindest in den meisten Ländern Westeuropas inzwischen auf schmale Überbleibsel (verzeiht, Genossen, ich mein's nur quantitativ) der ml-Szene beschränkt erscheint.

Dieser Eindruck drängte sich jedenfalls im Verlauf der „Kampuchea-Konferenz Paris 82" am letzten Wochenende auf. Unbestritten scheint mir – da stimme ich mit den Veranstaltern, dem französischen „Mouvement Solidarité Cambodge" überein –, daß allein schon die Tatsache, daß das Ganze in Paris und am ersten Tag im Palais du Luxembourg, dem Sitz des Senats, stattfand, einen gewissen symbolischen Wert hat. Schließlich stößt die Solidaritätsarbeit gerade in Frankreich aus mehr oder weniger naheliegenden Gründen (Stärke der PCF auf der einen, die große Zahl kampucheanischer – wie im übrigen auch vietnamesischer – Patrioten und Flüchtlinge aufgrund der kolonialen Tradition auf der andern Seite) auf dicke Hindernisse. Von feindseliger Haltung gerade auch der neuen Mehrheit gegenüber den „Khmer rouge" ist die Rede, weshalb der „Mouvement Solidarité" gerade versucht, die widerprüchliche Haltung der Regierung bewußt zu machen, indem man deren hehre Prinzipien von Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und der Förderung des Nord-Süd-Dialogs an den eher pro-vietnamesischen Taten mißt, z.B. an den 200 oder 300 Mio. FF, die der vietnamesischen Regierung in Aussicht gestellt wurden, oder an dem Versprechen gegenüber dem Staatsgast Nguyen Co Thach, sich im Rahmen der EG für größere Hilfeleistungen stark zu machen.

Bedauerlich also, daß sich kein Vertreter der französischen Sozialisten blicken ließ – daß vielmehr ein ehemaliger RPR-Abgeordneter als einziger französischer Politiker gegen die Gefahr des raschen Vergessens und des leichtfertigen Appeasement Stellung

Palais du Luxembourg, dem Sitz des Senats, stattfand, einen gewissen symbolischen Wert hat. Schließlich stößt die Solidaritätsarbeit gerade in Frankreich aus mehr oder weniger naheliegenden Gründen (Stärke der PCF auf der einen, die große Zahl kampucheanischer – wie im übrigen auch vietnamesischer – Patrioten und Flüchtlinge aufgrund der kolonialen Tradition auf der andern Seite) auf dicke Hindernisse. Von feindseliger Haltung gerade auch der neuen Mehrheit gegenüber den „Khmer rouge" ist die Rede, weshalb der „Mouvement Solidarité" gerade versucht, die widerprüchliche Haltung der Regierung bewußt zu machen, indem man deren hehre Prinzipien von Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und der Förderung des Nord-Süd-Dialogs an den eher pro-vietnamesischen Taten mißt, z.B. an den 200 oder 300 Mio. FF, die der vietnamesischen Regierung in Aussicht gestellt wurden, oder an dem Versprechen gegenüber dem Staatsgast Nguyen Co Thach, sich im Rahmen der EG für größere Hilfeleistungen stark zu machen.

Bedauerlich also, daß sich kein Vertreter der französischen Sozialisten blicken ließ – daß vielmehr ein ehemaliger RPR-Abgeordneter als einziger französischer Politiker gegen die Gefahr des raschen Vergessens und des leichtfertigen Appeasement Stellung
nahm. Eine solche Art Realpolitik, die mit wachsender Dauer des Krieges die Anerkennung nun einmal geschaffener Tatsachen (des *fait accompli*) scheinbar immer plausibler begründen kann, bedroht in Wirklichkeit die Existenz des Volks und der Nation der Khmer ganz erheblich, liefen sie doch dann vor allem Gefahr, die Anerkennung der UNO zu verlieren und stünden folglich auch völkerrechtlich nicht mehr als Verteidiger gegen eine ungerechte Aggression da, sondern als Haufen bewaffneter Rebellen – die Unterschiede sind ja bekannt.

Kurzum, so gerne man Jan Myrdal, der die Konferenz leitete, beigepflichtet hätte in seiner Einschätzung, ein großer Fortschritt quer durch die politischen Lager zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea sei erreicht worden, so unangemessen dünn nahm sich die Sache doch letztlich aus. Mit gerade 10 waren aus der Bundesrepublik noch die meisten Vertreter aus einem Land außerhalb Frankreichs da; außer Luxemburg, Irland und Holland waren immerhin alle Länder Westeuropas vertreten.

Der erste Tag verstrich mit Reden teils prominenter Leute: Samir Amin, Leo Matès, ehemals jugoslawischer stellv. Außenminister, Thai Quang Trung, Jurist und Historiker aus Vietnam, Thiounn Mumm, als Wissenschaftler 1970 – 1974 in der Regierung, 1976 – 1979 Präsident des Instituts für Wissenschaft und Technik, und heute Vorsitzender der Kommission für Wissenschaft und Technik mit Ministerrang in der Regierung des Demokratischen Kampuchea – doch Neues fand sich da nur am Rande, und mancher Teilnehmer vermißte Genaueres oder auch Aufklärung über Strittiges, sei's über die neue Politik der Regierung, über die Koalitionsverhandlungen oder sei's auch über die „Fehler" und die Reaktion der Bevölkerung in den Jahren 1975 – 78. Oder wie ist z.B. folgender Vorfall zu verstehen: Sihanouk wünscht der Konferenz per Telegramm aus Beijing viel Erfolg; zwei Stunden später legen Sihanoukisten dem Präsidium einen Redebeitrag vor, den sie halten wollen, was wegen zu starker Polemik abgelehnt wird.

Mal abgesehen von der unbestreitbar wichtigen und richtigen Position: Das demokratische Kampuchea verdient unsere volle Solidarität im gerechten Kampf gegen die Invasoren, und bei aller Anerkennung der Bedeutung dieses Kampfes gegen sowjetisches Hegemoniestreben im Weltmaßstab ist schließlich nicht zu übersehen, daß *Aufklärung* über die „schlechte Presse für Pol Pot" gefragt ist statt Ignoranz oder der Hinweis darauf, daß Krieg halt Haß bringt und Bauernrevolutionen immer besonders blutig sind. Nach wie vor ist die immer noch bestehende Unklarheit über das Ausmaß von Gewalt und die Verantwortung der KP Kampucheas dafür mit das wichtigste Hindernis für die Verbreiterung der Solidaritätsbewegung – weshalb zugleich alle, die sich mit Geschichte und Gegenwart Kambodschas/Kampucheas näher befassen, herzlich zur Vorstellung eigener oder fremder Forschungsergebnisse bzw. Bücher in dieser Zeitung eingeladen sind.

Nicht nur der Vollständigkeit halber sind noch die Ergebnisse des zweiten Konferenztages zu erwähnen: der Erfahrungsaustausch über Pressearbeit und die Gewinnung bürgerlich beherrschter Medien, die ermutigenden Aktionen schwedischer und französischer Ärzteteams in Kampuchea in der Bekämpfung von Malaria und Tbc, die Pläne, das internationale Sekretariat in Stockholm mit regelmäßigeren Informationen über die Lage in einzelnen Gruppen und Projekten auszustatten und z.B. eine Liste alle verfügbaren Filme, Dia-Reihen usw. zu ermöglichen, sowie vor allem die Verurteilung des Giftgas-Einsatzes und zum Abschluß der Appell für die nächste (besser vorbereitete) Internationale Kampuchea-Konferenz in Montreal 1983.

Die Reden werden wir, sobald vorhanden, auszugsweise dokumentieren. Der Bericht der schwedischen Ärzte sowie Informationen über den Giftgas-Einsatz (in französischer Sprache) können angefordert werden. *cof*

Verantwortung der KP Kampucheas dafür mit das wichtigste Hindernis für
Einsatz (in französischer Sprache) können angefordert werden. cof









Khieu Samphan auf Fragen der Beijing Rundschau (März 1982)



Khieu Samphan auf Fragen der Beijing Rundschau (März 1982)



Die militärische Sitation nach der Trockenzeit

Obwohl die vietnamesischen Aggressoren in der Trockenperiode zwischen November 1981 und April 1982 einen Teil der von uns in der Regenzeit zwischen Mai und Oktober 1981 befreiten Gebiete erneut erobert haben, sind ihre Kampfkräfte geschwächt. Zum Beispiel beorderten die Feinde Truppen vom Westen des Kampfplatzes in Leach über Umwege in den Rücken unserer Truppen in das Schlachtgebiet Oddor-Meanchey – Siemreap – Landstraße Nr. 6 und behielten dadurch nur wenige Kräfte für die Verteidigung der strategischen Landstraßen im Westen des Leach-Kampfgebietes. Was das Schlachtgebiet Oddor-Meanchey – Siemrap – Landstraße Nr. 6 angeht, haben wir durch vier Monate langen Kampf die meisten verlorenen Gebiete wieder zurückgewonnen. Auf dem Schlachtfeld an der Landstraße Nr. 5, südlich von Sisophon, zogen die Feinde Truppen aus Sangkeyor und anderen Orten zusammen, um unseren Stützpunkt im westlichen Grenzgebiet zu erobern ...

Unser Prinzip ist es, daß die Erhaltung der eigenen einsatzfähigen Kräfte wichtiger als der Territoriumsgewinn ist. Manchmal gaben wir zeitweilig einige Gebiete auf, um eigene Kräfte zu erhalten, starken Feinden auszuweichen und dann mit Seiten- und Rükkenangriff die Feinde zu teilen, anzugreifen und zu zermürben ...

In der letzten Regenzeit machten die von uns kontrollierten Gebiete etwa 40 Prozent der Gesamtfläche Kampucheas aus. Dies sind Berg-, Wald- und ländliche Gebiete, die noch nicht als feste Stützpunkte betrachtet werden, da die Feinde ihre Kräfte noch konzentrieren können, um „Säuberungsfeldzüge" gegen diese Gebiete zu unternehmen. Die zeitweilig von den vietnamesischen Aggressoren kontrollierten Gebiete machten ungefähr 30 Prozent der Gesamtfläche Kampucheas aus. Die anderen Gebiete wurden wechselweise mal von uns, mal von ihnen dominiert.

Anfang dieser Trockenperiode besetzten die vietnamesischen Aggressoren erneut einige unserer Gebiete, und ein Teil der Massen wurde mit Gewalt aus den von dem Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten weggeführt. Aber bis zu Mitte dieser Trockenperiode gewannen wir die meisten dieser verlorenen Gebiete wieder zurück und der größte Teil der Massen kehrte in die Gebiete des Demokratischen Kampuchea zurück ...

Die neue Politik

Für die Existenz der kampucheanischen Nation haben wir die neue strategische Linie eingeführt. Die Hauptinhalte dieser Linie sind: Erstens, die Kräfte der ganzen Nation sind zu vereinigen, um den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren mit allen Mitteln bis zum Verjagen der Feinde aus Kampuchea zu führen; zweitens, die Einheit ist mit allen Ländern anzustreben, die die Aggression und Expansion Vietnams und dessen Herrn, der Sowjetunion, bekämpfen ...

Zur Bildung einer Dreierkoalition

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea tritt dafür ein, daß bei der Bildung einer Dreierkoalitionsregierung die Besonderheiten, die politischen Ansichten und die organisatorischen Prinzipien aller Seiten beibehalten werden sollten und zugleich einige notwendige Prinzipien zur Sicherung der besseren Zusammenarbeit der drei Seiten auf der Basis des gemeinsamen politischen Programms und zur Realisierung des gemeinsamen Ziels – militärischer, politischer und diplomatischer Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren, bis sie völlig aus Kampuchea vertrieben werden – ausgearbeitet werden müßten. Diese Prinzipien sind: Die Koalitionsregierung soll die drei Seiten einschließen; keine der drei Seiten darf alle Macht für sich in Anspruch nehmen; Einmütigkeit soll durch Konsultation erreicht werden; Handeln im legitimen Rahmen des Demokratischen Kampuchea ...

Während meiner Begegnung mit Samdech Norodom Sihanouk vor kurzem in Beijing hat er die obigen Auffassungen gebilligt. Ich halte dies für einen guten Erfolg ...

Eine nationale Wahl unter UNO-Überwachung wird durchgeführt, nachdem wir uns zusammengeschlossen und alle vietnamesischen Aggressoren aus Kampuchea vertrieben haben. Laßt das Volk entscheiden!

Vietnam im vierten Jahr des vierten Krieges

Gerd Koenen

Es ist ungefähr 7 Jahre her, daß nordvietnamesische Panzer die Gatter des Präsidentenpalastes im damaligen Saigon niederwalzten und direkt vor das Hauptportal fuhren, von wo kein Widerstand mehr kam. Die letzten US-Militärs waren vom Dach der Botschaft in Helikoptern geflüchtet, mit der Fahne unterm Arm. Ungefähr einen Monat vorher hatten sie schon aus Phnom Penh türmen müssen.

So sinnfällig werden in der Geschichte nur ganz große Siege errungen. Und jetzt? Ein US-Korrespondent hat die Front im vierten Indochinakrieg (in ununterbrochener Folge) besucht, und in Siem Reap im westlichen Kampuchea folgende Antwort bekommen: „Wenn Phnom Penh fällt, fällt Saigon. Wenn wir zu kämpfen und zu sterben haben, dann werden wir das hier tun, nicht in Vietnam."

Das ist, nach der Auskunft von vietnamesischen Soldaten in dieser vorgeschobenen Stellung, die Formel, mit der ihnen ihr Offizier im politischen Unterricht den Sinn dieses neuerlichen Kriegs erklärt. Die Soldaten – zu 60% aus Südvietnam, vor allem die einfachen Rekruten – leben großteils nun im dritten Kriegsjahr hier am Rande des Dschungels. Sie hausen in selbstgebauten Hütten, hinter aufgeworfenen Gräben, erhalten kaum den lebensnotwendigen Reis, nur selten etwas Trockenfisch oder eine Konserve dazu; ihr Monatssold ist auf dem Schwarzmarkt in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) lächerliche 65 Cents wert. Noch prekärer ist die Wasserversorgung; vor allem, wenn sie auf lange Patrouillen oder mehrtägige Untenehmen geschickt werden, müssen sie es unabgekocht trinken. Fast so schlimm wie der Feind ist Malaria, Durchfall u.a. Aber der Feind ist schlimm genug: wenn die Dämmerung reinbricht, müssen die Soldaten auf Patrouille; und wenigstens drei Mal in der Woche haben sie Feindberührung mit den Kampfgruppen der Roten Khmer, kurze viertelstündige Gefechte. Die ständigen Patrouillen sind entnervend und gefährlich, aber sie müssen gemacht werden, da andernfalls die Trupps des Demokratischen Kampuchea in die Orte unter vietnamesischer Kontrolle kommen und dort Propaganda machen; und weil sonst die Pfade und Wege, die die Vietnamesen benutzen, wieder vermint werden.

Der US-Korrespondent hört sich die freimütigen Klagen der Soldaten an (der Bericht findet sich im Far Eastern Economic Review vom 9. April). Er sinnt darüber nach, wieviel anders, härter und spartanischer die Lebensbedingungen dieser 20- bis 22jährigen sind, als seinerzeit für die US-Soldaten; wie anders dieser Krieg ist. Nach seinem Urteil ist die Moral dieser Truppen noch nicht erschüttert, trotz ihrer dauernden Verluste; nach einem dreijährigen, verbissenen Kampf hassen sie abgründig ihre Gegner, und die Kampucheaner überhaupt, die ihnen in den Dörfern mit Feindseligkeit oder im besten Fall mit „zwei Gesichtern", wie sie sagen, begegnen; ungerührt sprechen sie vom rigorosen Standrecht, das gegen die aufsässigen Khmer gehandhabt wird, aber dem sie selbst auch im Fall von Desertion, Meuterei, Feigheit vor dem Feind etc. unterliegen. Woran sie aber zu glauben scheinen, das sind die Worte ihres Offiziers, daß in Kampuchea Vietnam verteidigt werde – diesmal gegen einen neuen Feind, der aber zugleich der Erzfeind Vietnams Zeit seiner Geschichte gewesen sein soll: China. Vietnam muß Vormacht in Indochina sein, um in der Rivalität mit China bestehen zu können.

Allerdings ist Kampuchea, wo 200000 Soldaten stehen, und Laos, wo 50000 stehen, nur die eine Front, an der der vietnamesische Anspruch, zu einer der asiatischen Regionalmächte zu werden, durchgekämpft werden muß. Die andere Front ist im eigenen Land. An ihr dürfte die Lage weit schlimmer stehen.

Der 5. Kongreß der Kommunistischen Partei Vietnams Ende März – nach mehrmaliger Verschiebung schließlich doch abgehalten – brachte zwar in der engeren Führungsspitze keine Veränderungen; aber selbst das schien eher ein Zeichen von Unentschlossenheit und innerer Zerrissenheit zu sein, die jedoch um keinen Preis nach außen gezeigt werden durfte. Auf allen übrigen Parteiebenen wütet eine Säuberungskampagne nach der anderen. 200000 Mitglieder sind seit 1980 ausgeschlossen worden, teils weil sie in der Mobilmachung gegen den Hauptfeind China nicht mitzogen, teils wegen Korruption, Untätigkeit oder blanker Apathie. 6 Politbüromitglieder, vor allem aber gut ein Viertel der 130 Mitglieder des Zentralkomitees verloren ihre Ämter; unter ihnen die Mehrzahl der Provinzchefs im Süden, der Bürgermeister von Ho-Chi-Minh-Stadt und der Vorsitzende der Jugendliga dort, der vor zwei Jahren noch als aufsteigender Stern galt.



Jugendliche Flüchtlinge in Hongkong

Im Süden und unter der Jugend, das jedenfalls drang in allen verklausulierten Artikeln und Versammlungsberichten heraus, konzentrieren sich die Probleme. Es hat nicht ausgereicht, daß mehrere hunderttausend ethnische Chinesen vertrieben wurden; daß hunderttausend andere als „boat people" in Fischkuttern übers offene Meer geflüchtet sind (man schätzt insgesamt 900000!). Noch immer hat die Partei unter den Arbeitern im früheren Saigon gerade 3% Parteimitglieder, und die sind fast durchweg Kader aus dem Norden; und gelingt es nicht, mit dem Jugendverband an die Massen der Jugendlichen heranzukommen. Schlimmer: „wankelmütige Jugendliche werden in geheime konterrevolutionäre Organisationen des Verräters Hoang Van Hoan hineingezogen" – des alten Mitstreiters Ho Chi Minhs und Mitglieds des Politbüros der Partei, der 1979 nach China geflüchtet ist. So das theoretische Parteiorgan Tap Chi Cong San nach dem Parteikongreß.

Grundlage der gärenden Unzufriedenheit ist, daß das Modell einer bürokratisch-zentralistischen „Planwirtschaft", wie es der Norden binnen kurzem nach der Befreiung dem Süden aufdrängen wollte, hier unter sehr viel ökonomisch entwickelteren Verhältnissen als reine Zwangsjacke erscheint – in die der Patient auch immer noch nicht hineingebracht ist. Pervers wie das zunächst erscheinen mag, hatte doch die parasitäre Kriegskonjunktur unter den Amerikanern die Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung enorm beschleunigt; zusammengefaßt wurden alle diese städtischen und ländlichen Arbeiten aber durch einen entwickelten Kleinhandel. Die brachiale Ausschaltung sowohl des traditionellen und modernen Handwerks und der Kleinbetriebe ebenso wie des Kleinhandels brachte de facto einen erheblichen Teil der ganzen Wirtschaftstätigkeit zum Erliegen. Die Bauern weigerten sich, ihre Ernten bei den staatlichen Aufkaufstellen in Geld umzutauschen, für das sie sich nichts kaufen konnten; sie drosselten die Produktion bis auf reine Selbstversorgung zurück. Zugleich wurden die mit großen staatlichen Entwicklungskosten betriebenen „neuen ökonomischen Zonen", in denen die „parasitären" Stadtbewohner in eine extensive, vom Staat eng beaufsichtigte Agrarproduktion eingewiesen werden sollten, unter Anwendung diverser Zwangsmittel, zu einem katastrophalen Fehlschlag. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion (jedenfalls die registrierte – die geheime „vierte Ernte" der Bauern entzog sich häufig der staatlichen Aufsicht) sank teilweise unter das Niveau im Krieg vorher, und weit unter Bedarf. Erst in den letzten beiden Jahren hat es etwas bessere Ernten gegeben. Aber wie weit noch Produktion und Bedarf auseinanderklaffen, läßt sich daran ermessen, daß für 1980, mit Ende des ersten 5-Jahr-Plans, eine Jahresproduktion von 21 Mio. t Getreide angestrebt wurde. Die Rekordernte von 1981 betrug dagegen gerade 15 Mio. t, kaum mehr als 1976, im ersten Jahr nach der Befreiung, wo es 14,3 Mio. t waren.

Dazu kommt der Mangel an Fisch als traditionellem Eiweißspender in der Ernährung. Zwei Drittel aller Fischkutter sind für die Flucht übers Meer verwendet worden. Die wesentlichen Grundnahrungmittel sind alle rationiert, und zwar in winzigen Rationen. Und jetzt sind die Preise für Brot verdreifacht worden. Für ein Kilo Schweinefleisch müssen 2 Wochenlöhne eines Arbeiters gezahlt werden. In Ho-Chi-Minh-Stadt, sagten Ärzte kürzlich einem UNICEF-Vertreter, sind 45% aller Kinder unterernährt – und im Norden sei es noch schlimmer!

Der Parteitag hat die im letzten Jahr eingeleitete pragmatische Liberalisierung in der Wirtschaftspolitik bestätigt: Kleinhandel und Kleinproduktion sind in gewissem Umfang wieder zugelassen; die Bauern müssen nur noch bestimmte Quota und nicht mehr die ganze Ernte abliefern; den Rest können sie selbst verkaufen. Es ist, als würde die Schule aller historischen Irrtümer in Vietnam noch einmal durchlaufen. Ein Ende ist dabei nicht abzusehen: zwar haben im Norden die ländlichen Produzenten durchgeatmet und deutlich mehr produziert und auf den Markt gebracht; auch in den Städten ist das Kleingewerbe wieder aufgeschossen. Aber im Süden ist die Getreideproduktion um 900000 t hinter der Erwartung geblieben, denn bis 1885 soll auch die Landwirtschaft im Süden kollektiviert sein, die jetzt noch zu 90% privat (und dorfgenossenschaftlich) ist. Mithin, die Liberalisierung ist nur eine Maßnahme zur Angleichung der beiden Landesteile, kein Kurswechsel.

Unterstützt wird der ganze Kurs natürlich auch durch die enge wirtschaftliche Anlehnung an die Sowjetunion. Mit 1,6 Mrd. $ steht Vietnam hier im Lieferrückstand; dazu kommen noch 1 – 2 Mrd. $ in konvertiblen Währungen, sowohl gegenüber dem RGW wie westlichen Kreditgebern. Alle aufwendigen Projekte – ein Staudamm, ein Riesenzementwerk, ein Textilkombinat u.a. – sind weit im Baurückstand oder können nur beschränkt genutzt werden. Mängel der Infrastruktur, Energieengpässe, fehlende Rohstoffe und Ersatzteile etc. sind Dauererscheinung in einem Großteil aller Industrien überhaupt und sorgen für entsprechende Ausfälle. Die verzweifelt anmutende, vollständig unrealistische Planziffer von 46% mehr an Exporten für 1982 zeigt nur, wie drückend die Außenwirtschaftszwänge sind.

Entscheidendes Hindernis der Entwicklung ist der Krieg in Kampuchea und Laos und der unerklärte, schwelende Grenzkrieg mit China, der Vietnam eine stehende Armee von 1,2 Mio. Mann, plus etwa derselben Zahl von Volksmilizionären unter Waffen, auferlegt, die mehr als die Hälfte aller Budgetausgaben verschlingt und die sowjetischen Schulden weiter steigen läßt (die vom Krieg gegen die USA hat die Sowjetunion allerdings großteils gestrichen). Praktisch, d.h. ökonomisch, ist Vietnam zum Klientenstaat des RGW bzw. Warschauer Paktes geworden; nur mit deren Krediten und Hilfslieferungen wird es über Wasser gehalten.

Unter der Hand entsteht hier ein neuer Reibungspunkt. Auf dem Parteikongreß mußte schon vor einer „engen nationalistischen Haltung" gegenüber den sowjetischen Freunden gewarnt werden. Tatsache ist, daß sowohl in Laos wie in Kampuchea die von Vietnam an der Macht gehaltenen bzw. an die Macht gebrachten Regierungen versuchen, einen direkten Faden zur sowjetischen Hegemoniemacht zu spinnen – und diese ihrerseits ihre Fäden dort spinnt. Ausländische Beobachter in Phnom Penh sind sich darüber einig, daß der plötzliche Sturz des „starken Manns" an der Spitze des Schattenregimes dort, Pen Sovan, Ende letzte Jahres ein Coup der Vietnamesen war gegen aufkeimende Selbständigkeitsbestrebungen. Und was die Sowjets tief verärgert hat: Pen Sovan, gerade noch in Moskau von Breschnew am Hofe empfangen, fiel in die Versenkung, ohne daß sie vorher davon erfuhren. Es hat dies bestätigt, daß Vietnam heute allerdings nicht als ein reiner Vasall der Sowjetunion angesehen werden kann. Sondern eine eigene, aggressive, von der Sowjetunion unterstützte Regionalmacht ist – die aber wohl noch eine ganze Zeit lang die revolutionäre und militärische Kampferfahrung ihrer Kader aus der Zeit des Befreiungskampfes, chauvinistisch verkehrt, ausnutzen kann. Die Kollektivierung im Süden bis 1985 und der für das nächste Jahr anstehende große Truppenaustausch in Kampuchea (die Kerndivisionen sind dort seit 1979) dürften allerdings absehbare soziale Konfliktpunkte ersten Ranges werden.

Eine Woche im Grenzgebiet (Dezember '81)
Von Heinz Kotte*
der ihnen ihr Offizier im politischen Unterricht den Sinn dieses neuerlichen Kriegs erklärt. Die Soldaten – zu 60% aus Südvietnam, vor allem die einfachen Rekruten – leben großteils nun im dritten Kriegsjahr hier am Rande des Dschungels. Sie hausen in selbstgebauten Hütten, hinter aufgeworfenen Gräben, erhalten kaum den lebensnotwendigen Reis, nur selten etwas Trockenfisch oder eine Konserve dazu; ihr Monatssold ist auf dem Schwarzmarkt in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) lächerliche 65 Cents wert. Noch prekärer ist die Wasserversorgung; vor allem, wenn sie auf lange Patrouillen oder mehrtägige Untenehmen geschickt werden, müssen sie es unabgekocht trinken. Fast so schlimm wie der Feind ist Malaria, Durchfall u.a. Aber der Feind ist schlimm genug: wenn die Dämmerung reinbricht, müssen die Soldaten auf Patrouille; und wenigstens drei Mal in der Woche haben sie Feindberührung mit den Kampfgruppen der Roten Khmer, kurze viertelstündige Gefechte. Die ständigen Patrouillen sind entnervend und gefähr-
chen sie vom rigorosen Standrecht, das gegen die aufsässigen Khmer gehandhabt wird, aber dem sie selbst auch im Fall von Desertion, Meuterei, Feigheit vor dem Feind etc. unterliegen. Woran sie aber zu glauben scheinen, das sind die Worte ihres Offiziers, daß in Kampuchea Vietnam verteidigt werde – diesmal gegen einen neuen Feind, der aber zugleich der Erzfeind Vietnams Zeit seiner Geschichte gewesen sein soll: China. Vietnam muß Vormacht in Indochina sein, um in der Rivalität mit China bestehen zu können.
Allerdings ist Kampuchea, wo 200000 Soldaten stehen, und Laos, wo 50000 stehen, nur die eine Front, an der der vietnamesische Anspruch, zu einer der asiatischen Regionalmächte zu werden, durchgekämpft werden muß. Die andere Front ist im eigenen Land. An ihr dürfte die Lage weit schlimmer stehen.
Der 5. Kongreß der Kommunistischen Partei Vietnams Ende März – nach mehrmaliger Verschiebung schließlich doch abgehalten – brachte zwar in der engeren Führungsspitze
neue politische Praxis als Beweis des neuen Anfangs.
Die „offiziellen" Erklärungen: Die Koalitionsfrage (KPFNL – Son Sann
ren ihre Ämter; unter ihnen die Mehrzahl der Provinzchefs im Süden, der Bürgermeister von Ho-Chi-Minh-Stadt und der Vorsitzende der Jugendliga dort, der vor zwei Jahren noch als aufsteigender Stern galt.
Im Süden und unter der Jugend, das jedenfalls drang in allen verklausulierten Artikeln und Versammlungsberichten heraus, konzentrieren sich die Probleme. Es hat nicht ausgereicht, daß mehrere hunderttausend ethnische Chinesen vertrieben wurden; daß hunderttausend andere als „boat people" in Fischkuttern übers offene Meer geflüchtet sind (man schätzt insgesamt 900000!). Noch immer hat die Partei unter den Arbeitern im früheren Saigon gerade 3% Parteimitglieder, und die sind fast durchweg Kader aus dem Norden; und gelingt es nicht, mit dem Jugendverband an die Massen der Jugendlichen heranzukommen. Schlimmer: „wankelmütige Jugendliche werden in geheime konterrevolutionäre Organisationen des Verräters Hoang Van Hoan hineingezogen" – des alten Mitstreiters Ho Chi Minhs und Mit-
doch die parasitäre Kriegskonjunktur unter den Amerikanern die Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung enorm beschleunigt; zusammengefaßt wurden alle diese städtischen und ländlichen Arbeiten aber durch einen entwickelten Kleinhandel. Die brachiale Ausschaltung sowohl des traditionellen und modernen Handwerks und der Kleinbetriebe ebenso wie des Kleinhandels brachte de facto einen erheblichen Teil der ganzen Wirtschaftstätigkeit zum Erliegen. Die Bauern weigerten sich, ihre Ernten bei den staatlichen Aufkaufstellen in Geld umzutauschen, für das sie sich nichts kaufen konnten; sie drosselten die Produktion bis auf reine Selbstversorgung zurück. Zugleich wurden die mit großen staatlichen Entwicklungskosten betriebenen „neuen ökonomischen Zonen", in denen die „parasitären" Stadtbewohner in eine extensive, vom Staat eng beaufsichtigte Agrarproduktion eingewiesen werden sollten, unter Anwendung diverser Zwangsmittel, zu einem katastrophalen Fehlschlag. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion (jedenfalls die registrierte – die geheime
1 – 2 Mrd. $ in konvertiblen Währungen, sowohl gegenüber dem RGW wie westlichen Kreditgebern. Alle aufwendigen Projekte – ein Staudamm, ein Riesenzementwerk, ein Textilkombinat u.a. – sind weit im Baurückstand oder können nur beschränkt genutzt werden. Mängel der Infrastruktur, Energieengpässe, fehlende Rohstoffe und Ersatzteile etc. sind Dauererscheinung in einem Großteil aller Industrien überhaupt und sorgen für entsprechende Ausfälle. Die verzweifelt anmutende, vollständig unrealistische Planziffer von 46% mehr an Exporten für 1982 zeigt nur, wie drückend die Außenwirtschaftszwänge sind.
Entscheidendes Hindernis der Entwicklung ist der Krieg in Kampuchea und Laos und der unerklärte, schwelende Grenzkrieg mit China, der Vietnam eine stehende Armee von 1,2 Mio. Mann, plus etwa derselben Zahl von Volksmilizionären unter Waffen, auferlegt, die mehr als die Hälfte aller Budgetausgaben verschlingt und die sowjetischen Schulden weiter steigen läßt (die vom Krieg gegen die USA hat die Sowjetunion allerdings großteils gestrichen). Praktisch, d.h. ökonomisch, ist Vietnam zum Klientenstaat des RGW bzw. Warschauer Paktes geworden; nur mit deren Krediten und Hilfslieferungen wird es über Wasser

Eine Woche im Grenzgebiet (Dezember '81)

*Von Heinz Kotte**

Eindrücke von besuchten Siedlungen: Die Lebensbedingungen im gerodeten Dschungel sind sehr schwer. Ohne die Reishilfe von 200 gr. pro Kopf und Tag von UNICEF aus Thailand wäre das Leben nicht möglich. Viele Menschen, vor allem Kinder, haben Malaria und Darmerkrankungen. Es fehlen entsprechende Medikamente, medizinisches Personal ist vorhanden, die Hospitäler sind gut geführt, aber sehr schlecht ausgestattet. Es gibt viele Minenverletzungen. Gesiedelt wird auf freiwilliger Basis. Die Grenze nach Thailand ist offen. Flüchtlinge können pendeln, bevor sie sich entscheiden, unter der Kontrolle des Demokratischen Kapuchea zu siedeln. Die Dörfer dienen gleichzeitig für den Nachschub aus Thailand an die vietnamesische Front (40 km entfernt) und für die Genesung und Erholung von Guerillas. Es gibt eine große Siedlung für die Rehabilitation von Kriegsverletzten (Amputierten, Blinden).

Die „neue Politik": Privateigentum (Häuser, Land, Werkzeuge, Maschinen u.a.) und unternehmerische Eigeninitiative werden auffällig stark betont. Gewinne, vor allem aus dem Verkauf von bearbeitetem Holz, Möbeln, geschmiedeten Geräten und Korbwaren aus Thailand, und die Einkünfte aus Schneidereien, Schumachereien, Schmieden und Schreinereien und Einzelhandelsgeschäften bleiben im Besitz der Handwerker und Händler. Währung ist der thailändische Bath. Die Umstellung von kollektiven auf private Lebens- und Arbeitsformen wird mit peinlicher bis penetranter Genauigkeit verfolgt (im Hospital: „Bevor jemand operiert wird, werden die Familienangehörigen gefragt").

Die Zeit der „Kulturrevolution" von 1975 – 78: Man gibt zu, daß viele Fehler gemacht worden sind, daß man eine ganze Epoche überspringen wollte und die Bevölkerung rigoros behandelt worden ist, besonders von „schlechten" Kadern in manchen Regionen. Der Großteil der Verantwortung für Brutalität gegen die Bevölkerung und den Verlust des Landes wird vietnamesischen Agenten zugeschoben. Von eindeutiger Selbstkritik und personellen Konsequenzen ist wenig zu spüren („Wir haben nur wenig Führungskräfte, einiges werden wir noch ändern"). Man verweist immer wieder auf die neue politische Praxis als Beweis des neuen Anfangs.

Spenden für Kampuchea bitte an:
„Malaria-Hilfe"
PSchA Stuttgart, Kto. 20 32 19-701
Maria Ritgen
Senefelderstr. 16, 7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/61 24 52
oder:
KBW-Spenden Kampuchea
Frankfurter Volksbank,
Kto. 01/27132-6

Die „offiziellen" Erklärungen: Die Koalitionsfrage (KPFNL – Son Sann, Moulinaka – Sihanouk) und die aktuellen Verhandlungen (Ad-hoc-Komitee, Konferenzen von Singapur und Phatthaya) und die Befragung der Bevölkerung standen im Mittelpunkt aller Gespräche mit Offiziellen der Regierung. Die „lockere Koalition" wird als unrealistisch abgetan. Sie ist militärisch nicht möglich und politisch problematisch, weil man den beiden Partnern in ihrem Verhältnis zu Vietnam nicht traut (Son Sann: „Die Vietnamesen sind so schlecht wie die ‚Roten Khmer' "; Sihanouk: „Die ‚Roten Khmer' sind schlimmer als die Vietnamesen"). Auch wird befürchtet, der Sitz in der UNO könnte verspielt werden.

Ein neues Konzept von Werbung: Man hat großes Interesse, auch aus der Bundesrepublik mehr Besucher zu empfangen, um ihnen zu zeigen, was jetzt anders gemacht wird und Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Vertreter von Hilfsorganisationen, Parlamentarier, Politiker und Journalisten haben den Vorzug. Man wirbt um Glaubwürdigkeit, um politische Unterstützung für den Widerstand und den Kampf gegen die vietnamesische Besatzung zu gewinnen, aber auch, um humanitäre Hilfe für die Bevölkerung zu erhalten. Und die ist dringend notwendig, besonders für die Malaria-verseuchten Gebiete und für die Anlaufphase in den Neusiedlungen.

* Der Autor ist Theologe, war von 1968 bis 1974 in Vietnam und ist seitdem in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit tätig, speziell zu Vietnam, Kampuchea und Laos.

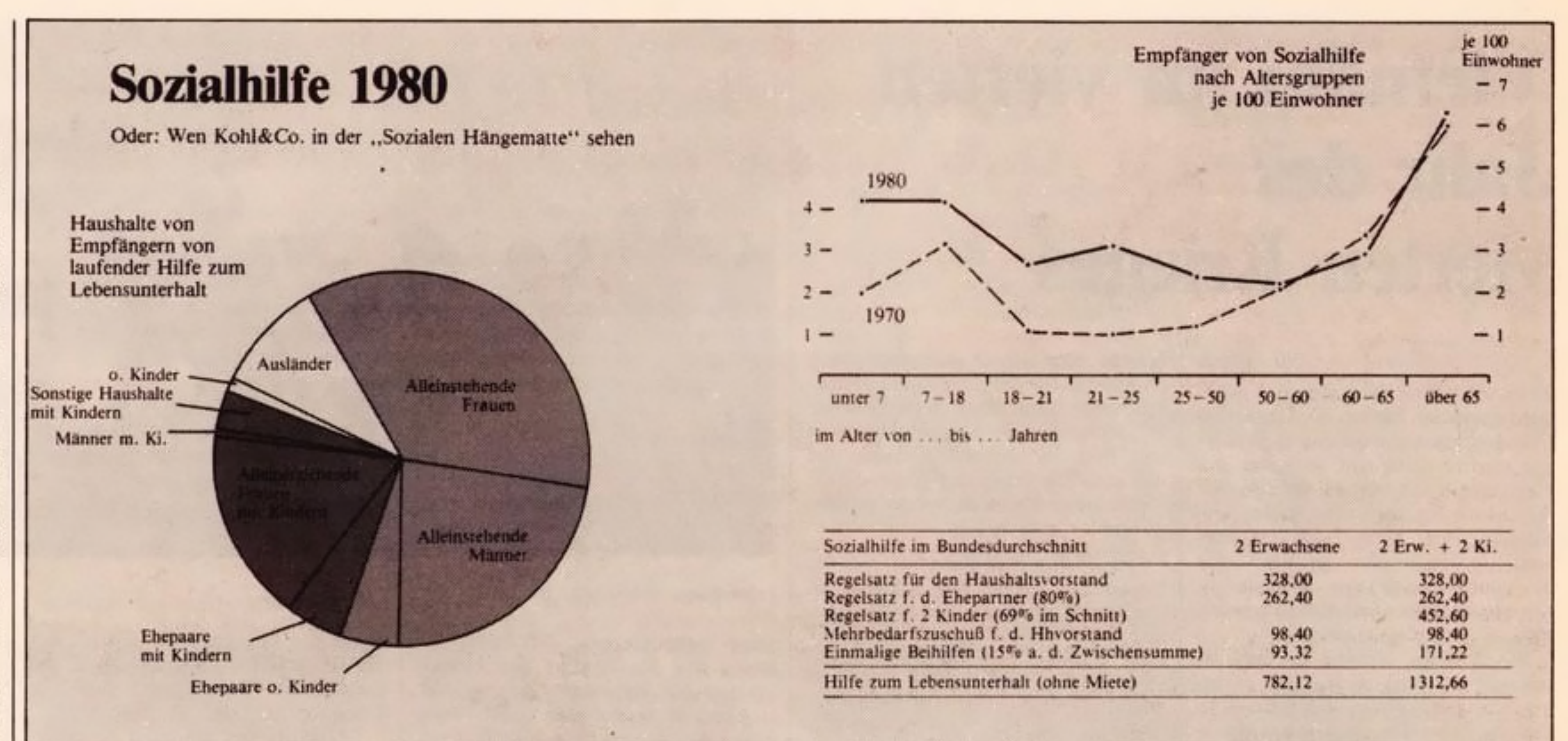
Fromme Wünsche beim Weltwirtschaftsgipfel

frb. Gemeinsame Bewältigung der weltwirtschaftlichen Krise war das hehre Ziel, das sich die Staats- und Regierungschefs der größten westlichen Industrieländer bei ihrem ersten Treffen einst in Rambouillet in der Nähe von Paris gesteckt hatten. Jetzt war Paris wieder der Tagungsort, und die Tagesordnung ist immer noch dieselbe. Arbeitslosigkeit, Inflation, Krise, gegenüber 1975 hat sich alles noch verschlimmert.

Hauptstreitpunkt war diesmal der Ost-West-Handel und die mehr oder weniger offenen Subventionen, die die Regierungen ihren jeweiligen Unternehmen gewähren. Reagan will den Handel gedrosselt sehen, was mehr als Druckmittel gegenüber den westeuropäischen Verbündeten gedacht ist, denn gegenüber der Sowjetunion. Hat doch der Osthandel für das amerikanische Kapital eine weit geringere Bedeutung als für die europäischen Konkurrenten. Wo der Handel auch für die USA Bedeutung hat, beim Getreide, ist Reagan ganz Freihändler. Herausgekommen im Kommunique ist schließlich eine Formulierung, die jeden Beteiligten fortfahren läßt wie bisher. Auch das Gas-Röhren-Geschäft der BRD mit der UdSSR ist gelaufen, wobei Schmidt offenbar die Freigabe hierzu notwendiger amerikanischer Spezialteile nicht erreichen konnte.

Auch beim Thema Protektionismus blieb es bei gegenseitigen Versprechungen. Darunter versteht man administrative Maßnahmen, um die Waren der Konkurrenten vom eigenen Markt abzuhalten. Allen Beteuerungen zum Trotz haben solche Maßnahmen in den letzten Jahren ständig zugenommen. Andererseits wird es eine völlige Abschottung der Märkte wie in der großen Weltwirtschaftskrise sicher nicht mehr geben. Die gegenseitige Durchdringung der Märkte ist heute viel tiefer als damals, insofern besteht auch ein gemeinsames Interesse am freien Austausch.

Die USA von ihrer Hochzinspolitik abzubringen, wurde erst gar nicht mehr versucht. Mit seiner gescheiterten Wirtschafts- und Haushaltspolitik hat Reagan dazu auch gar nicht die Möglichkeit.



Sozialhilfe im Bundesdurchschnitt	2 Erwachsene	2 Erw. + 2 Ki.
Regelsatz für den Haushaltsvorstand	328,00	328,00
Regelsatz f. d. Ehepartner (80%)	262,40	262,40
Regelsatz f. 2 Kinder (69% im Schnitt)		452,60
Mehrbedarfszuschuß f. d. Hhvorstand	98,40	98,40
Einmalige Beihilfen (15% a. d. Zwischensumme)	93,32	171,22
Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Miete)	782,12	1312,66

Mit 2,1 Millionen gibt die Statistik die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Jahre 1980 an – gegenüber 1,5 Millionen 1970. Das sind 3,5% der gesamten Bevölkerung. Würden alle, die sozialhilfeberechtigt sind, diese auch in Anspruch nehmen, so würde sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdoppeln. Der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger sind Rentner und vor allem Rentnerinnen. Über 200000 Familien mit Kindern brauchen ebenfalls Sozialhilfe, hierunter vor allem alleinstehende Frauen mit Kindern. Neu ist, daß die Zahl der Hilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter (18–65 Jahre) stark zugenommen hat. Über 8% brauchen die Sozialhilfe zusätzlich zum Arbeitslosengeld, gegenüber 1,7% im Jahre 1973. Der Warenkorb, der der Berechnung der Sozialhilfe zugrunde liegt, umfaßt beispielsweise für einen Erwachsenen pro Monat 3 Flaschen Bier, 1,5 Tafeln Schokolade, 60 g Seife, 50 g Zahncreme, 6 Busfahrten, eine halbe Kino- oder Theaterkarte; am Tag stehen ihm 20 Minuten elektrisches Licht zu, Telefongespräche sind in der Bedarfsrechnung nicht vorgesehen.

Zwei volle Zeitungsseiten füllten die Todesanzeigen zum Ableben von Herbert Quandt, neben Karl-Friedrich Flick einer der letzten Großindustriellen. BMW, Varta und der Gerling-Konzern gehören zu den Trauernden. 13 Mrd. DM Umsatz machten die in seinem Besitz befindlichen Unternehmen. Erbauseinandersetzungen hat der weitblickende Unternehmer vorgebaut, denn – so die FAZ – schon vor Jahren habe er „sein Haus wohl bestellt". Die Tochter aus seiner ersten Ehe, eine Malerin, ist mit nichtunternehmerischem Vermögen abgefunden worden. Die drei Kinder aus zweiter Ehe haben nach der Realteilung des Varta-Konzerns 1979 sämtliche in seinem Besitz befindlichen Varta-Aktien erhalten. Der übrige Besitz, darunter vor allem die BMW-Anteile, soll an seine Ehefrau und ihre beiden Kinder fallen. „Die Kinder werden auf diese Weise selbständig und unabhängig voneinander ihre Zukunft gestalten können", hebt die FAZ hervor. „Und auch das Schicksal der Unternehmen ist damit weitgehend losgelöst vom

Die Woche im Rückblick

Schicksal des einzelnen Menschen." Das sei Quandts eigentliches unternehmerisches Vermächtnis. Das sind Leistungen!

In den USA ist der Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht. Das zeigen die jüngsten Zahlen über verminderte Auftragseingänge. Auch das Handelsministerium sieht diesmal noch keine Wende. Die Arbeitslosenrate steht jetzt bei 9,5%; 10,5 Millionen Amerikaner sind offiziell arbeitslos.

AEG soll jetzt dreigeteilt werden. Darauf haben sich nun Banken und AEG-Vorstand geeinigt. Der Unternehmensbereich Unterhaltungselektronik (Telefunken) soll verkauft werden; Thomson-Brandt hat offenbar abgelehnt. Im Bereich Anlagen- und Kommunikationstechnik, Serienprodukte und Olympia (künftig AEG-Technik) soll die britische General Electric Company einsteigen. Werden doch in diesem Bereich noch die meisten Profite gemacht. Der Verlustbereich der Hausgeräte soll künftig AEG-Konsum heißen. Und hier sollen die öffentlichen Haushalte einspringen. Nur mit Hilfe der öffentlichen Hand könnten hier die besonders gefährdeten Arbeitsplätze gesichert werden, heißt es diplomatisch. Ende Mai hat Ex-Wirtschaftsminister Friderichs darüber in Bonn verhandelt. Verbesserte Voraussetzungen für den Beginn eines neuen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses sieht das Wirtschaftsministerium in seinem jüngsten Lagebericht. Maßgeblich hierfür sei, daß „es in weiteren wichtigen Tarifbereichen zu Lohnabschlüssen gekommen (ist), die als situationsgerecht bezeichnet werden können". In der Konjunkturstatistik hätte sich die „fortschreitende Verbesserung der Rahmendaten" allerdings noch nicht niedergeschlagen.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Mai 1645000, das sind ½ Million mehr als vor einem Jahr. Überdurchschnittlich zugenommen hat die Arbeitslosigkeit wieder bei Ausländern und Jugendlichen unter 20 Jahren.

Reagans Devise: Reichtum durch Armut

Über die ideologischen Grundlagen der neuen amerikanischen Wirtschaftspolitik
Zur Beurteilung gewisser deutsch-amerikanischer Freundschaften

Der anthropologische Kern der Angebotstheorie, die hinter dem radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in den USA steht, offenbart sich durch das Buch von George Gilder, das unter dem Titel „Reichtum und Armut" (Wealth and Poverty) ein Bestseller geblieb es bei gegenseitigen Versprechungen. Darunter versteht man administrative Maßnahmen, um die Waren der Konkurrenten vom eigenen Markt abzuhalten. Allen Beteuerungen zum Trotz haben solche Maßnahmen in den letzten Jahren ständig zugenommen. Andererseits wird es eine völlige Abschottung der Märkte wie in der großen Weltwirtschaftskrise sicher nicht mehr geben. Die gegenseitige Durchdringung der Märkte ist heute viel tiefer als damals, insofern besteht auch ein gemeinsames Interesse am freien Austausch.

Die USA von ihrer Hochzinspolitik abzubringen, wurde erst gar nicht mehr versucht. Mit seiner gescheiterten Wirtschafts- und Haushaltspolitik hat Reagan dazu auch gar nicht die Möglichkeit.

Aber ein Zugeständnis enthält diese Kapitalismusrechtfertigung. Soziale Ungleichheit ist überhaupt erst die entscheidende Basis für das Funktionieren kapitalistischer Wirtschaften. Wenn aber staatliche Umverteilungspolitik etwa darauf abzielt, das Reichtumsge-
Zwei volle Zeitungsseiten füllten die Todesanzeigen zum Ableben von Herbert Quandt, neben Karl-Friedrich Flick einer der letzten Großindustriellen. BMW, Varta und der Gerling-Konzern gehören zu den Trauernden. 13 Mrd. DM Umsatz machten die in seinem Besitz befindlichen Unternehmen. Erbauseinandersetzungen hat der weitblickende Unternehmer vorgebaut, denn – so die FAZ – schon vor Jahren habe er „sein Haus wohl bestellt". Die Tochter aus seiner ersten Ehe, eine Malerin, ist mit nichtunternehmerischem Vermögen abgefunden worden. Die drei Kinder aus zweiter Ehe haben nach der Realteilung des Varta-Konzerns 1979 sämtliche in seinem Besitz befindlichen Varta-Aktien erhalten. Der übrige Besitz, darunter vor allem die BMW-Anteile, soll an

Damit offenbart sich die Stoßrichtung dieser vermeintlichen Politik der Armutsbekämpfung: „Für alle Gleichmacherei eine unangenehme Einsicht, die ihnen aber nicht erspart werden kann: Um etwas für die Armen und die Mittelschichten zu tun, muß man die
seine Ehefrau und ihre beiden Kinder fallen. „Die Kinder werden auf diese Weise selbständig und unabhängig voneinander ihre Zukunft gestalten können", hebt die FAZ hervor. „Und auch das Schicksal der Unternehmen ist damit weitgehend losgelöst vom

Die Woche im Rückblick

Schicksal des einzelnen Menschen." Das sei Quandts eigentliches unternehmerisches Vermächtnis. Das sind Leistungen!
In den USA ist der Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht. Das zeigen die jüngsten Zahlen über verminderte Auftragseingänge. Auch das Handelsministerium sieht diesmal noch keine Wende. Die Arbeitslosenrate steht

Gefahren, weil die Unterstützung höher ist, als das, was ehrliche Arbeit einer intakten Familie bringt." (S. 140) Weniger die „Kosten" als vielmehr die „moralischen Gefahren" einer staatlichen Politik, die es einzelnen ermöglicht, zu nehmen, ohne zu geben, stehen im Vordergrund: „Die Arbeitslosenunterstützung fördert die Arbeitslosigkeit. Das Kindergeld ... zerrüttet die Familie. Die Kranken- und Invalidenversicherung begünstigt, daß sich kleine Wehwehchen zu zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsunfähig-
jetzt bei 9,5%; 10,5 Millionen Amerikaner sind offiziell arbeitslos.
AEG soll jetzt dreigeteilt werden. Darauf haben sich nun Banken und AEG-Vorstand geeinigt. Der Unternehmensbereich Unterhaltungselektronik (Telefunken) soll verkauft werden; Thomson-Brandt hat offenbar abgelehnt. Im Bereich Anlagen- und Kommunikationstechnik, Serienprodukte und Olympia (künftig AEG-Technik) soll die britische General Electric Company einsteigen. Werden doch in diesem Bereich noch die meisten Profite gemacht. Der Verlustbereich der Hausgeräte soll künftig AEG-Konsum heißen. Und hier sollen die öffentlichen Haushalte einspringen. Nur mit Hilfe der öffentlichen Hand könnten hier die besonders gefährdeten Arbeitsplätze gesichert werden, heißt es diplomatisch.

durch eine schlichte Uminterpretation des Problems wegdefiniert. Gilder behauptet, daß „die weit verbreiteten rassischen und ethnischen Vorurteile ... in Wahrheit Ausdruck wirtschaftlicher Über- oder Unterlegenheit" (S. 111) seien. Der Reichtum, der sich demzufolge nun mal bei den Weißen konzentriert, gilt als Voraussetzung der Investitionsbereitschaft, die den Armen, vorwiegend Farbigen zwar nützen soll, aber den sie selbst nicht erreichen können. Ihre Aufstiegschancen finden weit unterhalb des Reichtums ihre Grenze.
Ende Mai hat Ex-Wirtschaftsminister Friderichs darüber in Bonn verhandelt. Verbesserte Voraussetzungen für den Beginn eines neuen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses sieht das Wirtschaftsministerium in seinem jüngsten Lagebericht. Maßgeblich hierfür sei, daß „es in weiteren wichtigen Tarifbereichen zu Lohnabschlüssen gekommen (ist), die als situationsgerecht bezeichnet werden können". In der Konjunkturstatistik hätte sich die „fortschreitende Verbesserung der Rahmendaten" allerdings noch nicht niedergeschlagen.
Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Mai 1645000, das sind ½ Million mehr als vor einem Jahr. Überdurchschnittlich zugenommen hat die Arbeitslosigkeit wieder bei Ausländern und Jugendlichen unter 20 Jahren.

Reagans Devise: Reichtum durch Armut

Über die ideologischen Grundlagen der neuen amerikanischen Wirtschaftspolitik
Zur Beurteilung gewisser deutsch-amerikanischer Freundschaften

Der anthropologische Kern der Angebotstheorie, die hinter dem radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in den USA steht, offenbart sich durch das Buch von George Gilder, das unter dem Titel „Reichtum und Armut" (Wealth and Poverty) ein Bestseller geworden ist und das auch in deutscher Sprache vorliegt. Diese grundlegende Analyse zeigt das gesamte Ausmaß der mit der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik verfolgten Restauration individueller und gesellschaftlicher Lebensverhältnisse.

Für Gilder ist der Kapitalismus, den er beim Namen nennt, mehr als ein Wirtschaftssystem: „Der Kapitalismus baut auf eine von Moral und Vorsehung regierte Welt, in der die Menschen vernunftsgemäße Abenteuer unternehmen." (S. 41) Sozialistische Gesellschaftsmodelle haben in spiegelbildlicher Interpretation dieses Credos die Moral, die Vernunft und das Abenteuer nicht auf ihrer Seite. Die kapitalistische Wirtschaft aber hält auch ihre „Segnungen" bereit: „Die Geschenke in der Geldwirtschaft des neuzeitlichen Kapitalismus sind die Investitionen ... Das Wesen des Schenkens liegt keineswegs im Fehlen jeglicher Aussicht auf Belohnung, sondern im Fehlen einer vorher festgelegten Belohnung." (S. 38 f.)

Die Schrittmacher bei der Vollstreckung dieser überhistorischen „Vorsehung" werden mit äußerst ausgeprägtem Realitätssinn genannt: „Nicht irgendeine unsichtbare Hand lenkt die kapitalistische Kreativität, sondern die sichtbare, zupackende Hand des Managers." (S. 53) Da ist der Weg auch nicht weit, die Monopole als Resultat kapitalistischer „Moral und Vorsehung" zu rechtfertigen: „Monopole (sind) gut ... Je dynamischer und erfinderischer eine Wirtschaft, um so mehr Monopole wird sie hervorbringen." (S. 54)

Aber ein Zugeständnis enthält diese Kapitalismusrechtfertigung. Soziale Ungleichheit ist überhaupt erst die entscheidende Basis für das Funktionieren kapitalistischer Wirtschaften. Wenn aber staatliche Umverteilungspolitik etwa darauf abzielt, das Reichtumsgefälle abzubauen, dann, so die Logik, nimmt über die sinkende Investionsbereitschaft der privaten Investoren die Armut nicht ab, sondern zu: „Wie man diese Einflüsse auch beurteilen mag, alle Maßnahmen, die das Einkommen der Reichen – und damit die Investitionen – verringern, um den Armen mehr zu geben (und ihre Arbeitslust zu dämpfen), würden sich nur in sinkender Produktivität, steigender Arbeitslosigkeit und noch mehr Armut auswirken." (S. 87) Aus dem Zirkel der Armut gibt es kein Ausbrechen, solange Reichtum bzw. dessen Vermehrung die Voraussetzung privatwirtschaftlicher Investitionsbereitschaft ist. Diese funktionale Reichtumsrechtfertigung schlägt auf die verteilungspolitische Beurteilung der Steuerpolitik durch: „Steile progressive Steuern mögen zwar einen Hauch von Gerechtigkeit verbreiten, doch sie töten bestimmt jeden Anreiz zu Arbeit, Risiko und wirtschaftlichem Erfolg, ... Eigenschaften, die nötig sind, um die Menschheit voranzubringen. Da in den Vereinigten Staaten das Steuersystem mit den härtesten Strafen für Reichtum beheimatet ist und das Land im Vergleich mit seinen Hauptkonkurrenten die niedrigsten Spar- und Investitionsraten aufweist, besteht kein Zweifel, daß unsere Kapital- und Einkommenssteuer in den obersten Klassen endlich gesenkt werden. Dieser Steuerschnitt würde nicht nur über mehr Investitionen, sondern sogar – laut Laffer – das Steueraufkommen erhöhen." (S. 147 f.) Diese Auffassung leitet die Steuersenkungspolitik der Reagan-Administration an.

Damit offenbart sich die Stoßrichtung dieser vermeintlichen Politik der Armutsbekämpfung: „Für alle Gleichmacherei eine unangenehme Einsicht, die ihnen aber nicht erspart werden kann: Um etwas für die Armen und die Mittelschichten zu tun, muß man die Steuersätze der Reichen drastisch senken." (S. 151) Aber auch über den Nachvollzug der Rechtfertigung des Gegenteils von Reichtum – der Armut – wird das ganze Ausmaß dieser teils rassistischen Ungleichheitsideologie deutlich. Zum einen wird die Existenz von Armut zur unaufhebbaren Eigenschaft des Kapitalismus deklariert: „Wir müssen uns damit abfinden, daß wir trotz des Überflusses, den uns die kapitalistische Wirtschaft beschert, immer in einer Welt voller armer Menschen leben werden." (S. 86 f.) Zum anderen kommt aber der Armut eine funktionelle Rolle zu, nämlich die Bereitschaft, für den immer begrenzten Aufstieg schlechtere Arbeits- und Lohnverhältnisse in Kauf zu nehmen: „Wer der Armut entkommen will, muß nicht nur arbeiten, er muß mehr arbeiten als diejenigen, die über ihm auf der sozialen Leiter stehen", (S. 88) muß „zunächst niedriger bezahlte Jobs annehmen". (S. 86) Diese soziale Aufstiegschance hat aber religiös-familiale Voraussetzungen: „Nur gemeinsam können die drei Stützpfeiler Arbeit, Familie und Glaube den sozialen Aufstieg sichern, denn nur, wenn alle drei zusammenwirken, reichen sie über die Kinder in die Zukunft." (S. 95) Damit ist das Bild komplettiert. Die traditionelle Familie wird zur einzig legitimen, kapitalismusadäquaten Institution erklärt.

Auf dem Hintergrund dieser Rechtfertigung von Kapitalismus, Familie und Ungleichheit kann es nur eine scharfe Kritik bisher entwickelter staatlicher Wohlfahrt geben: „Unser Wohlfahrtssystem schafft moralische Gefahren, weil die Unterstützung höher ist, als das, was ehrliche Arbeit einer intakten Familie bringt." (S. 140) Weniger die „Kosten" als vielmehr die „moralischen Gefahren" einer staatlichen Politik, die es einzelnen ermöglicht, zu nehmen, ohne zu geben, stehen im Vordergrund: „Die Arbeitslosenunterstützung fördert die Arbeitslosigkeit. Das Kindergeld ... zerrüttet die Familie. Die Kranken- und Invalidenversicherung begünstigt, daß sich kleine Wehwehchen zu zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsunfähigkeit zur Frühinvalidität auswächst. Sozialrenten mindern die private Versorgung für das Alter und zerstören die Bindung zwischen den Generationen etc., etc. ..." (S. 108) Hinzuzufügen wäre dann noch: „Der Wohlfahrtsstaat verdrängt (auch) die private Spartätigkeit und Vorsorge. Die Diastole im Herzen des Kapitalismus, mit der das Sparkapital abgesaugt wird ... ist sehr schwach geworden." (S. 109) Das Ausmaß dieser Kritik am Sozialstaat wird erst dann richtig deutlich, ruft man sich in Erinnerung, daß der Wohlfahrtsstaat in den USA erheblich weniger ausgebaut ist als etwa in unserem Land.

Diese Behauptung vom krisenverursachenden Wohlfahrtsstaat und die damit verbundene Forderung, sozial-ökonomische Ungleichheit politisch nicht zu bekämpfen, schlagen sich in einem fatalistisch sozialkompromißlerischen Gesellschaftsmodell nieder. Die Realisierung von Chancengleichheit hat bei Gilder keine Aussicht auf Erfolg. Im Gegenteil: „Je erfolgreicher eine Gesellschaft die wirtschaftliche Chancengleichheit durchgesetzt hat, um so größer sind die Abstände zwischen ihren Vermögens- und Einkommensklassen." (S. 113) Deshalb kommt es darauf an, daß „alle Beteiligten das Vorhandensein und den Sinn verschiedener Klassen der Gesellschaft nicht leugnen, sondern anerkennen". (S. 114) Nur dann „können Arm und Reich ohne große Spannungen eng zusammenleben". (S. 111) Dies umfaßt auch die ökonomische Interpretation von Rassenproblemen. Das Spannungsfeld, das sich aus rassisch bedingten Unterschieden ergibt, wird durch eine schlichte Uminterpretation des Problems wegdefiniert. Gilder behauptet, daß „die weit verbreiteten rassischen und ethnischen Vorurteile ... in Wahrheit Ausdruck wirtschaftlicher Über- oder Unterlegenheit" (S. 111) seien. Der Reichtum, der sich demzufolge nun mal bei den Weißen konzentriert, gilt als Voraussetzung der Investitionsbereitschaft, die den Armen, vorwiegend Farbigen zwar nützen soll, aber den sie selbst nicht erreichen können. Ihre Aufstiegschancen finden weit unterhalb des Reichtums ihre Grenze.

Dieses Kapitalismuscredo, das Gilder hier vorlegt, offenbart das erzkonservative Menschen- und Gesellschaftsbild angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. Es handelt sich hier nicht um eine Außenseiterposition. Vielmehr lassen sich derartige Begründungen und Rechtfertigungen in entsprechender Literatur zur Strategie der Sanierung des Kapitalismus durch mehr Kapitalismus ebenso wie in entsprechender politischer Programmatik wiederfinden. Bereits der Nachvollzug dieser Wesensmerkmale neokonservativer „Konterrevolution", die nur die aggressive Konkurrenz unter dem Dach kapitalistischer Wirtschaftsstruktur gelten läßt, und jegliche Politik des Fortschritts gegen soziale Ungerechtigkeiten dieses Systems im Keime bereits abtöten will, zeigt, wie wichtig es ist, dieser frühkapitalistischen, menschenfeindlichen Konzeption den Kampf anzusagen. Aber auch ökonomisch begründet sich, wenn man die Auswirkungen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik real analysiert, die Kritik dieser Rezeptur. Die ersten Erfahrungen zeigen, daß die Krisenprobleme durch diese gewinnorientierte Strategien nur noch vertieft werden.

In dieser doppelten Orientierung – Kritik der ideologischen Grundlagen und der krisenverschärfenden Wirkungen dieser Konzeption – liegt der Ausgangspunkt des Kampfes gegen die Gruppierungen und politischen Strömungen, die die Angebotsorientierung als Instrument der Krisenbekämpfung in diesem Lande einsetzen wollen.

(Entnommen aus: Memorandum '82)

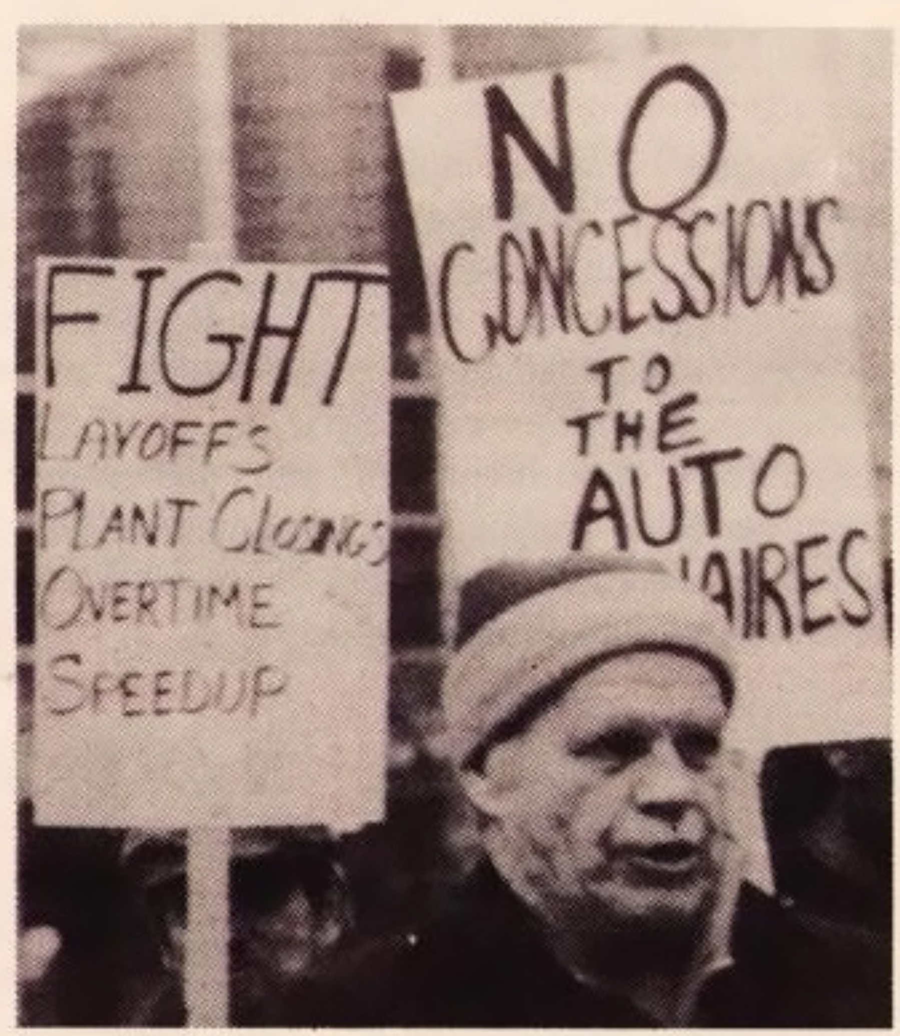
„So hätten wir während der Gründungszeit der UAW die Arbeiter nicht organisieren können!“

Gespräch mit einem Automobilarbeiter in Detroit / USA über die Lohnverzichtverträge

Mehr als ein Vierteljahr ist es jetzt her, daß die amerikanischen Automobilkonzerne die Gewerkschaft UAW zur vorzeitigen Aufhebung oder Verminderung einer ganzen Reihe tariflicher Leistungen erpressen konnten. Bei GM hat bloß eine hauchdünne Mehrheit der Arbeiter für die Annahme der neuen Verträge gestimmt, bei Ford war es eine deutliche Mehrheit. Die Wogen über den umstrittenen Abschluß sind noch keineswegs geglättet. Aus den USA erhielten wir die Aufzeichnung eines Interviews mit einem Funktionär der UAW (United Auto Workers), das wir im folgenden drucken.

Die Ursachen wie die Tragweite dieser Vorgänge kann nur begriffen werden im Zusammenhang mit dem relativen Zurückfallen der amerikanischen Industrie gegenüber Westeuropa und vor allem Japan. Sie sind der Reflex auf die Ausgleichung unterschiedlicher Entwicklungsniveaus. Die USA verlieren ihren Vorsprung in der Produktivkraft der Arbeit, was im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes keine andere „Lösung“ finden kann, als eine auf dem Rücken der Produzenten.

Gleichzeitig aber schlägt sich darin aber auch die Krise der Automobilindustrie nieder, die weltweit ist. Die gigantischen Investitionsprogramme, die jeder Konzern für sich eingeleitet hat, werden sie allenfalls verschärfen. Und insofern sind die amerikanischen Vorgänge nur die Vorankündigung dessen, was in der hiesigen Automobilindustrie noch bevorsteht.



Bekämpft Entlassungen, Fabrikschließungen, Überstunden, Arbeitshetze

UAW-Präsident Douglas Fraser lobpreist den General-Motors-Vertrag folgendermaßen: „Dieser Abschluß wird viel dazu beitragen, den UAW-Mitgliedern einen sicheren Arbeitsplatz und ein sicheres Einkommen zu garantieren, während er gleichzeitig die Grundlagen unserer Lohn- und Sozialleistungsstruktur intakt erhält.“ Auf der anderen Seite hat nur eine knappe Mehrheit von 52% der UAW-Arbeiter bei GM dem Vertrag zugestimmt. Wie paßt das zusammen?

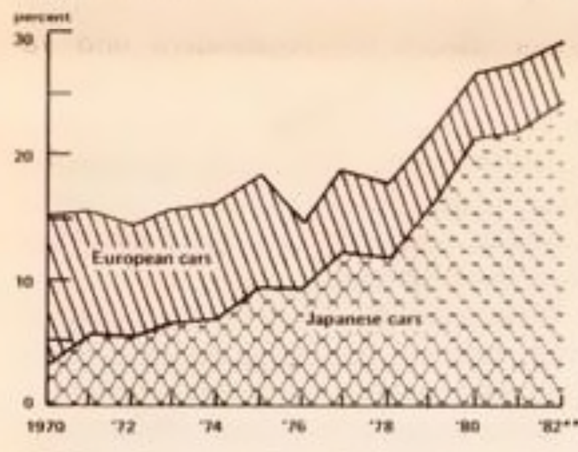
Im wesentlichen hat Fraser die UAW-Mitglieder falsch eingeschätzt. Fraser geht davon aus, daß die Probleme, denen sich die Autoindustrie gegenübersieht, nicht einfach intern gelöst werden können, sondern das diese Probleme mit der internationalen Konkurrenz zusammenhängen. Er meint, daß die amerikanische Autoindustrie Zeit braucht, um ihren Maschinenpark umzustellen und so überleben zu können. Deswegen soll nun die Gewerkschaft mit dem Management zusammenarbeiten, um ihnen dies zu ermöglichen; ein Prozeß, der zwei oder drei Jahre brauchen wird. Er meint offenbar, daß die amerikanische Autoindustrie international besser dastehen könnte.

Wir sahen auf der anderen Seite, daß General Motors im letzten Jahr 333 Mio. Dollar gemacht hat, also finanziell nicht so schlecht dastand, wie man uns glauben machen wollte. Wie oft sie das auch behaupten. So waren viele Arbeiter einfach nicht bereit, grundlegenden Änderungen in der Vertragsstruktur zuzustimmen. Ich glaube, daß die Sichtweise ‚Zusammenarbeit mit dem Management‘ einfach bei vielen Mitgliedern nicht verfängt.

Wer hat denn dann mit Ja gestimmt?

Jeder Funktionär der UAW International in den USA unterstützte den Vertrag. Auf der Ebene der Locals (der lokalen Verwaltungsstellen) gab es von seiten der Funktionäre viel Widerstand. Ich nehme an, daß es unter Facharbeitern eine größere Anzahl von Nein-Stimmen gab als unter ungelernten Arbeitern. Der Grund ist, daß auf dem Arbeitsmarkt eine große Nachfrage nach Facharbeitern vorliegt – z.B. für die Rüstungsindustrie –, daß also ihre Arbeitsplätze nicht so bedroht sind wie die von Arbeitern am Band, z.B. dort wo Einzelteile zusammengesetzt oder hergestellt werden, wo also die japanische Konkurrenz stark ist oder die von Südamerika. Wo also die Sicherheit der Arbeitsplätze gering ist, dort gab's viel Ja-Stimmen. In den vier Betrieben, die nicht geschlossen werden sollten, wenn der Vertrag durchgeht, gab es natürlich viele Ja-Stimmen, überwältigend viele.

Anteil der importierten Autos am Gesamtabsatz von Autos in den USA



1982 geschätzt aufgrund der Daten für Januar/Februar. Quelle: Federal Reserve Bank of Chicago

Die Opposition gegen den Vertrag wurde im wesentlichen durch eine lockere Gruppierung organisiert, die sich „Locals Opposed to Concessions“ (Ortsvereine gegen Zugeständnisse) nennt. Sie bildete sich im Januar in Flint, Michigan. Sie besteht aus Funktionären der Locals, aus Mitgliedern der Basis. Als im Januar versucht wurde, den GM-Vertrag durchzubringen, hat der Widerstand der LOC bewirkt, daß die Verhandlungen eingestellt wurden. Dann wurde bei Ford verhandelt, dort waren die LOC nicht so stark. Dann ging's zurück zu GM, wo der Widerstand nach wie vor stark war. Wir haben den Vertrag untersucht, haben mit den Arbeitern über seine Ablehnung debattiert, haben Unterlagen erstellt. Die Verhandlungen wurden schnell durchgezogen, wir hatten nicht viel Zeit. Ich bin sicher, daß dort, wo LOC-Mitglieder gearbeitet haben, die Zahl der Nein-Stimmen höher war.

Welche Auswirkungen wird der Vertrag haben? Welche auf die Verträge, die lokal mit den 147 GM-Niederlassungen über die Arbeitsbestimmungen ausgehandelt werden, welche auf die Tarifgespräche in den anderen Branchen?

Den einzelnen GM-Arbeiter wird der Vertrag über die 2½ Jahre Laufzeit rund 9000 Dollar kosten. Nun, wenn die Inflation abflacht, mag das nicht so schlimm erscheinen, wenn sie aber ansteigt, dann wird's verheerend.

In den örtlichen Verhandlungen will GM noch mehr sparen als mit diesem Vertrag, also mehr als 3 Mrd. Dollar. Arbeitsplätze sollen vor allem dadurch eingespart werden, daß die Eingruppierungen und Klassifizierungen verändert werden, damit weniger Leute gebraucht werden, von denen jeder alles machen kann. Außerdem sollen die Pausenzeiten reduziert werden, das spart auch Arbeitsplätze.

Was die Wirkung auf andere Branchen angeht: Wir haben ja gesehen – erst Chrysler, dann Ford, jetzt GM, dann die Lastwagenfahrer, International Harvester, das ist uferlos, wenn so einem großen Industrieunternehmen Zugeständnisse gemacht werden.

Und wie verkaufen die GM-Kapitalisten den Vertrag?

Hauptsächlich mit der Drohung, Arbeitsplätze zu beseitigen durch Werksschließungen. Der alte Trick: Erst sagen sie, wir schließen 7 Werke; so wollen sie uns zu Verhandlungen zwingen. Verhandeln wir dann, sagen sie, wir machen vier Werke nicht dicht. So sollen wir froh sein, daß nicht alle 7 geschlossen werden und sollen die drei anderen vergessen.

Was hältst du denn für die Ursachen der Krise in der amerikanischen Autoindustrie?

Da gibt es zwei Ebenen. Sicherlich ist das Management schuld, bei Chrysler und bei Ford. Ihre Produktenpalette hat nicht gepaßt. Sie haben sich praktisch geweigert, kleine Autos herzustellen; die Ölkrise haben sie nicht ausreichend in ihre Überlegungen einbezogen. Auf der anderen Seite hat das viel mit dem System zu tun. Historisch gab es einen einheimischen Markt, der durch amerikanische und kanadische Gesellschaften – das war ein Markt – beliefert wurde. Nun ist das anders. Internationale Monopole beherrschen den Markt und die Tendenz verstärkt sich.

Welche Forderungen erhebt die UAW demgegenüber, welche Strategie verficht sie?

Im wesentlichen vertreten sie, daß per Gesetzgebung die ausländischen Firmen, die hier ihre Autos verkaufen, auch hier produzieren sollen. Dazu kommt die Zusammenarbeit, Kooperation. Im wesentlichen sagen sie, es geht uns alle an, die Industrie muß überleben; damit sie das kann – und wir wollen Arbeitsplätze – müssen wir zusammenarbeiten. Dann die Vorstellungen von Mitbestimmung und von Komitees, in denen z.B. über die Frage der Arbeitsbedingungen mit dem Management verhandelt wird. Die Gewerkschaftsführung spricht oft von zuviel Gegensatz.

Hält die Gewerkschaftsbasis diese Forderungen für ausreichend?

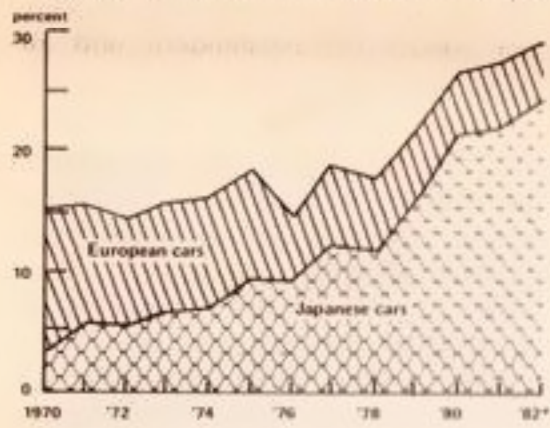
Was die Bestimmungen angeht, die ausländische Unternehmen verpflichtet, hier zu produzieren – die meisten sind dafür. So wie die Gewerkschaftsführung darangeht, wird das jedoch schwer durchzusetzen sein. Fraser betrachtet das nicht als Schritt im Kampf gegen die großen Automobilkapitalisten, sondern als Angelegenheit, die per Lobbyismus im Kongreß anzugehen ist. So wird man nichts erreichen. Ich denke, die Gewerkschaften haben ökonomische Kraft, die sie einsetzen könnten. Wir haben 9000 Dollar bezahlt. Es hätte einen ziemlich langen Streik gebraucht, um soviel zu zahlen. Wir müssen die Verluste eines langen Streiks tragen, ohne auch nur versucht zu haben, dadurch zu gewinnen! Wir haben unsere ökonomische Macht praktisch nicht eingesetzt. Denkt man an die Gründungszeit der UAW, wir hätten die Arbeiter während der Weltwirtschaftskrise so nicht organisieren können.

Massenaktionen in Italien
bevorsteht.
den, Arbeitshetze
ein Schoßhündchen verhalten, so hat
werkschaft wie bei Citroën) traut das
tragsstruktur zuzustimmen. Ich glaube, daß die Sichtweise ‚Zusammenarbeit mit dem Management‘ einfach bei vielen Mitgliedern nicht verfängt.

Wer hat denn dann mit Ja gestimmt?

Jeder Funktionär der UAW International in den USA unterstützte den Vertrag. Auf der Ebene der Locals (der lokalen Verwaltungsstellen) gab es von seiten der Funktionäre viel Widerstand. Ich nehme an, daß es unter Facharbeitern eine größere Anzahl von Nein-Stimmen gab als unter ungelernten Arbeitern. Der Grund ist, daß auf dem Arbeitsmarkt eine große Nachfrage nach Facharbeitern vorliegt – z.B. für die Rüstungsindustrie –, daß also ihre Arbeitsplätze nicht so bedroht sind wie die von Arbeitern am Band, z.B. dort wo Einzelteile zusammengesetzt oder hergestellt werden, wo also die japanische Konkurrenz stark ist oder die von Südamerika. Wo also die Sicherheit der Arbeitsplätze gering ist, dort gab's viel Ja-Stimmen. In den vier Betrieben, die nicht geschlossen werden sollten, wenn der Vertrag durchgeht, gab es natürlich viele Ja-Stimmen, überwältigend viele.

Anteil der importierten Autos am Gesamtabsatz von Autos in den USA



1982 geschätzt aufgrund der Daten für Januar/Februar. Quelle: Federal Reserve Bank of Chicago

Die Opposition gegen den Vertrag wurde im wesentlichen durch eine lockere Gruppierung organisiert, die sich „Locals Opposed to Concessions“ (Ortsvereine gegen Zugeständnisse) nennt. Sie bildete sich im Januar in Flint, Michigan. Sie besteht aus Funktionären der Locals, aus Mitgliedern der Basis. Als im Januar versucht wurde, den GM-Vertrag durchzubringen, hat der Widerstand der LOC bewirkt, daß die Verhandlungen eingestellt wurden. Dann wurde bei Ford verhandelt, dort waren die LOC nicht so stark. Dann ging's zurück zu GM, wo der Widerstand nach wie vor stark war. Wir haben den Vertrag untersucht, haben mit den Arbeitern über seine Ablehnung debattiert, haben Unterlagen erstellt. Die Verhandlungen wurden schnell durchgezogen, wir hatten nicht viel Zeit. Ich bin sicher, daß dort, wo LOC-Mitglieder gearbeitet haben, die Zahl der Nein-Stimmen höher war.

Welche Auswirkungen wird der Vertrag haben? Welche auf die Verträge, die lokal mit den 147 GM-Niederlassungen über die Arbeitsbestimmungen ausgehandelt werden, welche auf die Tarifgespräche in den anderen Branchen?

Den einzelnen GM-Arbeiter wird der Vertrag über die 2½ Jahre Laufzeit rund 9000 Dollar kosten. Nun, wenn die Inflation abflacht, mag das nicht so schlimm erscheinen, wenn sie aber ansteigt, dann wird's verheerend.

In den örtlichen Verhandlungen will GM noch mehr sparen als mit diesem Vertrag, also mehr als 3 Mrd. Dollar. Arbeitsplätze sollen vor allem dadurch eingespart werden, daß die Eingruppierungen und Klassifizierungen verändert werden, damit weniger Leute gebraucht werden, von denen jeder alles machen kann. Außerdem sollen die Pausenzeiten reduziert werden, das spart auch Arbeitsplätze.

Was die Wirkung auf andere Branchen angeht: Wir haben ja gesehen – erst Chrysler, dann Ford, jetzt GM, dann die Lastwagenfahrer, International Harvester, das ist uferlos, wenn so einem großen Industrieunternehmen Zugeständnisse gemacht werden.

Und wie verkaufen die GM-Kapitalisten den Vertrag?

Hauptsächlich mit der Drohung, Arbeitsplätze zu beseitigen durch Werksschließungen. Der alte Trick: Erst sagen sie, wir schließen 7 Werke; so wollen sie uns zu Verhandlungen zwingen. Verhandeln wir dann, sagen sie, wir machen vier Werke nicht dicht. So sol-

der Arbeitsbedingungen mit dem Management verhandelt wird. Die Gewerkschaftsführung spricht oft von zuviel Gegensatz.

Hält die Gewerkschaftsbasis diese Forderungen für ausreichend?

Was die Bestimmungen angeht, die ausländische Unternehmen verpflichtet, hier zu produzieren – die meisten sind dafür. So wie die Gewerkschaftsführung darangeht, wird das jedoch schwer durchzusetzen sein. Fraser betrachtet das nicht als Schritt im Kampf gegen die großen Automobilkapitalisten, sondern als Angelegenheit, die per Lobbyismus im Kongreß anzugehen ist. So wird man nichts erreichen. Ich denke, die Gewerkschaften haben ökonomische Kraft, die sie einsetzen könnten. Wir haben 9000 Dollar bezahlt. Es hätte einen ziemlich langen Streik gebraucht, um soviel zu zahlen. Wir müssen die Verluste eines langen Streiks tragen, ohne auch nur versucht zu haben, dadurch zu gewinnen! Wir haben unsere ökonomische Macht praktisch nicht eingesetzt. Denkt man an die Gründungszeit der UAW, wir hätten die Arbeiter während der Weltwirtschaftskrise so nicht organisieren können.



Hoffnung für Magirus-Deutz-Arbeiter in Mainz? Jedenfalls ist in die Auseinandersetzungen um die Schließung des Werkes und der Nachricht, das Werk solle eventuell demontiert werden, jetzt das Gerücht um einen Käufer des Werkes in Gang gekommen. Nachdem der Betriebsrat und die Belegschaft in den letzten Wochen über Übernahme des Werkes und die Frage eines Sozialplans verhandelt hatten, hat der Betriebsratsvorsitzende Max Rodenkirchen jüngst verkündet, es könne „nichts mehr schiefgehen“. Ein Kaufvertrag soll spätestens am 15. Juni perfekt werden, sagte er. Gerüchteweise soll es sich um lybische Interessenten handeln, da vor kurzem ein Auftrag von 300 Omnibussen in Mainz eingegangen sei. Ob an der ganzen Geschichte was dran ist, zeigt sich in den nächsten Tagen.

Massenaktionen in Italien für die scala mobile

kvz. Wie in der letzten KVZ gemeldet, kündigte der Kapitalistenverband Confindustria einseitig zum 31.1.1983 die scala mobile, das Abkommen zum Inflationsausgleich. Nach spontanen Aktionen am gleichen Tage traten am Mittwoch Hundertausende im ganzen Land in einen Generalstreik. Allein in Mailand war es ein Demonstrationszug mit über 100000 Teilnehmern. Nachdem die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Monaten leicht in der Defensive gewesen war, sind dies die größten Aktionen seit langer Zeit gewesen, einige fühlen sich schon an den „heißen Herbst“ von 1969 erinnert. Jedenfalls haben die Kapitalisten im Verband der Confindustria offensichtlich die Wirkung ihrer Ankündigung falsch eingeschätzt. Sie dachten, die Gewerkschaftsbewegung würde zu keiner größeren Antwort fähig sein. Tatsache war auch, daß die Gewerkschaftszentralen von CGIL und CISL eher vorsichtig antworteten, durch die spontanen Atkionen der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Betriebe aber nach vorne getrieben wurden. Die Generalsekretäre von CGIL, CISL und UIL haben nun letzten Freitag beschlossen, ihrem gemeinsamen Direktorium den Vorschlag für einen achtstündigen Generalstreik am 25. Juni zu unterbreiten. – Währenddessen sieht es auf seiten der Kapitalisten mit dem Mut schon etwas anders aus. Viele kleinere Industriebetriebe haben schon signalisiert, Verhandlungen aufnehmen zu wollen auf der Basis der letzten Vereinbarung. Im öffentlichen Sektor haben die Verbände vorsichtige Kritik an dem Vorgehen von Confindustia geäußert. Hatte sich die Regierung erst wie ein Schoßhündchen verhalten, so hat Spadolini jetzt die öffentlichen Kapitalisten aufgefordert, die Vertragsverhandlungen zugleich aufzunehmen. – Es ist also noch nicht raus, ob die vorschnelle Kündigung durch die Confindustria nicht vielleicht doch ein Bumerang wird.

Nach Citroën harte Auseinandersetzungen bei Talbot

cof. 41 Verletzte nach den teils bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen zumeist ausländischen angelernten Arbeitern auf der einen und Direktion und Streikgegnern auf der anderen Seiten am 3. Juni zeugen von der Härte des Kampfs um solche Forderungen, wie sie am Donnerstag vor Pfingsten von den Citroën-Arbeitern durchgesetzt worden sind. Am 2. Juni hatten CGT und CFDT zur Arbeitsniederlegung im Fertigungsbereich B3 des Werks Poissy (Yvelines) für die bekannten Forderungen der Automobilarbeiter: Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des sozialen Klimas im Betrieb „im Namen der Freiheit und Würde“ aufgerufen. Kurz vor Schichtwechsel am Donnerstag nachmittag marschieren rund 1000, die CGT-Fahnen schwenkend, durch die Halle, der Nachtschicht entgegen. Die meisten fangen gar nicht erst an zu arbeiten – freiwillig. Der Betrieb ist besetzt. Gegen 17 Uhr trommelt der Direktor für Personal- und Sozialfragen mit Megaphon von einer Treppe herunter zum Gegenschlag. Nachdem der Zug der Meister und Vorarbeiter die Halle betreten hat, greift einer einen Feuerlöscher, und die Schlacht geht los. Es wird auch scharf geschossen; der CSL („freie“ Hausgewerkschaft wie bei Citroën) traut das jeder zu. Am Freitag geht der Streik weiter. Inzwischen hat der Direktor für Arbeitsbeziehungen im Arbeitsministerium die Vermittlung aufgenommen, „um Bedingungen herzustellen, die überhaupt Verhandlungen erlauben“.

IGM: Ausländer verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen

kvz. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Koob hatte auf einer Konferenz im IG-Metall-Bezirk Stuttgart darauf hingewiesen, die allgemeine Arbeitslosenquote läge immer noch weit niedriger als bei den ausländischen Arbeitern. Von diesen sind 12% mittlerweile arbeitslos. Gleichzeitig widersprach er auch der Ansicht, daß es in der BRD zu viele Ausländer gäbe. 4,6 Mio. ausländische Arbeiter mit ihren Familien entsprächen einem Anteil von 7,2% an der Gesamtbevölkerung. In der Schweiz liege der Anteil bei 14%, in Belgien bei 11%, in Frankreich bei knapp 8% und in Schweden bei 10%.

Protestkundgebung bei AEG-Werken

kvz. Mit Protestkundgebungen haben die Arbeiter der zum AEG-Konzern gehörenden Zanker GmbH (Tübingen) und Küppersbusch AG (Gelsenkirchen) gegen die Ansichten der AEG-Telefunken AG demonstriert, das Tübinger Zanker-Werke zu schließen und bei Küppersbusch Massenentlassungen vorzunehmen. Die AEG hat beide Maßnahmen mit rückläufiger Absatzlage begründet. Die Produktionskapazitäten sollen verringert werden. Betroffen wären von den Maßnahmen in Tübingen 1000, bei Küppersbusch rd. 600 von 2000.

Auf die eigene Kraft besinnen!

Welche Durchsetzungsstrategien werden in den Gewerkschaften debattiert

Der Genosse N. hat in einer Kritik festgestellt, daß in den Gewerkschaften bis in die oberen Etagen die Kritik an ihrem Kurs schon weiter sei, als bei uns. Der Hinweis, daß wir uns bisher zuwenig mit bestehenden Kritiken an den Gewerkschaften auseinandergesetzt haben, ist berechtigt. Wir wollen deshalb in einer Serie die verschiedenen Ansätze nachzeichnen, dokumentieren, untersuchen und damit den Lesern der KVZ zur Beurteilung vorlegen. Beginnen wollen wir mit den Vorstellungen, wie sie im Umkreis des DGB-Vorstands entwickelt worden sind.

September 1969, 5000 Arbeiter der Frühschicht der Westfalenhütte der Hoesch-AG in Dortmund legen die Arbeit nieder und fordern außerhalb einer Tarifrunde mehr Lohn. Mehr als 140000 schließen sich binnen kurzem diesem sogenannten „wilden Streik" an. Diese „Septemberstreiks" waren das sichtbare, nicht mehr übersehbare Zeichen, daß die bisherige Politik der Gewerkschaften in die Krise geraten war.

Diese Ereignisse waren der Anfangspunkt einer Debatte in den Gewerkschaften über eine Strategie. Die Ereignisse sollten sich auf dem 3. a.o. Bundeskongreß in einer Satzungs- und Programmreform des DGB niederschlagen. Zu diesem Kongreß legte eine Kommission der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) „Zum Selbstverständnis der Gewerkschaften" Vorschläge vor, die insbesondere die Demokratie in den Gewerkschaften gestärkt hätten und den kleinen Gewerkschaften auf Kosten der größeren im DGB größeres Gewicht verleihen sollten. Diese Anträge wurden alle von dem Kongreß abgelehnt.

Überhaupt war das Ergebnis dieses Kongresses zwiespältig. Weder wurde eine Reform des DGB in Angriff genommen, noch wurde z.B. das Referat H.O. Vetters, auf das sich der Genosse N. in seinem Artikel in KVZ 20 bezog, diskutiert. Dennoch, kann man fast sagen, tauchten im „Aktionsprogramm '72" und später noch deutlicher in dem von '79 Forderungen zum Miet- und Bodenrecht, zum Umweltschutz und zur Energieversorgung auf und, wie ebenfalls festgestellt, nach zehnjährigen Erfahrungen mit der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung auch ein Beschäftigungsprogramm 1977 und '81, Überlegungen, die Vetter in seinem Referat angerissen hatte.

Jedoch haben die „zehnjährigen Erfahrungen" mit Regierungen und Parteien nicht zu brauchbaren Vorstellungen geführt, wie ihnen gegenüber diese Programme durchgesetzt werden können.

Der Genosse N. hat in seinem Artikel auf eine Passage in H.O. Vetters Rede auf dem 3. a.o. Bundeskongreß hingewiesen, in der Vetter die Funktion der Gewerkschaften ausführte:

„– als Selbsthilfe- und Kampforganisation ihren Mitgliedern Schutz vor den Folgen ihrer wirtschaftlichen Unterlegenheit gewähren sowie

– als politische Bewegung die gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft aufzuheben."

Dies Zitat findet sich wörtlich – ohne die Spiegelstriche – im neuen Grundsatzprogramm des DGB, verabschiedet rund 10 Jahre nach der Vetterschen Rede. Ich glaube nicht, daß dadurch dies Element das Handeln des DGB bestimmt. Die seinerzeitige „Vermischung" mit Parlament und Grundgesetz ist im neuen Grundsatzprogramm noch stärker geworden.

Zwei verschiedene Begriffe
von '79 Forderungen zum Miet- und Bodenrecht, zum Umweltschutz und zur Energieversorgung auf und, wie ebenfalls festgestellt, nach zehnjährigen Erfahrungen mit der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung auch ein Beschäftigungsprogramm 1977 und '81, Überlegungen, die Vetter in seinem Referat angerissen hatte.
Jedoch haben die „zehnjährigen Erfahrungen" mit Regierungen und Parteien nicht zu brauchbaren Vorstellungen geführt, wie ihnen gegenüber diese Programme durchgesetzt werden können.
Der Genosse N. hat in seinem Artikel auf eine Passage in H.O. Vetters Rede auf dem 3. a.o. Bundeskongreß hingewiesen, in der Vetter die Funktion der Gewerkschaften ausführte:
„– als Selbsthilfe- und Kampforganisation ihren Mitgliedern Schutz vor den Folgen ihrer wirtschaftlichen Unterlegenheit gewähren sowie
– als politische Bewegung die gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft aufzuheben."
Dies Zitat findet sich wörtlich – ohne die Spiegelstriche – im neuen Grundsatzprogramm des DGB, verabschiedet rund 10 Jahre nach der Vetterschen Rede. Ich glaube nicht, daß dadurch dies Element das Handeln des DGB bestimmt. Die seinerzeitige „Vermischung" mit Parlament und Grundgesetz ist im neuen Grundsatzprogramm noch stärker geworden.

Zwei verschiedene Begriffe von „Autonomie"

Vetter hat im Vorfeld der Debatte um das neue Grundsatzprogramm des DGB des öfteren die Forderung nach „Autonomie für die Gewerkschaften" aufgestellt. Im Grundsatzprogramm taucht diese Formulierung auch auf. „Jeder Angriff auf ihre Autonomie (der Gewerkschaften) und ihre Handlungsfreiheit ist zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie." Autonomie ist hier also die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften, die nicht durch Gesetz oder auch sonst faktisch eingeschränkt werden darf. So braucht auch Vetter den Begriff in seinem Aufsatz zum DGB-Grundsatzprogramm. „Diese Auffassung vom Sozialstaat setzt allerdings Autonomie der Gewerkschaften voraus, und Autonomie bedeutet die Möglichkeit des Streiks und damit Kampf gegen Aussperrung in ihren verschiedensten Formen."

Es besteht also ein erheblicher Unterschied zum „Autonomie"-Begriff z.B. der italienischen Gewerkschaften, die vor allem politische Unabhängigkeit von Parteien und vom Staat meinen, und auch westdeutscher Kritiker der Gewerkschaften, die diesen Begriff so aufgegriffen haben.

Vetter hatte auf dem nämlichen Gewerkschaftskongreß (1971) zu dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien in derselben Rede ausgeführt: „Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsreform wird darin bestehen, organisatorische Formen und Wege zu finden, die es erlauben, die gewerkschaftlichen Ziele zu verwirklichen. (...) Wenn wir uns über gewerkschaftliche Strategien Gedanken machen, so gilt es zunächst das Verhältnis zu politischen und gesellschaftlichen Instanzen außerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu überdenken. Hierzu gehört das Verhältnis zu den politischen Parteien. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob in diesem Verhältnis nicht kritischer Abstand nottut. (...) Arbeiterparteien alten Stils gibt es nicht mehr. (...)

Nicht, daß die Gewerkschaften Parteienersatz werden sollten. Wir müssen jedoch aus uns heraus politische Konzeptionen zur Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, politische Modell für die Gesellschaft von morgen entwerfen. Auf Grundlage solcher Modelle müssen wir in die Parteien hineinwirken – nicht umgekehrt."

Diese Auffassung des „Hineinwirkens" in die Parteien um so die gewerkschaftlichen Ziele zu erreichen, war vielleicht 1971 angesichts der ersten Arbeiten der sozialliberalen Koalition erklärlich. Seither hat sich dieser Weg offenkundig als ungangbar erwie-



schaftsbewegung zu überdenken. Hierzu gehört das Verhältnis zu den politischen Parteien. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob in diesem Verhältnis nicht kritischer Abstand nottut. (...) Arbeiterparteien alten Stils gibt es nicht mehr. (...)
Nicht, daß die Gewerkschaften Parteienersatz werden sollten. Wir müssen jedoch aus uns heraus politische Konzeptionen zur Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, politische Modell für die Gesellschaft von morgen entwerfen. Auf Grundlage solcher Modelle müssen wir in die Parteien hineinwirken – nicht umgekehrt."
Diese Auffassung des „Hineinwirkens" in die Parteien um so die gewerkschaftlichen Ziele zu erreichen, war vielleicht 1971 angesichts der ersten Arbeiten der sozialliberalen Koalition erklärlich. Seither hat sich dieser Weg offenkundig als ungangbar erwie-
orientierte Reformpolitik und die mobilisierungsfähige Tarifpolitik nebeneinander her. Anders ausgedrückt, praktische Politik und theoretische Konzepte, langfristige Tarifpolitik und längerfristige Gesellschaftsgestaltung wurden nicht verbunden."
Diese Beschreibung liefert eine Erklärung für das besondere Versagen der westdeutschen Gewerkschaften angesichts einer Regierungspolitik, der Kürzungen und „Sanierungen" in Bereichen, die die Gewerkschaften von der Regierung bzw. ihrem Statthalter in der Regierungsgewalt, der SPD, abgesichert sahen. Sie liefert die Erklärung dafür, daß die DGB-Führung hier keine Mobilisierungsmöglichkeiten oder -aufgaben sah gegen den Abbau in der Arbeitslosenversicherung und gegen andere Verschlechterungen des sogenannten Soziallohns anzukämpfen.
lyse des Scheiterns der Hoffnung auf den Staat ziehen müssen.
Was bedeutet „auf die eigene Kraft besinnen" heute?
„Auf die eigene Kraft besinnen", was bedeutet heute dieser aus unerfindlichen Gründen H.O. Vetter zugeschriebene Satz?
H.-H. Hartwich, Professor an der Hamburger Hochschule für Politik, an der der Gewerkschaftsnachwuchs ausgebildet wird, versucht in seinem Aufsatz „Besinnung auf die eigene Stärke" eine Strategie zu entwickeln. Er selbst faßt seine Auffassungen wie folgt zusammen: „Idee und Praxis kollektivrechtlicher, d.h. tarifvertraglicher Ausgestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen müssen wieder bewußt als Beitrag der Gewerkschaften zum heutigen Sozialstaat erkannt und ins-



Septemberstreiks, Ausgangspunkt der Strategiedebatte in den Gewerkschaften

sen: weder konnten die Ziele des Aktionsprogramms '72 noch die des von 1979 erreicht werden, ebenso blieben die Beschäftigungsprogramme von 1977 und 1981 weitgehend Papier, noch konnte das besondere Wunschkind der Gewerkschaften, die paritätische Mitbestimmung 1976 durchgesetzt werden.

„Auf die eigene Kraft besinnen!"

Aus dieser Entwicklung, und aus dem absehbaren Machtverlust der SPD im Bund haben Kritiker Konsequenzen gezogen. G. Leminsky entwickelt in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 2/1981 seine Position: „Der demokratische Staat, besetzt von der Partei / den Parteien der Arbeiterbewegung sollte ‚von oben' her die Umgestaltung aller Lebensbereiche in Gang setzen. Für eigenständige gewerkschaftliche Politik ‚von unten', die an die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten anknüpfte, war damit programmatisch kaum Raum gegeben, obwohl sie praktisch von großer Bedeutung war. (...) Denn nachdem der demokratische Staat mit gewerkschaftlicher Hilfe erkämpft war, hatten sie (die Gewerkschaften) keine Scheu, sich mit diesem Staat zu identifizieren, gleichzeitig aber ihre eigenen Aufgaben zu unterstreichen. Im Ergebnis liefen, und das gilt teilweise bis heute, die institutionell orientierte Reformpolitik und die mobilisierungsfähige Tarifpolitik nebeneinander her. Anders ausgedrückt, praktische Politik und theoretische Konzepte, langfristige Tarifpolitik und längerfristige Gesellschaftsgestaltung wurden nicht verbunden."

Diese Beschreibung liefert eine Erklärung für das besondere Versagen der westdeutschen Gewerkschaften angesichts einer Regierungspolitik, der Kürzungen und „Sanierungen" in Bereichen, die die Gewerkschaften von der Regierung bzw. ihrem Statthalter in der Regierungsgewalt, der SPD, abgesichert sahen. Sie liefert die Erklärung dafür, daß die DGB-Führung hier keine Mobilisierungsmöglichkeiten oder -aufgaben sah gegen den Abbau in der Arbeitslosenversicherung und gegen andere Verschlechterungen des sogenannten Soziallohns anzukämpfen.

Leminsky beschreibt das Problem für die Gewerkschaften folgendermaßen: „Bei einer Durchsetzung von Reformpolitik nur über politische Parteien verlagert sich die Umsetzung auf das Parteiensystem bzw. auf die jeweilige parlamentarische Konstellation bzw. Koalition, wenn die Gewerkschaften, wie bisher geschehen, von Umsetzungsstrategien weitgehend absehen – hier liegt offensichtlich eine wichtige Frage für die zukünftige Entwicklung."

Nach Ansicht der Gewerkschaftsführung verträgt diese Koalition keine Belastung. Leminsky weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß diese Orientierung spontan an den gegebenen rechtlichen Normen gemessen wird, in einem System, das im wesentlichen auf Eigentum und Kapital orientiert ist. Ebenso, daß die Folge daraus ist, daß bei dieser Art Konfliktaustragung die Rechtsprechung eine große Rolle spielt, was ja auch nicht der Mobilisierung der Mitglieder dient.

Leminsky stellt fest, die Kapitalisten suchten tarifliche Auseinandersetzungen abzublocken oder auf eine politische Ebene zu heben, um sie dadurch zu Fall zu bringen. Die Parteien hätten sich geändert. Alte Bande seien gelöst, Parteien griffen gewerkschaftliche Forderungen nur insoweit auf, soweit sie ihnen im politisch-parlamentarischen Kräftespiel nützlich erscheinen. Es kommt so zu einer Umkehrung der bisherigen Rollenverteilung: nun wird die Gewerkschaft als nützliches Instrument für die Tagespolitik benutzt. Also solle man die Parteien nicht überfordern, wie aber auch umgekehrt.

Für Leminsky ist dies der zentrale Satz: „Die zusammengefaßte Konsequenz, die sich aus dieser Lagebeschreibung ergibt, ist von den Gewerkschaften gezogen worden: Sie müssen sich mehr auf die eigene Kraft besinnen!"

Aber was bedeutet dies konkret? Leminsky äußert sich hier eher vage. „Problemorientierung" statt „institutioneller Ansätze", dies erfordere „Betriebspolitik", dies erfordere wieder, daß hier das „Instrumentarium der Mitbestimmungsrechte" verbessert wird. Die Gewerkschaften müßten den Zusammenhang zwischen Produktion und Reproduktion stärker aufgreifen. Wegen der Strukturkrisen behalte die Notwendigkeit der Einflußnahme auf den Staat seinen hohen Stellenwert. Hier bleibt er jedoch den Hinweis schuldig, welche Konsequenzen die Gewerkschaften denn aus seiner Analyse des Scheiterns der Hoffnung auf den Staat ziehen müssen.

Was bedeutet „auf die eigene Kraft besinnen" heute?

„Auf die eigene Kraft besinnen", was bedeutet heute dieser aus unerfindlichen Gründen H.O. Vetter zugeschriebene Satz?

H.-H. Hartwich, Professor an der Hamburger Hochschule für Politik, an der der Gewerkschaftsnachwuchs ausgebildet wird, versucht in seinem Aufsatz „Besinnung auf die eigene Stärke" eine Strategie zu entwickeln. Er selbst faßt seine Auffassungen wie folgt zusammen: „Idee und Praxis kollektivrechtlicher, d.h. tarifvertraglicher Ausgestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen müssen wieder bewußt als Beitrag der Gewerkschaften zum heutigen Sozialstaat erkannt und insbesondere gegenüber den eigenen Mitglieder verdeutlicht werden."

„Die staatlich-gesetzgeberische Sozialstaatsgestaltung ist bei aller Anerkennung ihrer Erfolge, insbesondere in der geschichtlichen Perspektive und im Vergleich zu anderen Industriestaaten der Gegenwart, defizitär, unsicher in dem Aufgreifen und dem Bewältigen neuer gesellschaftlich-wirtschaftlicher Problemanlagen. Sie stößt immer deutlicher an Grenzen, vor allem bezüglich der finanziellen Leistungsfähigkeit und problemnahen Verwaltung." Hier ist nicht der Ort zu untersuchen, ob andere Lösungen gesellschaftlicher Tätigkeiten billiger und besser zu verwalten wären, wenden wir uns der weiteren theoretischen Begründung dieser Strategie zu.

Der Lohnabhängige sei in einer „Objektsituation". Dies ist nach Hartwich das zentrale Problem seit 100 Jahren. Am stärksten sieht er den Menschen in der Objektsituation, der wie im wilhelminischen Kaiserreich üblich, einen Individual-Arbeitsvertrag habe. „Objekt" sei der Lohnabhängige dadurch, daß der Staat ihn einerseits obrigkeitsstaatlich-fürsorglich im Notfall versorgt habe, andererseits jedoch alle Versuche unterdrückt habe, seine soziale Lage, Unterprivilegierung und unerträgliche Arbeitsbedingungen zu ändern. Das Objekt werde zum Subjekt in einem Prozeß, den er mit einem Zitat E. Fraenkels beschreibt: „Der Arbeiter fühlte sich als das Stiefkind der Rechtsordnung, die er durch Eroberung der Staatsgewalt zu seinen Gunsten umzugestalten trachtete. Dem Arbeiter erschien das Recht als eine feindliche Macht, weil er es ausschließlich als ein Produkt des Klassenstaates sah, zu dem ihm der Zutritt versperrt war." Die Wende komme dadurch, „daß durch die Entdeckung und Entwicklung eines autonomen kollektiven Arbeitsrechts der Eisblock gesprengt wurde, der bisher den arbeitenden Menschen vom Recht getrennt hatte, daß seine Arbeit zu regeln berufen ist". Fraenkel erläutert dann noch: „Die juristische Entdeckung der normativen Wirkung des Tarifvertrages stellt eine der wichigsten theoretischen Grundlagen des Einbaus der Arbeiterbewegung in den Staat dar: dieser Staat kann aber nur ein demokratischer, rechtsstaatlicher und pluralistischer Staat sein." Soweit die Theoretiker der kollektivrechtlichen Sozialstaatsgestaltung. H. Sinzheimer, der das deutsche Arbeitsrecht entwickelte und der eigentliche Vater des „Kollektivrechts" – Befreiung der Arbeiter – ist, beschrieb die Verträge so: „Grundgedanke ist, daß freiorganisierte gesellschaftliche Kräfte unmittelbar und planvoll objektives Recht erzeugen und selbsttätig verwalten. Wir nennen diesen Gedanken *die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht*!"

Diese Überlegungen, der verstärkten kollektivrechtlichen, d.h. tarifvertraglichen Regelungen, die nach der Überlegung seiner geistigen Väter die Integration der Arbeiterbewegung in den Staat fördere, soll nun der Arbeiterbewegung die Möglichkeit bieten, die sozialen Beziehungen zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten *neben* dem Staat zu organisieren. Hartwich sieht in den Bereichen, wo staatliches Recht nicht mehr reicht oder nicht mehr greift und vor allem dort, wo der Staat in Zukunft reichenden Entwicklungen nicht oder nicht hinreichend Rechnung trägt, Aufgaben für solche Tarifvertragliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen.

Diese Theorie ist solchen sozialdemokratischen Auffassungen auf den Leib geschneidert, die die sozial-liberale Regierung aus der Schußlinie heraushaben wollen oder die einer künftigen CDU-Regierung auch möglichst aus dem Wege gehen wollen. Diese Art der „sozialen Selbstbestimmung im Recht", scheint der geistige Vater der gegenwärtigen Konzepte der gewerkschaftlichen Strategie mit Tarifrente, etc. zu sein.

Tarifvertragliche Regelungen zersplittern die gesellschaftlichen
schrieb die Verträge so: „Grundgedanke ist, daß freiorganisierte gesellschaftliche Kräfte unmittelbar und planvoll objektives Recht erzeugen und selbsttätig verwalten. Wir nennen diesen Gedanken *die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht*!"
Diese Überlegungen, der verstärkten kollektivrechtlichen, d.h. tarifvertraglichen Regelungen, die nach der Überlegung seiner geistigen Väter die Integration der Arbeiterbewegung in den Staat fördere, soll nun der Arbeiterbewegung die Möglichkeit bieten, die sozialen Beziehungen zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten *neben* dem Staat zu organisieren. Hartwich sieht in den Bereichen, wo staatliches Recht nicht mehr reicht oder nicht mehr greift und vor allem dort, wo der Staat in Zukunft reichenden Entwicklungen nicht oder nicht hinreichend Rechnung trägt, Aufgaben für solche Tarifvertragliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen.
Diese Theorie ist solchen sozialdemokratischen Auffassungen auf den Leib geschneidert, die die sozial-liberale Regierung aus der Schußlinie heraushaben wollen oder die einer künftigen CDU-Regierung auch möglichst aus dem Wege gehen wollen. Diese Art der „sozialen Selbstbestimmung im Recht", scheint der geistige Vater der gegenwärtigen Konzepte der gewerkschaftlichen Strategie mit Tarifrente, etc. zu sein.

Tarifvertragliche Regelungen zersplittern die gesellschaftlichen Kräfte

Sicher muß vieles tarifvertraglich geregelt werden, vor allem Entwicklungen, für die der Gesetzesweg zu langsam oder zu kompliziert ist. Abgesehen von der Festlegung eines Mindestlohns wird dies das Terrain der Tarifverträge sein. Auch können Tarifverträge Initialzündungen für gesetzliche Regelungen sein. Aber in der Verwandlung der tarifvertraglichen Regelungen in das Hauptkettenglied stecken eine Menge Pferdefüße.

Vorab scheint das Argument der Verwandlung des Objekts Lohnabhängiger in ein Subjekt via Abschluß von Tarifverträgen nicht stichhaltig. Sofern es beschreibt, daß Lohnabhängige sich aktiv und bewußt handelnd in den gesellschaftlichen Prozeß einschalten, trifft es sowohl zu, wenn der Kampf für gesetzliche Regelungen geführt wird, wie z.B. den 8-Stunden-Tag vor dem I. Weltkrieg, wie auch wenn der Kampf z.B. für die tarifvertragliche Regelung wie in den 50er und 60er Jahren geführt wurde – oder, wie in anderen Fällen, trifft es auf beide nicht zu. Denn auch Tarifverträge werden manchmal so abgeschlossen, daß die Lohnabhängigen sich nicht als Handelnde einschalten können. Die Unterschrift der Gewerkschaften, als Vertreter der Lohnabhängigen bläst den „Objekten" des Klassenkampfes nicht schon den Atem des „Subjekts" ein. Das geschieht immer noch, ob gesetzli-

che Regelung oder Tarifvertrag durch den Klassenkampf.

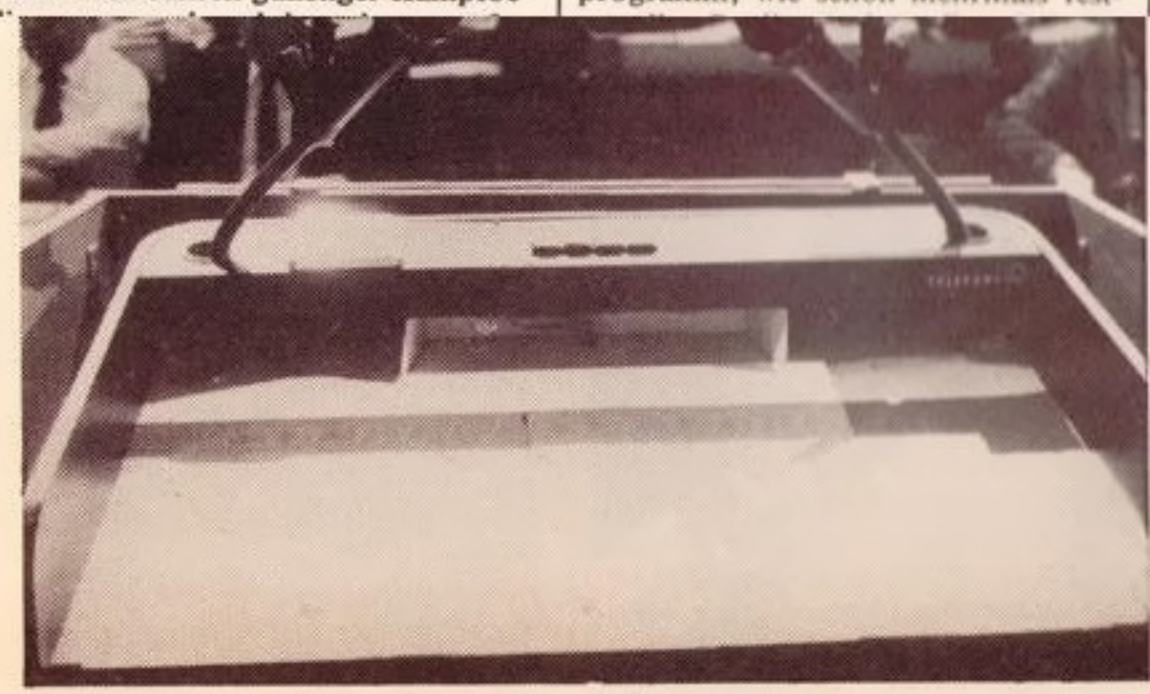
Ein anderer „Kollektivrechtler", Kahn-Freund, beschrieb in den 30er Jahren die Vorteile dieser Strategie so: „Die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer sollen nicht mehr in erster Linie bestimmt werden durch ihren Anteil an der politischen Macht oder durch das Maß der politischen Rücksichtnahme des Staates auf die Arbeitnehmerschaft, sondern durch ihre gesellschaftliche, d.h. organisatorische Stärke."

Damit sind die meisten Bedenken schon genannt. Zum einen ist die gegenwärtige Situation nach übereinstimmender Ansicht auch der Gewerkschaftsführer gekennzeichnet durch eine eher schwache Position der Arbeiterbewegung. Dies hat sich ja schon darin gezeigt, daß die Tarifrente nicht



DGB-Kongreß: Keine Durchsetzungsstrategie

im ersten Durchmarsch durchgesetzt werden konnte. Also stünde es schlecht um die „Rechte und Pflichten der Arbeiter". Zum anderen ist die Arbeiterbewegung in den unterschiedlichen Abteilungen unterschiedlich stark bzw. der Gegner unterschiedlich stark. Dies wird zur Zersplitterung der Kraft der Arbeiterbewegung führen. Das zeigt sich heute darin, daß in der Zigaretten- und Brauereiindustrie die Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer teilweise eingeführt ist, anderswo absehbar das nicht möglich ist. Oder wenn nach Jahren günstiger Kampfbe-



DGB-Kongreß: Keine Durchsetzungsstrategie

im ersten Durchmarsch durchgesetzt werden konnte. Also stünde es schlecht um die „Rechte und Pflichten der Arbeiter". Zum anderen ist die Arbeiterbewegung in den unterschiedlichen Abteilungen unterschiedlich stark bzw. der Gegner unterschiedlich stark. Dies wird zur Zersplitterung der Kraft der Arbeiterbewegung führen. Das zeigt sich heute darin, daß in der Zigaretten- und Brauereiindustrie die Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer teilweise eingeführt ist, anderswo absehbar das nicht möglich ist. Oder wenn nach Jahren günstiger Kampfbe-

dingungen und nachdem ein so großer und starker Bereich wie in der Metallindustrie bei der Arbeitszeitverkürzung den Durchbruch gemacht hat, aber heute immer noch nicht für alle die 40-Stunden-Woche tarifvertraglich vereinbart ist. Wo die Notwendigkeit der Koordination im DGB kaum umstritten ist, soll das Heil in einer Aufsplitterung des Kampfes in viele Tarifvertragsparteien gesucht werden? Es wird viel von der Gefahr der Parzellierung und der Separierung der Arbeiterinteressen geredet. Wenn irgendwo richtig, so wird hier diese Entwicklung zwangsläufig eintreten. Zum dritten verzichtet eine solche Strategie auf die aktive Einbeziehung der Arbeitslosen, Hausfrauen und Rentner. Im Gegenteil, die Arbeitslosen werden immer ausdrücklicher gegen solche Kampfe für tarifvertragliche Regelungen gestellt. Auf jeden Fall wird die Kampfkraft immer um die gemindert sein, die keinen Arbeitskampf führen können.

Wenn die Arbeiterbewegung so auf tarifvertragliche Regelungen fixiert werden soll, erhebt sich viertens das Problem, ob dabei in der heute und verstärkt in der Zukunft stattfindenden Auseinandersetzungen um gesetzliche Regelungen, z.B. weitere Streichungen bei sozialen Leistungen wie Kindergeld, nicht kampflos das Feld preisgegeben wird. Ober ob es so ist, daß in kampfstarken Bereichen Kürzungen hier mit tarifvertraglichen Regelungen ausgeglichen werden – in schwächeren Streichungen hingenommen werden müssen. Das gilt heute für die Lohnfortzahlung, die in der Metall-

industrie tarifvertraglich abgesichert ist. Andersherum wirkt schon heute der Tarifvertrag über die Zahlung eines Ausgleichs zusätzlich zum Arbeitslosengeld – so nützlich die Regelung für den arbeitslosen Chemiearbeiter auch sein mag – im Chemiebereich nicht gerade mobilisierend für den Kampf gegen die Verringerung des Arbeitslosengeldes.

Sicher kann man sich viel tarifvertraglich geregelt vorstellen. Ein solches Programm wie das „Beschäftigungsprogramm des DGB", das die gesellschaftliche Arbeitszeit auf andere Branchen, Aufgaben verteilen will, das Steuern ziehen und anders verteilen muß, bei dem der Staat Großprojekte einleiten muß, wird schwerlich per Tarifvertrag durchsetzbar sein, sondern wird den Kampf um gesetzliche Regelungen erfordern. Dies gilt ebenso für

die Kämpfe gegen Verschlechtungen gesetzlich garantierter Sozialleistungen.

Dies setzte allerdings auch voraus, daß die Gewerkschaften (sich selbst) auferlegte Beschränkungen, wie etwa Verzicht auf Druck gegenüber Parlament und Regierung oder Verzicht auf politischen Streik, überwinden müßten.

Der Gedanke bei dieser Betrachtung war, den Stand der gewerkschaftlichen Strategiedebatte zu zeigen. Hier ist es sicher, daß das DGB-Beschäftigungsprogramm, wie schon mehrmals fest-

die Kämpfe gegen Verschlechtungen gesetzlich garantierter Sozialleistungen.

Dies setzte allerdings auch voraus, daß die Gewerkschaften (sich selbst) auferlegte Beschränkungen, wie etwa Verzicht auf Druck gegenüber Parlament und Regierung oder Verzicht auf politischen Streik, überwinden müßten.

Der Gedanke bei dieser Betrachtung war, den Stand der gewerkschaftlichen Strategiedebatte zu zeigen. Hier ist es sicher, daß das DGB-Beschäftigungsprogramm, wie schon mehrmals fest-

gestellt, Qualitäten hat, die wir lange Zeit übersehen haben. Es scheint allerdings oft so, daß diese in den Gewerkschaften heute noch wenig gesehen würden. Das zeigt sich z.B. im nebenstehenden Strategiepapier aus der IG Druck und Papier, die Gewerkschaft, die sich rühmen kann, in letzter Zeit zumindest die Notwendigkeit einer Besinnung über die Zukunft der Gewerkschaften aufgeworfen zu haben. An diesem Papier sind die Forderungen des DGB-Programms vorübergegangen. Auch sonst sind die Forderungen borniert trade-unionistisch beschränkt. Das hat bei den Überlegungen über Durchsetzungsstrategien eine entsprechende Beschränkung der Überlegungen auf radikalere Tarifkämpfe zur Folge.

In dieser Betrachtung wird weiter die These aufgestellt, daß Vetters Forderungen nach „Autonomie der Gewerkschaften" und „der Besinnung auf die eigene Kraft" nicht bedeutet, daß die Gewerkschaften als *selbständige* Kraft gegenüber Kapitalisten und Staat ihre Interessen im Kampf durchsetzen wollen. Im Gegenteil, daß sich gerade mit Berufung auf die Schwierigkeit, heute Arbeiterforderungen gesetztlich abzusichern, der Kampf um gesetzliche Regelungen und um ihre Verteidigung zugunsten tarifvertraglicher Regelungen unter bewußter Aussparung des Staates aufgegeben werden soll. Gerade hier scheint mir die Debatte in den Gewerkschaften besonders schwach. Ja es entwickelt sich schon eine Theorie, die das Preisgeben des Kampfes um gesetzliche Regelungen zur Tugend erklärt.*gh*

Auf die eigene Kraft vertrauen!

Positionspapier von Mitgliedern des IG Druck-Hauptvorstandes

I. Angriffe auf den sozialen Besitzstand

Erschwerte Handlungsbedingungen

Im siebten Jahr herrscht in der Bundesrepublik Massenarbeitslosigkeit. Alle bisher eingesetzten Programme haben bestenfalls verhindert, daß die Arbeitslosigkeit noch stärker angestiegen ist. Sie haben jedoch ihr eigentliches Ziel, die Vollbeschäftigung, verfehlt. (...)

Da heißt es etwa, wir müßten uns auf längere Zeit mit einem „dauernden Arbeitslosensockel" abfinden ... Oder die Arbeitslosigkeit wird schlicht wegdefiniert ...

Nach verbreitetem Verdrängungs-Rezept heißt es andernorts: die Arbeitslosigkeit sei struktureller Natur und beschränke sich in Wahrheit auf Drückeberger und „Fußkranke", die sich ohnehin schwer eingliedern ließen ... Zur gleichen Zeit werden Parolen hoffähig wie die Forderung nach einer „Entschlackung des Sozialhaushalts", nach „Abbau übertriebener sozialer Leistungen" ... Mit anderen Worten: der soziale Besitzstand ist gefährdet.

Die Ursachen liegen in der Wirtschaftsordnung

Die anhaltende Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen. Sie liegen freilich nicht in überhöhten sozialen Kosten. Sie liegen tiefer: in objektiven Entwicklungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Um die wichtigsten Faktoren zu nennen:
– Das wirtschaftliche *Wachstum* geht zurück ...
– Die *Konzentration* schreitet unablässig fort ...
– Der *internationale Konkurrenzdruck* verstärkt sich.
– Soweit die Grenzen für profitable wirtschaftliche Expansion enger geworden sind, weichen die Unternehmer verstärkt auf den Versuch aus, die Kosten zu senken. Wichtigstes Mittel ist die *Rationalisierung* in ihrer unterschiedlichsten Gestalt ...

Sozialer Besitzstand gefährdet

(...) Neuerdings mehren sich die Anzeichen, daß Unternehmer und ihre politischen Freunde dazu übergehen, den sozialen Besitzstand abzubauen.

Sozialer Druck auf Löhne und Gehälter

(...) Die Gewerkschaften können sich nicht mehr darauf verlassen, allein am Verhandlungstisch die Sicherung der Realeinkommen zu erreichen, geschweige denn den Anteil der abhängig Beschäftigten am Produktivitätszuwachs zu erstreiten.

II. Schwerpunkte gewerkschaftlicher Forderungen

Aktive Tarifpolitik

Die Erhaltung und Steigerung der Mas-

gen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Um die wichtigsten Faktoren zu nennen:
– Das wirtschaftliche *Wachstum* geht zurück ...
– Die *Konzentration* schreitet unablässig fort ...
– Der *internationale Konkurrenzdruck* verstärkt sich.
– Soweit die Grenzen für profitable wirtschaftliche Expansion enger geworden sind, weichen die Unternehmer verstärkt auf den Versuch aus, die Kosten zu senken. Wichtigstes Mittel ist die *Rationalisierung* in ihrer unterschiedlichsten Gestalt ...

Sozialer Besitzstand gefährdet

(...) Neuerdings mehren sich die Anzeichen, daß Unternehmer und ihre politischen Freunde dazu übergehen, den sozialen Besitzstand abzubauen.

Sozialer Druck auf Löhne und Gehälter

(...) Die Gewerkschaften können sich nicht mehr darauf verlassen, allein am Verhandlungstisch die Sicherung der Realeinkommen zu erreichen, geschweige denn den Anteil der abhängig Beschäftigten am Produktivitätszuwachs zu erstreiten.

II. Schwerpunkte gewerkschaftlicher Forderungen

Aktive Tarifpolitik

Die Erhaltung und Steigerung der Mas-

senkaufkraft ist auch in Zukunft unerläßlich ...

Arbeitszeitverkürzung

Neue Maschinen, die Beschleunigung des Produktionsverfahrens, die Erweiterung der Fertigungskapazitäten – dies alles sollte und könnte zur besseren Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen führen; es könnte und sollte die Arbeitsbedingungen erleichtern und gleichzeitig mehr Dispositionsspielraum für anspruchsvolle Tätigkeiten schaffen, es sollte die Quellen unseres volkswirtschaftlichen Reichtums sparsamer und effizienter nutzen helfen ...

Für die Gewerkschaften gilt: Modernisierung des Produktionsverfahrens soll und muß in erster Linie denjenigen zugute kommen, die diese Modernisierung geschaffen haben: das sind die Arbeiter und Angestellten. Deshalb nehmen die Gewerkschaften das Recht in Anspruch,
– daß bei schneller laufenden Maschinen und Kapazitätsausweitungen alle Beschäftigten endlich mehr Freizeit genießen;
– daß die Arbeit an neuen Maschinen anspruchsvoller wird und nicht umgekehrt zu monotonen Bedienungs-Handgriffen verkümmert;
– daß die Beschäftigten und ihre Betriebsräte Mitbestimmungsrecht erhalten beim Einsatz neuer Techniken ...

Nur, schon um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, ist eine spürbare Arbeitszeitverkürzung dringend notwendig. Und zwar heute und morgen bereits. Wer sich im gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch gegen Arbeitszeitverkürzung sperrt, wer etwa die Zielmarke der 35-Stunden-Woche am liebsten ins nächste Jahrhundert verlegen möchte – der steuert sehenden Auges in das Abenteuer drastisch steigender Arbeitslosigkeit bereits in drei bis fünf Jahren.

Natürlich gibt es die unterschiedlichsten Formen der Arbeitszeitverkürzung. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, etwa durch Einführung des 10. Schuljahres in allen Bundesländern, oder durch weitere Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, ist in erster Linie Auftrag für die staatliche Politik. Gleichrangig daneben tritt die Notwendigkeit, auch die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen, d.h. die 35-Stunden-Woche schrittweise einzuführen. (...)

III. Erschwerte Durchsetzungsbedingungen

Zunehmende Konfrontation

Schaut man genauer hin, so läßt sich erkennen: der Versuch, die Krisenlasten den Arbeitnehmern aufzubürden, wird begleitet durch eine Politik der Konfrontation. Zum Beispiel:

Der Druck auf Betriebsräte und Vertrauensleute verstärkt sich.

Die Versuche der Gewerkschaften, Abkommen zum Schutz der Vertrauensleute abzuschließen bzw. bestehende Vereinbarungen zu verbessern, stoßen auf schier unüberwindlichen Widerstand der Unternehmerverbände ...

Gewerkschaftliche Tarifforderungen, selbst wenn sie im wesentlichen darauf hinauslaufen, den sozialen Besitzstand zu verteidigen, werden mit dem Mittel der Flächenaussperrung bekämpft ...

Wenig später wurde bekannt, daß die Unternehmerverbände in wichtigen tariflichen Fragen nach zentralen Vorgaben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) operieren. Der sogenannte Tabu-Katalog schreibt vor, daß bestimmte Tarifforderungen – ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen, technologischen und sozialpolitischen Besonderheiten einzelner Branchen – nicht abgeschlossen werden können ohne Zustimmung der BDA ...

Massive Querschüsse gegen staatliche Reformvorhaben, ja die unverhohlene Forderung nach Rücknahme staatlicher Sozialleistungen runden das Bild ab ...

Den Ernst der Lage nicht verkennen

Der nur selten unterbrochene und wenig getrübte Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre konnte manche Illusionen nähren ...

Die Tatsache, daß sozialer und reformpolitischer Stillstand möglich sind, ja, daß es auch rückwärts gehen kann, schien lange Zeit ausgeschlossen. Wer solches voraussagte, wurde als professioneller Schwarzmaler nicht

derstand der Unternehmerverbände ...

Gewerkschaftliche Tarifforderungen, selbst wenn sie im wesentlichen darauf hinauslaufen, den sozialen Besitzstand zu verteidigen, werden mit dem Mittel der Flächenaussperrung bekämpft ...

Wenig später wurde bekannt, daß die Unternehmerverbände in wichtigen tariflichen Fragen nach zentralen Vorgaben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) operieren. Der sogenannte Tabu-Katalog schreibt vor, daß bestimmte Tarifforderungen – ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen, technologischen und sozialpolitischen Besonderheiten einzelner Branchen – nicht abgeschlossen werden können ohne Zustimmung der BDA ...

Massive Querschüsse gegen staatliche Reformvorhaben, ja die unverhohlene Forderung nach Rücknahme staatlicher Sozialleistungen runden das Bild ab ...

Den Ernst der Lage nicht verkennen

Der nur selten unterbrochene und wenig getrübte Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre konnte manche Illusionen nähren ...

Die Tatsache, daß sozialer und reformpolitischer Stillstand möglich sind, ja, daß es auch rückwärts gehen kann, schien lange Zeit ausgeschlossen. Wer solches voraussagte, wurde als professioneller Schwarzmaler nicht

ernst genommen. Dabei hätte ein Blick in die Vergangenheit ein anderes lehren können.

Nicht auf bessere Zeiten hoffen

(...) Vielmehr sind eigene Anstrengungen vonnöten. Stillstand, die Hoffnung auf bessere Zeiten führen umgekehrt dazu, daß die politische Reaktion derweil ihre Bastionen vortreibt und die Felder besetzt, die von den Kräften der Arbeiterbewegung geräumt worden sind. Das heißt: Abwarten gilt nicht. Widerstand ist notwendig; und zwar heute.

Sozialpartnerschaft ist trügerisch

Die Interessen der Arbeitnehmer widerstreiten den Interessen der Unternehmer. Schon aus diesem Grunde ist es eine Illusion, sich eine harmonische Gesellschaft der sozialen Partnerschaft vorzustellen, in der sich die Interessengegensätze gleichsam von selbst auflösen könnten. In einer Klassengesellschaft gibt es keine Interessen-Identität ...

Vollends zu Zeiten, in denen die materiellen Spielräume enger geworden sind, muß der Weg scheinbar partnerschaftlichen Ausgleichs enden ... Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Absage an Interessenharmonie und Sozialpartnerschaft bedeutet keineswegs, daß die Gewerkschaften etwa in Zukunft darauf verzichten könnten, die Interessen ihrer Mitglieder im Verhandlungswege durchzusetzen. Dies wird auch in Zukunft die normale Methode der Interessenwahrnehmung sein.

Stärkung gewerkschaftlicher Betriebsarbeit

Wir werden uns auf härtere Auseinandersetzungen vorbereiten müssen. Dies beginnt mit der Stärkung der Gewerkschaften in den Betrieben. In den täglichen Auseinandersetzungen erfahren die Arbeitnehmer im Betrieb, was Widerstandsbereitschaft, solidarisches Zusammenstehen, gewerkschaftliche Arbeit bedeutet ...

Noch aus einem anderen Grunde ist gewerkschaftliche Betriebsarbeit notwendig und wichtiger denn je. Tarifverträge allein sichern nicht, daß sich damit die betriebliche Wirklichkeit von heute auf morgen wandelt. Immer wieder, und zwar in letzter Zeit verstärkt, müssen wir erleben, daß tarifvertragliche Erfolge anschließend unterlaufen, juristisch herunterinterpretiert, in der betrieblichen Praxis umgebogen werden ...

Auch vor Tarifabschlüssen zeigt sich die Notwendigkeit, durch starke gewerkschaftliche Verankerung in den Betrieben die Verhandlungen vorzubereiten. Wenn es schwieriger wird, allein am Verhandlungstisch Verbesserungen zu erreichen oder das einmal Erreichte zu verteidigen, so brauchen die Gewerkschaften schon während der Verhandlungen Resonanz und Unterstützungsbereitschaft in den Betrieben ...

Neue Arbeitskampfformen

Geschenkt wird uns nichts. Schon gar nicht im Zeichen von Tabu-Katalog und Aussperrung. Andererseits können wir unsere Forderungen, etwa nach der 35-Stunden-Woche, nicht zurückstellen. Die Auseinandersetzungen sind daher vorprogrammiert ...

Daher ist es notwendig, nach Arbeitskampfformen zu suchen, die das Risiko der Aussperrung verringern. Das beginnt bereits durch aktive Unterstützung der Tarifverhandlungen, von der Verweigerung von Überstunden bis zu Warnstreiks. Diese oft langgestreckte Phase aktiver Tarifverhandlungen wird begleitet werden müssen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit ...

Führen die Verhandlungen letztlich zu keinem Erfolg, so kommen Formen des flexiblen Arbeitskampfes in Betracht, angefangen vom aktiven tariflosen Zustand bis zu rollierenden und Wechselstreiks, die ein Höchstmaß an Beweglichkeit mit überraschenden Arbeitsniederlegungen und intensiver Aufklärung der Öffentlichkeit verbinden ...

Koordinierung der Tarifpolitik

Die Tarifpolitik der Unternehmerverbände ist zunehmend zentralisiert ...

Gegen diese Konzentration auf Unternehmerseite sind die einzelnen Gewerkschaften, jede für sich, machtlos. Dies hat sich spätestens beim Streik um die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie, 1978/79, gezeigt ...

Ein Verzicht auf tarifpolitische Koordinierung jedenfalls in den Fragen, die unter den Tabu-Katalog fallen, läuft darauf hinaus, auf tarifpolitischen Fortschritt zu verzichten – von Randbereichen einmal abgesehen. (...)

Gesellschaftlicher Auftrag

... Mit Recht wenden sich die Ge-

Das beginnt bereits durch aktive Unterstützung der Tarifverhandlungen, von der Verweigerung von Überstunden bis zu Warnstreiks. Diese oft langgestreckte Phase aktiver Tarifverhandlungen wird begleitet werden müssen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit ...

Führen die Verhandlungen letztlich zu keinem Erfolg, so kommen Formen des flexiblen Arbeitskampfes in Betracht, angefangen vom aktiven tariflosen Zustand bis zu rollierenden und Wechselstreiks, die ein Höchstmaß an Beweglichkeit mit überraschenden Arbeitsniederlegungen und intensiver Aufklärung der Öffentlichkeit verbinden ...

Koordinierung der Tarifpolitik

Die Tarifpolitik der Unternehmerverbände ist zunehmend zentralisiert ...

Gegen diese Konzentration auf Unternehmerseite sind die einzelnen Gewerkschaften, jede für sich, machtlos. Dies hat sich spätestens beim Streik um die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie, 1978/79, gezeigt ...

Ein Verzicht auf tarifpolitische Koordinierung jedenfalls in den Fragen, die unter den Tabu-Katalog fallen, läuft darauf hinaus, auf tarifpolitischen Fortschritt zu verzichten – von Randbereichen einmal abgesehen. (...)

Gesellschaftlicher Auftrag

... Mit Recht wenden sich die Ge-

werkschaften gegen den verbreiteten Versuch, sie auf das Gleis allein tarifpolitischer und betrieblicher Aufgaben zu schieben und politisch mundtot zu machen. Es sei daran erinnert: Schon in den Anfängen der Arbeiterbewegung kämpften die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei in gleicher Weise für soziale Reformen wie für die Verwirklichung der Demokratie. Daran hat sich auch später nichts geändert ... Hält man sich die jüngsten Entwicklungen vor Augen, so zeigt sich, daß der politische Auftrag der Gewerkschaften eher noch wichtiger geworden ist.
– Die wirtschaftliche Lage und damit die Situation der Arbeitnehmer ist mehr als in der Vergangenheit von staatlichen Entscheidungen geprägt.
– Unternehmerische Angriffe auf den sozialen Besitzstand, zum Beispiel auf die Mitbestimmung, machen gesetzliche Sicherungen notwendig. Die schrittweise Aushöhlung der Tarifautonomie durch die Rechtsprechung bis hin zur gerichtlichen Duldung der Aussperrung hätte gleichfalls schon längst den Gesetzgeber auf den Plan rufen müssen.
– Das Angebot angemessener und preiswerter Wohnungen hängt von der politischen Gestaltung ab, von der Reform des Bodenrechts bis hin zur wirksamen Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Ähnliches gilt für andere Bereiche der Infrastruktur.
– Die Belastung der Umwelt, durchaus kein neues Problem, droht Dimensionen zu erreichen, die zu einer ernsthaften Störung der natürlichen Regenerationsfähigkeit und damit zur Gefährdung unseres Lebens führen kann. (...)

Alternative Produktion:

Wie herangehen an die Technik?

Lucas Aerospace – das Beispiel für die ,,Produktion sozial nützlicher Güter" hatten wir vorgestellt. Im weiteren geht es um Mike Cooleys Vorstellungen über Wissenschaft und Technik zwischen Kapitalismus und Sozialismus, um die Nutzung der Großtechnologie, die Perspektiven des Modell-Plans und die Frage von Arbeiterselbstverwaltung und Macht.

Von Michael Ackermann

Wenn Mike Cooley, wie im letzten Artikel dargelegt, die kapitalistische Verwertung von Wissenschaft und Technik kritisiert, so geschieht dies unter dem Gesichtspunkt der Entfremdung, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der ,,Enteignung" der Produzenten von ihren Fähigkeiten und Wissen. Keineswegs kritisiert er generell die Großproduktion, den Einsatz von Maschinen- und Computersystemen im allgemeinen – im Gegenteil zeigt er Möglichkeiten auf, wie die Mittel der Großproduktion in den Händen der Produzenten zur Befreiung der Arbeit angewandt werden können.

Destruktivkräfte liegen nicht an sich in der modernen Maschinerie

Mike Cooley bringt ein Beispiel aus der Architektur, in der heute schon Konzeptcomputer eingesetzt werden, die nach Datenangaben nicht nur Zeichnungen anfertigen, sondern auch perspektivisch ein Bild vermitteln. ,,Es gibt bereits Geräte, die aus Längs-, Querschnitten und Draufsichten die genauen dreidimensionalen Abbildungen eines Gegenstandes erstellen können, bevor er existiert. Auf entsprechenden Befehl kann der Computer den Gegenstand aus jedem beliebigen Blickwinkel zeigen.

Diese Anwendungsmöglichkeit läßt sich beispielsweise im Bereich der Architektur noch erweitern. Eine visuelle Darstellung wie die oben beschriebene ließe sich von jedem geplanten öffentlichen Gebäude anfertigen; die Bürger könnten so selbst entscheiden, ob sie seinem Aussehen und Standort zustimmen. ... Durch angemessenen Einsatz könnten wir die Bürgerschaft an der Stadt- und Bauplanung effektiv beteiligen. Theoretisch besteht also ein Potential zur Demokratisierung des Entscheidungsprozesses." (S. 12 ff.)

Daß diese Mittel so nicht eingesetzt werden, liegt gerade im Kapitalverhältnis, nicht an den Geräten selbst. Nun läßt Cooley das nicht zum Fetischisten dieser Maschinen werden, sondern er legt dar, daß Kreativität und Flexibilität des Arbeiters/Technikers im Zusammenspiel mit z.B. den Computern unter enormen Leistungen für die Gesellschaft möglich wären, ja eine erhebliche Steigerung der Produktivkraft. Genau dies spielte sich auch in der Praxis bei der Schaffung der Produkte durch die Lucas Aerospace-Beschäftigten ab.

,,Die Lucas-Arbeiter haben versucht – und bis ins Detail darüber diskutiert –, die Technologien ausfindig zu machen, die der Phantasie der Hände und Köpfe der Arbeiter freien Lauf und sich in nichthierarchisch aufgebauten Formen der *industriellen Organisation* eingliedern lassen." (S. 121) Mit diesem Ansatz wird auch die Beschränkung aktueller Diskussionen um ,,al-

Darstellung wie die oben beschriebene ließe sich von jedem geplanten öffentlichen Gebäude anfertigen; die Bürger könnten so selbst entscheiden, ob sie seinem Aussehen und Standort zustimmen. ... Durch angemessenen Einsatz könnten wir die Bürgerschaft an der Stadt- und Bauplanung effektiv beteiligen. Theoretisch besteht also ein Potential zur Demokratisierung des Entscheidungsprozesses." (S. 12 ff.)

Daß diese Mittel so nicht eingesetzt werden, liegt gerade im Kapitalverhältnis, nicht an den Geräten selbst. Nun läßt Cooley das nicht zum Fetischisten dieser Maschinen werden, sondern er legt dar, daß Kreativität und Flexibilität des Arbeiters/Technikers im Zusammenspiel mit z.B. den Computern unter enormen Leistungen für die Gesellschaft möglich wären, ja eine erhebliche Steigerung der Produktivkraft. Genau dies spielte sich auch in der Praxis bei der Schaffung der Produkte durch die Lucas Aerospace-Beschäftigten ab.

,,Die Lucas-Arbeiter haben versucht – und bis ins Detail darüber diskutiert –, die Technologien ausfindig zu machen, die der Phantasie der Hände und Köpfe der Arbeiter freien Lauf und sich in nichthierarchisch aufgebauten Formen der *industriellen Organisation* eingliedern lassen." (S. 121) Mit diesem Ansatz wird auch die Beschränkung aktueller Diskussionen um ,,al-
ternative Produktion" auf den handwerklichen Bereich, den Eigenbedarf, die Befriedigung ,,unmittelbarer Bedürfnisse", ein Stück weit überwunden. Das Beispiel der Lucas Aerospace-Arbeiter zeigt nämlich, daß die entscheidende Frage nicht ist, wie nah der *einzelne* Produzent am *einzelnen* Produkt die Erfüllung seiner Arbeit wahrnehmen kann und das vielleicht nur mit handwerklichem Geschick – also ohne Einsatz der entwickelten technischen Hilfsmittel, – sondern daß die Überwindung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der Entfremdung der Arbeit, nicht im eigentlichen Sinne eine Frage der entwickelten Maschinerie selbst ist. Entscheidend ist, ob die Produzenten die entsprechenden Produktionsmittel frei, bewußt und in Kooperation mit verschiedensten Fertigkeiten in die Hand nehmen können.

Gleiche Technik im Sozialismus?

In diesem Zusammenhang wirft Mike Cooley allerdings nicht nur die Frage nach der Aufhebung der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmittel auf, sondern er wendet sich auch der Frage zu: Kann die Technik, wie sie sich im Kapitalismus entwickelt, bruchlos in den Sozialismus übernommen werden? Auf den Erfahrungen bei Lucas Aerospace aufbauend, bestreitet er dies: ,,Es hat sich darüberhinaus gezeigt – wenn auch nur ein erster bescheidener Anfang gemacht wurde –, daß die Konstruktionsmethodik einer ,,sozialistischen Technologie" radikal anders sein müßte als die der heutigen Technologie.

Für ihn ist klar, daß der Taylorismus, die Methode der Teilung der Arbeit und der Quantifizierung und zeitmäßigen Bestimmung der Arbeitsabläufe des Arbeiters, ein grundlegendes Übel kapitalistisch geformter Technik ist. Diese Methode verstümmele den Arbeiter geradezu in einen Teilarbeiter, diese Form der Fabrikökonomie dürfe keinesfalls in einer sozialistischen Gesellschaft übernommen werden. Er sagt: ,,Wissenschaft, wie sie in den technologisch ,,fortgeschrittenen" Gesellschaften praktiziert wird, und hierzu möchte ich auch die sogenannten sozialistischen Länder rechnen, hat mit dem Taylorismus die methodologischen Grundforderungen: Vorhersagbarkeit, Wiederholbarkeit und Quantifizierbarkeit gemein. Hält man diese Grundpfeiler der wissenschaftlichen Methodik, dann folgt daraus, daß Wissenschaftlichkeit die Eliminierung des menschlichen Urteilsvermögens, des Subjektiven und des Unwägbaren voraussetzt. Aber Wissen, in seiner manuellen wie intellektuellen Form, kann mit der Fähigkeit, mit dem Unwägbaren umzugehen, aufs engste verbunden sein ... Wenn wir es also als wünschenswert betrachten, Wissen und Können der Menschen zu fördern (was ich tue), dann müssen wir Systeme entwickeln, die auf spezifisch dem Menschen eigene Entscheidungsweisen reagieren können und auf sie eingehen, statt sich zum Herren über sie zu machen. Die bereits beschriebenen telechirischen Geräte bedeuten einen Anfang zur Lösung dieses Problems." (S. 141)

Seine Kritik am ,,sogenannten Sozialismus" bezieht sich also auf die direkte Übernahme technischer Beziehungen aus dem Kapitalismus. Das allein bedeutet für ihn schon eine Entartung der Produktion und ist ein Hinweis, daß die Produzenten dort nicht Beherrscher der Produktionsweise sind. So weit so gut. Die Frage bleibt aber zu beantworten, inwieweit die Ökonomie der Zeit – und sie bildet

ten sozialistischen Länder rechnen, hat mit dem Taylorismus die methodologischen Grundforderungen: Vorhersagbarkeit, Wiederholbarkeit und Quantifizierbarkeit gemein. Hält man diese Grundpfeiler der wissenschaftlichen Methodik, dann folgt daraus, daß Wissenschaftlichkeit die Eliminierung des menschlichen Urteilsvermögens, des Subjektiven und des Unwägbaren voraussetzt. Aber Wissen, in seiner manuellen wie intellektuellen Form, kann mit der Fähigkeit, mit dem Unwägbaren umzugehen, aufs engste verbunden sein ... Wenn wir es also als wünschenswert betrachten, Wissen und Können der Menschen zu fördern (was ich tue), dann müssen wir Systeme entwickeln, die auf spezifisch dem Menschen eigene Entscheidungsweisen reagieren können und auf sie eingehen, statt sich zum Herren über sie zu machen. Die bereits beschriebenen telechirischen Geräte bedeuten einen Anfang zur Lösung dieses Problems." (S. 141)

Seine Kritik am ,,sogenannten Sozialismus" bezieht sich also auf die direkte Übernahme technischer Beziehungen aus dem Kapitalismus. Das allein bedeutet für ihn schon eine Entartung der Produktion und ist ein Hinweis, daß die Produzenten dort nicht Beherrscher der Produktionsweise sind. So weit so gut. Die Frage bleibt aber zu beantworten, inwieweit die Ökonomie der Zeit – und sie bildet
ein Grundelement der tayloristischen Zerteilung der Arbeitsbewegungen – auch unter anderen Produktionsverhältnissen berücksichtigt werden soll. Mike Cooley reagiert hier recht schroff in seiner Ablehnung. Für ihn war es schon ein Grundfehler, wie Lenin den Taylorismus sah:

,,Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem, vereinigt in sich – wie alle Fortschritte des Kapitalismus – die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvollster wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, der Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, der Ausarbeitung der Rechnungsführung und der Kontrolle usw. ..."

Nun sind die Prinzipien des Taylorismus nicht einfach zu übernehmen, und bleibt auch zu überprüfen, inwieweit tatsächlich die Übernahme im Sowjetsystem verfehlt war. Trotzdem dürfte die gesamte Verwerfung, die sich bei Mike Cooley ausdrückt, überzogen sein. Denn wenn Mike Cooley von den eigenen Erfahrungen bei Lucas Aerospace ausginge, würde doch deutlich, daß die Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler auch diese Seite *bewußt* und *kontrolliert* in Anwendung bringen könnten. Solch eine Aufgabe besteht eben gerade auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, wo es eben nicht um die bedingungslose Übernahme oder Verwerfung geht, sondern um die Klärung durch die Produzenten.

Die Perspektiven des Lucas-Aerospace-Plans

Die Thesen und Gedanken Mike Cooleys, die zuvor geschildert wurden, sie bildeten tatsächlich auch das Grundgerüst des Plans der Beschäftigten bei Lucas Aerospace, denn anders ist ihre Initiative, sind die Produkte gar nicht zu erklären, wäre dieser Schritt nicht möglich gewesen. Der Ansatz ist also in vieler Hinsicht zukunftsweisend und trägt tatsächlich den Keim einer sozialistischen Produktionsweise- und praxis in sich:

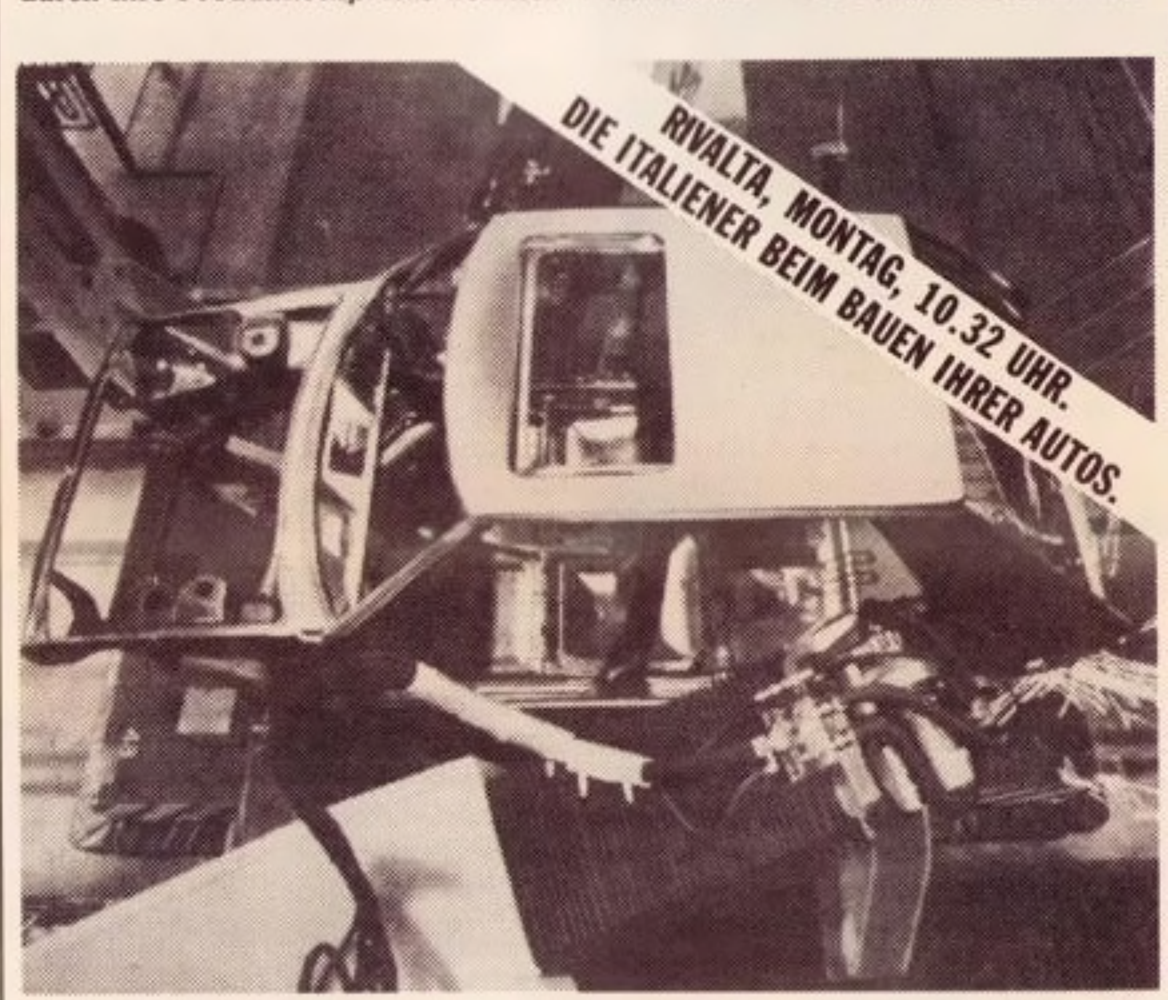
1. Die ,,einfachen Arbeiter" haben in der Realisierung der Produkte eine entscheidende Rolle eingenommen. Nur durch ihre Produktions*praxis* konnten



Hier, im Ritmo-Werk in Rivalta bei Turin, hat die Zukunft des Automobilbaus schon begonnen. Automatische Robocarrier fahren die Karosserieteile durch die riesigen Produktionsanlagen. Wie von Geisterhand gesteuert. Mit einer Präzision, wie sie der Mensch nie erreichen kann, werden die Teile an den Stationen zusammengesetzt und vollautomatisch verschweißt. Das System heißt Robogate und ist einzigartig im europäischen Automobilbau.

1. Die ,,einfachen Arbeiter" haben in der Realisierung der Produkte eine entscheidende Rolle eingenommen. Nur durch ihre Produktions*praxis* konnten

stellung entsprechender Produkte. Naturwüchsig entsteht auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse



Hier, im Ritmo-Werk in Rivalta bei Turin, hat die Zukunft des Automobilbaus schon begonnen. Automatische Robocarrier fahren die Karosserieteile durch die riesigen Produktionsanlagen. Wie von Geisterhand gesteuert. Mit einer Präzision, wie sie der Mensch nie erreichen kann, werden die Teile an den Stationen zusammengesetzt und vollautomatisch verschweißt. Das System heißt Robogate und ist einzigartig im europäischen Automobilbau.

Die Menschen, die früher diese gefährliche und ungesunde Arbeit ausführten, werden heute für verantwortungsvollere und interessante Aufgaben eingesetzt. Nicht nur für die Wartung und Kontrolle der automatischen Anlage. Sondern auch für ihre Weiterentwicklung.

FIAT

So beweist Fiat, daß man mit besseren Arbeitsplätzen auch bessere Autos baut.

Diese ,,offene" Reklame der Fiat-Werke zeigt die Nutzung des Computers/Roboters im Sinne des Profits in Reinkultur. Was aber, wenn die Produzenten diese Arbeitsmittel beherrschen können, wenn sie über diese verfügen?

viele Pläne der Techniker und Wissenschaftler überhaupt in die Praxis umgesetzt werden. Es wurde klar, daß ihre Initiative und Kreativität sich unter diesen Bedingungen weitgehend entfalten konnte.

2. In den Beispielen selber zeigt sich die Realisierung der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, mit dem Erfolg potenzierter Ergebnisse.

3. Die Abstimmung der ,,sozial nützlichen Güter" geschah durch die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern des Projektes und der örtlichen Umgebung, der direkt angesiedelten Bevölkerung. Insofern wurde hier auch die Kommunalisierung der Produktion in Ansätzen verwirklicht, jedenfalls eine direkte Beziehung zwischen Produzenten und Konsumenten hergestellt. Einige Produkte wurden erst geschaffen durch die Befragung dieser ,,Konsumenten". Der Gebrauchswert rückt in den Mittelpunkt der Produktion.

4. Die Umwandlung der Produkte, von Rüstungsgütern auf ,,sozial nützliche Güter", wurde selbst mit Effektivitätsberechnungen verbunden. Nach den Berechnungen der Arbeiter wäre eine profitable Produktion unter kapitalistischen Bedingungen möglich gewesen, gerade weil die Produktivkraft der Arbeit einen hohen Grad erreicht hatte. Die Kapitalisten allerdings weigerten sich, diese Produkte zu produzieren.

5. Das Beispiel zeigt, daß ein Bruch mit der spezifisch kapitalistischen Anwendung der Technik notwendig ist, um sowohl den Gebrauchswert des Produktes gesteigert zu realisieren, sowie die Entfremdung der Produzenten von ihren Produkten aufzuheben. Andererseits ist gezeigt, daß der Kapitalismus tatsächlich schon die Mittel seiner eigenen Überflüssigmachung geschaffen hat – wenn auch in verkümmerter Form.

Ein wichtiges Problem allerdings bleibt. Bei dem Lucas Aerospace-Plan handelt es sich um ein Projekt, was nie in das Stadium der Produktion dieser Prototypen im breiteren Umfang gekommen ist. Das heißt, in dem Moment, wo diese ,,sozial nützlichen Güter" in die Massenproduktion gegangen wären oder würden, stellt sich das Problem der Produktion dieser Serien durch die entsprechenden Produktionsarbeiter. Es würde dann nicht mehr um den Bau des Prototyps gehen – wo die Kooperation von vornherein vereinfacht gewesen ist, wo bewußt jedwede Trennung von Hand- und Kopfarbeit angegangen werden konnte – sondern um die fortlaufende Herstellung entsprechender Produkte. Naturwüchsig entsteht auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse somit wieder ,,einfache Arbeit", weitgehende Arbeitsteilung. All das, was man aus der Fabrikproduktion so kennt. Hier beginnt also eigentlich erst das weite Feld der Umgestaltung, d.h. es müssen gerade noch die Formen gefunden werden. Aber, wieweit können sie unter heutigen Verhältnissen überhaupt gefunden und erprobt werden? Das Kapital selber erprobt sie nicht. Es schafft höchstens Robotersysteme, die heute eine Fabrik beherrschen und wo fast automatisch Automobilfertigung betrieben wird. Die Arbeiter werden vollends Anhängsel der Maschinerie. Oder ist es hier denkbar, die Kontrolle dieser Maschinerie in Arbeiterhand zu bewerkstelligen und die ,,überzähligen" Arbeiter entsprechend gesellschaftlichen Bedürfnissen in anderen Bereichen der Produktion Gebrauchswerte produzieren zu lassen? Ein Gedanke schon – nur nicht unter Kapitalverhältnissen.

Und damit haben wir auch den Hinweis auf das schwierigste Problem, die Monopolisierung der Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten, was auch der Lucas Aerospace-Plan nicht überwinden konnte, um sozusagen zur umfassenden Verwirklichung überzugehen.

Produktionsmittel, Arbeiterselbstverwaltung und die Macht

,,Es liegt daher auf der Hand, daß der Hauptwiderspruch nur gelöst werden kann, wenn in den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln ein Wandel stattfindet", sagt Mike Cooley und auch die Lucas Aerospace-Arbeiter gingen von vornherein nicht von einer Übernahme der Fabrik aus, wo auch keineswegs ein direkter Stillstand von Produktionsanlagen vorgenommen wurde. Somit war auch ein System der Arbeiterselbstverwaltung von Anfang an ausgeschlossen. Selbstverwaltung herrschte nur *außerhalb* der Fabrik in der Produktion an den Projekten, zusammen mit einigen wissenschaftlichen Instituten. Das Risiko eigener Produktion und damit verbundener Kapitalaufbringung wollten die Arbeiter nicht auf sich nehmen.

Trotzdem wird einiges auf das System der Arbeiter*kontrolle in* und *über* der Produktion bei Lucas Aerospace gesetzt, verbunden mit der Hoffnung auf eine sozialistische Perspektive der englischen Arbeiterbewegung. Allerdings trat auch darin ein Rückschlag ein, Mike Cooley wurde 1981 entlassen, Gewerkschaften und Beschäftigte waren nicht in der Lage, dies zu verhindern.

In einer solchen Situation hilft auch wenig die Vorgehensweise von Alfred Sohn-Rethel in seinem Aufsatz ,,Produktionslogik gegen Aneignungslogik"[1]:

,,Denn das Eigentümliche der Lucas-Aerospace-Initiative ist ja, daß hier die Alternative zum kapitalistischen System keineswegs über den Weg einer proletarischen Revolution angegangen wird, sondern durch die Schaffung und Vorbereitung einer verschiedenartigen Produktionsweise. Statt erst veränderte Machtverhältnisse zu schaffen, um anschließend die Produktionsweise zu verändern, treten hier die Vertreter der neuen Produktionsweise direkt gegen die bestehenden auf – bei unentschiedenem und offengelassenem Machtkampf ... Natürlich kann man bei der Lucas Aerospace ins Leben getretenen Initiative den Titel einer Alternativbewegung zur Produktionsweise des Kapitals – auf den sie selbst übrigens keinen Anspruch macht – verweigern, solange sie der Macht entbehrt, ihren Plänen Wirklichkeit zu verschaffen. Und eine ‚Machteroberung durch das Proletariat' ist in Großbritannien nicht absehbar. Aber ist ein solcher Weg zur Macht überhaupt wünschenswert, selbst wenn er in greifbare Nähe gerückt wäre? Wir haben mit den Resultaten solcher Machteroberungen genügend Erfahrungen gemacht, um uns vor Wiederholungen zu warnen. Wenn der ‚Partei des Proleta-

In einer solchen Situation hilft auch wenig die Vorgehensweise von Alfred Sohn-Rethel in seinem Aufsatz ,,Produktionslogik gegen Aneignungslogik"[1]:

,,Denn das Eigentümliche der Lucas-Aerospace-Initiative ist ja, daß hier die Alternative zum kapitalistischen System keineswegs über den Weg einer proletarischen Revolution angegangen wird, sondern durch die Schaffung und Vorbereitung einer verschiedenartigen Produktionsweise. Statt erst veränderte Machtverhältnisse zu schaffen, um anschließend die Produktionsweise zu verändern, treten hier die Vertreter der neuen Produktionsweise direkt gegen die bestehenden auf – bei unentschiedenem und offengelassenem Machtkampf ... Natürlich kann man bei der Lucas Aerospace ins Leben getretenen Initiative den Titel einer Alternativbewegung zur Produktionsweise des Kapitals – auf den sie selbst übrigens keinen Anspruch macht – verweigern, solange sie der Macht entbehrt, ihren Plänen Wirklichkeit zu verschaffen. Und eine ‚Machteroberung durch das Proletariat' ist in Großbritannien nicht absehbar. Aber ist ein solcher Weg zur Macht überhaupt wünschenswert, selbst wenn er in greifbare Nähe gerückt wäre? Wir haben mit den Resultaten solcher Machteroberungen genügend Erfahrungen gemacht, um uns vor Wiederholungen zu warnen. Wenn der ‚Partei des Proleta-
riats' die Machteroberung gelingt, bleibt die Macht unfehlbar in den Händen ihrer Funktionäre, und das erklärte Ziel ist radikal verfälscht ... Der ideale Verlauf der Entwicklung wäre, daß die Initiative, die bei Lucas Aerospace den Anfang genommen hat und die das Kernstück der Umwälzung betrifft, dank der Nacheiferung von seiten der Belegschaften anderer Großfirmen – es sind jetzt etwa zwanzig – allmählich nationale Ausdehnung gewänne und dadurch eine politische Umwälzung gesellschaftlichen Ausmaßes in Gang bringen könnte."

Leider spricht alles gegen eine solche Entwicklung, denn wem wäre sie nicht lieb? Das ,,ideale" kommt eben nicht widerspruchslos zum Durchbruch. Es muß wohl doch erkämpft werden. Und die Sache mit den verfehlten Revolutionen und der Warnung vor Wiederholungen – warum sollten nicht die Lucas Aerospace-Arbeiter und Techniker und überhaupt die Lohnabhängigen die ,,Avantgarde" sein, was die Führung einer neuen Gesellschaft angeht? Man wird also doch wohl lernen müssen. Sowohl was die Frage der Machteroberung durch die Produzenten angeht, wie aus dem Beispiel von Lucas Aerospace, welches einen großen Ausblick auf eine solche Zukunft eröffnet.

1 In Peter Löw-Beer, Industrie und Glück, Der Alternativplan von Lucas Aerospace, Wagenbach 1981, 14,50 DM. – Zitat von S. 195, 209 f. – Das Buch enthält ebenfalls sehr detaillierte Angaben zum Lucas-Aerospace-Plan, sowie eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Naturwissenschaften und Technik im Kapitalismus.

Trendwende im Bildungssystem?

„Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist auf Eliten angewiesen und hierzu gehören gut ausgebildete Facharbeiter ebenso wie gut ausgebildete Ingenieure und Spitzenleistungen in der Wissenschaft.“ (CDU-Papier)

„Das duale System (in der Berufsausbildung, d. Red.) hat die Herausforderung, die sich aus den geburtenstarken Jahrgängen ergab, bestanden. Jetzt haben sich die Unternehmen zu rüsten für den Wettbewerb um die geburtenstarken Jahrgänge ...“

„Der technische Fortschritt wird in Zukunft nicht revolutionär, sondern evolutionär verlaufen. Der Bedarf an fachlich hochqualifizierten Mitarbeitern wird steigen, eine Dequalifizierung wird in der Regel nicht stattfinden, die geistige und moralische Bewältigung des technischen Fortschritts muß zu einer zentralen Bildungsaufgabe werden. Mehr mathematisches und naturwissenschaftliches Wissen kann dazu beitragen, irrationale Ängste abzubauen.“ (W. Schlaffke, Institut der deutschen Wirtschaft)

naturwissenschaftliches Wissen kann dazu beitragen, irrationale Ängste abzubauen.“ (W. Schlaffke, Institut der deutschen Wirtschaft)

Diese Äußerungen lassen sich zu einer Litanei verlängern: über die notwendige „Aufwertung der Hauptschule“, den mindestens genauso notwendigen „Mut zur Erziehung“, die Klage über die unzureichenden Grundkenntnisse der Schüler ..., die Tendenz zum Schmalspurabitur durch die Möglichkeit, Mathematik und Naturwissenschaften in der Oberstufe abzuwählen, die Verflachung des Niveaus auf der Universität, es vergeht kaum längere Zeit, ohne daß sich nicht entweder die Bildungsexperten der Wirtschaftsverbände oder die CDU oder die konservativen Lehrer- und Elternverbände in den Medien dazu äußern. Das Lamento verführt dazu, nur überdrüssig zu reagieren, sozusagen auf das dumpfe propagandistische Geschwätz der „ewig Gestrigen“, die durch Krise und Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte ermutigt werden.

Was aber, wenn es sich um mehr, um ein ernst zu nehmendes neues Programm für das Bildungswesen handelt, eine ernst zu nehmende Trendwende? Immerhin gibt die Häufung von politischen Äußerungen, die in eine Richtung weisen, in der Regel Anlaß dazu, den materiellen Gründen nachzugehen. Diese Aufgabe hat sich die Arbeitsgruppe zum Bildungswesen gestellt und bis jetzt einige vorläufige Ergebnisse gewonnen.

Die Arbeit an dieser Frage ist nicht nur von theoretischem Interesse, weil die Formen und Möglichkeiten der praktischen Auseinandersetzung um Bildung und Ausbildung von ihrer Beantwortung abhängen. Es gibt kaum theoretische Zusammenfassungen, Arbeiten zu diesem Thema, auf die man sich einfach stützen könnte, auch nicht von gewerkschaftlicher Seite. Vermutlich ist das aber weniger eine Besonderheit des „Bildungsbereichs“ als Ausdruck der allgemeinen Unsicherheit in den Gewerkschaften über angemessene Reaktion auf die Krise und die veränderte politische Lage. Seitdem in den 60er Jahren die klassischen bildungsökonomischen Theorien entwickelt wurden und in den 70ern eine sehr öffentliche kritische Auseinandersetzung mit diesen Ansätzen stattfand, ist nicht viel Neues hinzugekommen. Die Defensive, in die Jugendarbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen des Staates diejenigen anscheinend gebracht hat, die für quantitative und qualitative Verbesserungen im Bildungswesen eintreten, scheint die Bearbeitung dieses Themas nicht besonders vielversprechend zu machen.

Wir haben, um erst einmal einen Ansatz zu finden, neuere Veröffentlichungen der Kapitalistenverbände, der Gewerkschaften herangezogen und darüberhinaus einige wissenschaftliche Arbeiten, die versuchen, das Problem des Auseinanderklaffens zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu lösen. Bei den Kapitalistenverbänden

Bildung und Ausbildung von ihrer Beantwortung abhängen. Es gibt kaum theoretische Zusammenfassungen, Arbeiten zu diesem Thema, auf die man sich einfach stützen könnte, auch nicht von gewerkschaftlicher Seite. Vermutlich ist das aber weniger eine Besonderheit des „Bildungsbereichs“ als Ausdruck der allgemeinen Unsicherheit in den Gewerkschaften über angemessene Reaktion auf die Krise und die veränderte politische Lage. Seitdem in den 60er Jahren die klassischen bildungsökonomischen Theorien entwickelt wurden und in den 70ern eine sehr öffentliche kritische Auseinandersetzung mit diesen Ansätzen stattfand, ist nicht viel Neues hinzugekommen. Die Defensive, in die Jugendarbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen des Staates diejenigen anscheinend gebracht hat, die für quantitative und qualitative Verbesserungen im Bildungswesen eintreten, scheint die Bearbeitung dieses Themas nicht besonders vielversprechend zu machen.

Wir haben, um erst einmal einen Ansatz zu finden, neuere Veröffentlichungen der Kapitalistenverbände, der Gewerkschaften herangezogen und darüberhinaus einige wissenschaftliche Arbeiten, die versuchen, das Problem des Auseinanderklaffens zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu lösen. Bei den Kapitalistenverbänden

zitieren wir vor allem W. Schlaffke, weil er besonders zugespitzt formuliert, die Tendenz ist aber einheitlich. Ein Vergleichsmaßstab – neben eigenen, davon abweichenden oder darüberhinausgehenden Vorstellungen – sind zunächst die in der Hochkonjunktur entwickelten quantitativen und qualitativen Vorstellungen von Bildung. Der erste Schritt bestand deshalb notgedrungen in einer erneuten Selbstverständigung über die materiellen und politischen Triebkräfte der Bildungsreform und der bewußten Auseinandersetzung mit früheren eigenen Interpretationen.

Einig waren sich damals wie heute alle Interpretationen von links bis rechts, daß die ökonomische Entwicklung der BRD eine Umstruktuierung des Bildungswesens notwendig mache. Angesichts verengter Märkte, gesteigerter Konkurrenz auf dem Weltmarkt, großem Arbeitskräftemangel war eine Revolutionierung der Produktion, eine veränderte organische Zusammensetzung des Kapitals notwenig. Die Anforderungen an Qualifikation, die die neue Produktionsweise an zumindest einen großen Teil der Arbeitskräfte stellte, waren durch die Ausbildung im herkömmlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulwesen nicht abgedeckt.

Natürlich hatte es schon in den 50er Jahren immer wieder Anpassungen durch Veränderung der Lehrpläne und des Fächerkanons gegeben, so durch stärkere Berücksichtigung der Natur*wissenschaften* oder die Einführung des Englischunterrichtes in den Volksschulen und zaghafte Versuche, Bildungsgänge durchlässiger zu machen durch Erleichterung bzw. Abschaffung der Eingangsprüfungen für die höheren Schulen.

In der Bildungsreform ging es aber um einen quantitativ und qualitativ durchschlagenden Vorgang. Die Ausbildung sollte einerseits andere, d.h. höhere naturwissenschaftliche und technologische Qualifikation auf verschiedenen Levels schaffen und andererseits mehr höher ausgebildete Kräfte. Dazu reichte das bisherige Potential an höheren Schul-, Fachhochschul- und Universitätsabschlüssen bei weitem nicht aus. „Begabungsreserven“ mußten erschlossen, Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte und Bauern mußten ermutigt werden, ihre Kinder, auch die Mädchen, auf höhere Schulen zu schicken. Die geplante Ausdehnung im naturwissenschaftlich technischen Bereich hatte die Ausdehnung anderer Bereiche zur Folge oder sogar zur Bedingung, wie z.B. die der Lehrerausbildung.

Bestand soweit im großen und ganzen Einigkeit – mal abgesehen davon, daß die Kapitalisten die ökonomischen Erfordernisse als außerordentlich positiv und im Interesse des Gesamtwohls beschrieben und die Linken als Ergebnis des Profitinteresses – war unter den Kräften, denen es um Bildung im Interesse der Lohnabhängigen ging, umso umstrittener, welche Rolle eben diese „Objekte“ der Reform spielten.

Waren sie nur „Objekte“, sozusagen Opfer oder waren mit der Reform des Schulwesens positive eigene Interessen berührt? Es ist bekannt, daß ge-

rerseits mehr höher ausgebildete Kräfte. Dazu reichte das bisherige Potential an höheren Schul-, Fachhochschul- und Universitätsabschlüssen bei weitem nicht aus. „Begabungsreserven“ mußten erschlossen, Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte und Bauern mußten ermutigt werden, ihre Kinder, auch die Mädchen, auf höhere Schulen zu schicken. Die geplante Ausdehnung im naturwissenschaftlich technischen Bereich hatte die Ausdehnung anderer Bereiche zur Folge oder sogar zur Bedingung, wie z.B. die der Lehrerausbildung.

Bestand soweit im großen und ganzen Einigkeit – mal abgesehen davon, daß die Kapitalisten die ökonomischen Erfordernisse als außerordentlich positiv und im Interesse des Gesamtwohls beschrieben und die Linken als Ergebnis des Profitinteresses – war unter den Kräften, denen es um Bildung im Interesse der Lohnabhängigen ging, umso umstrittener, welche Rolle eben diese „Objekte“ der Reform spielten.

Waren sie nur „Objekte“, sozusagen Opfer oder waren mit der Reform des Schulwesens positive eigene Interessen berührt? Es ist bekannt, daß ge-

rade der KBW die These von der Bildungsreform als bloßem Betrugsmanöver ohne Berührung mit den Interessen der Massen besonders heftig vertreten hat. Die verschiedenen falschen Detailinterpretationen empirischer Fakten etc. sind mittlerweile so sehr von den Tatsachen überholt, daß sich eine Behandlung wenig lohnt.

Es gab aber Erscheinungen und ungeklärte Fragen, die solches Verständnis der Bildungsreform schon nahelegen konnten und deren Untersuchung auch heute noch von allgemeinem Interesse ist:

1. Ist es das Bestreben des Kapitals, so gering wie möglich qualifizierte Arbeitskräfte zu haben?
2. Kann eine Maßnahme, die erwiesenermaßen im Interesse der Kapitalisten ist, weil von ihnen gefordert, gleichzeitig im Interesse der Arbeiter und Lohnabhängigen sein?
3. Welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte bestimmen, wie die staatlich organisierte Bildungs- und Ausbildung im Kapitalismus aussieht?

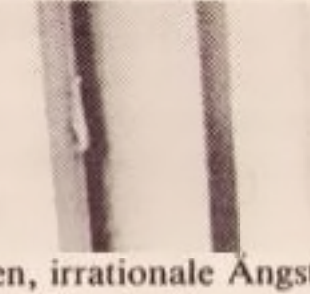
Bei der Beantwortung dieser Fragen sind falsche Schlußfolgerungen aus richtigen Annahmen gezogen worden.

Es ändert nichts an der *Tendenz* des Kapitals, die Arbeitskraft zu entwerten, daß es aus stofflichen Gründen der Produktion zeitweilig notwendig wird, Arbeitskräfte höher zu qualifizieren. Meistens setzt gleich hinterher der Versuch ein, Arbeitsprozesse wieder zu zerlegen und einfache Arbeiten daraus zu machen. Der Produktionsprozeß ist eben nicht nur Verwertung, sondern auch konkrete Arbeit.

Die Vorstellung, die Kapitalisten hätten die Anwendung der neuen Technologien beherrscht, d.h. genaue Kenntnisse über den Gang und die Entwicklung der konkreten Arbeitsprozesse gehabt, ist durch nichts begründet, ebensowenig hatten sie aus denselben Gründen ein detailliertes Konzept über die Organisierung von Schule, die ihren Zwecken am besten entspräche und über die wirklich erforderlichen Mengen jeweils ausgebildeter Arbeitskraft.

(Das zeigt die ganze Schulgeschichte unter dem Kapitalismus) Beides mußte experimentell ausprobiert werden. Deshalb kann auch der Eindruck von Interessenidentität entstehen, wenn er sich an der Tatsache festmacht, daß sowohl die Kapitalistenverbände als auch die Organisation der Lohnabhängigen eine veränderte Schule, erweiterten Zugang etc. fordern. Aber wenn diese Identität bestünde, wäre es vollständig unerklärlich, warum nach sehr kurzer Zeit ziemlich heftiger bis heute andauernder Streit um die Gesamtschulen, um Lehrinhalte etc. entstand.

Der Irrtum bestand darin, aus der Form, die die neue Schule annahm, Gesamtschule mit Differenzierung in A, B und C-Kursen, Reproduzierung des dreigliedrigen Schulsystems durch Auslese, auf die Interessen und Bedürfnisse zu schließen, die auf seiten der Arbeiterbewegung tatsächlich be-



(Das zeigt die ganze Schulgeschichte unter dem Kapitalismus) Beides mußte experimentell ausprobiert werden. Deshalb kann auch der Eindruck von Interessenidentität entstehen, wenn er sich an der Tatsache festmacht, daß sowohl die Kapitalistenverbände als auch die Organisation der Lohnabhängigen eine veränderte Schule, erweiterten Zugang etc. fordern. Aber wenn diese Identität bestünde, wäre es vollständig unerklärlich, warum nach sehr kurzer Zeit ziemlich heftiger bis heute andauernder Streit um die Gesamtschulen, um Lehrinhalte etc. entstand.

Der Irrtum bestand darin, aus der Form, die die neue Schule annahm, Gesamtschule mit Differenzierung in A, B und C-Kursen, Reproduzierung des dreigliedrigen Schulsystems durch Auslese, auf die Interessen und Bedürfnisse zu schließen, die auf seiten der Arbeiterbewegung tatsächlich be-



Gesamtschule – die Kapitalisten fürchten die Aufhebung des 3-gliedrigen Schulsystems. Bislang war diese Furcht unnötig.

standen. Das wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Gesamtschule ganz anders propagiert wurde – nämlich: im Angriff auf das dreigliedrige Schulsystem als Klassenschule, als einheitliche Schule, in der alle Kinder gemeinsam und nicht nach ihrer sozialen Herkunft sortiert unterrichtet wurden, als Ganztagsschule mit besseren materiellen und Förderungsmöglichkeiten. Zu sehen, daß die Organsationsform der Schule die Durchführung dieser Ziele ziemlich schwer machen würde, war damals sehr schwer möglich. Und es gibt eben die Tatsache, daß sich in dieser Schulform die Zahl der höheren Abschlüsse erhöht hat.

Vor allem wurde übersehen, daß es in parlamentarischen Demokratien um die konkrete Organisierung gesellschaftlicher Aufgaben durch den Staat Auseinandersetzungen gibt, die bis zu einem bestimmten Maß nach den Kräfteverhältnissen entschieden werden.

Genau diese Kräfteverhältnisse haben sich inzwischen ziemlich verändert. Krise, Arbeitslosigkeit, vor allem auch Jugendarbeitslosigkeit schwächen die Lohnabhängigen. Diese Bedingung ermöglicht es den Kapitalistenverbänden, bzw. ihren Bildungsexperten, ziemlich offen und ungeniert ihre Vorstellungen und Pläne zu entwickeln.

Nach unseren bisherigen Ergebnissen gehen wir davon aus, daß eine reale Trendwende im Bildungswesen angestrebt wird. Die Vorstellungen dazu sind einigermaßen klar entwickelt.

Sie sind in den zu Anfang angeführten Zitaten ausdrücklich benannt, wenn auch teilweise etwas verklausuliert:

1. Gleichwertigkeit der Facharbeiterausbildung ist eine vornehme Umschreibung für Ausdehnung der Schülerzahl, die die Hauptschule und Berufsausbildung durchmacht.
2. Die Hochschule als Ort, an dem Eliten ausgebildet werden („Die Hochschulpolitik der Vergangenheit arbeitet auf das Ziel hin, möglichst vielen möglichst Gleiches zu bieten. Die Folge war Niveausenkung ...“ Schlaffke, S. 8)
3. unbedingte Erhaltung des dualen Systems der Berufsausbildung.

Diesen Forderungen liegt die Einschätzung zugrunde, daß bis Ende der 80er Jahre aus der günstigen Lage des Überangebots von Jugendlichen, die eine betriebliche Ausbildung machen wollen, herauszukommen ist. Diese neue Perspektive der Bildungspolitik und des Bildungswesens läßt sich mit ihrer Dramatik und Brisanz durch folgende demographische Daten illustrieren. Zwischen 1980 und 1990 wird sich die für die Betriebslehre entscheidende Schülerschaft (15- und 16jährige Absolventen der Hauptschule, Realschule, des Gymnasiums) fast halbieren (1980 1,03 Mio.; 1985: 795000; 1990: 582). Berücksichtigt man die von den staatlichen Stellen geplanten Schulabschlüsse, vor allem die Zahl der Studienberechtigten, so werden sich ... im Verhältnis zum Arbeitsmarkt große Spannungen ergeben.“ ...

Deshalb sollen schon jetzt Voraussetzungen geschaffen werden, die den „Kampf“ um die geburtenschwachen Jahrgänge gewinnbar für die Kapitalisten machen. Angesichts der Tatsache, daß sich die Anzahl der Schüler, die ei-

Diesen Forderungen liegt die Einschätzung zugrunde, daß bis Ende der 80er Jahre aus der günstigen Lage des Überangebots von Jugendlichen, die eine betriebliche Ausbildung machen wollen, herauszukommen ist. Diese neue Perspektive der Bildungspolitik und des Bildungswesens läßt sich mit ihrer Dramatik und Brisanz durch folgende demographische Daten illustrieren. Zwischen 1980 und 1990 wird sich die für die Betriebslehre entscheidende Schülerschaft (15- und 16jährige Absolventen der Hauptschule, Realschule, des Gymnasiums) fast halbieren (1980 1,03 Mio.; 1985: 795000; 1990: 582). Berücksichtigt man die von den staatlichen Stellen geplanten Schulabschlüsse, vor allem die Zahl der Studienberechtigten, so werden sich ... im Verhältnis zum Arbeitsmarkt große Spannungen ergeben.“ ...

Deshalb sollen schon jetzt Voraussetzungen geschaffen werden, die den „Kampf“ um die geburtenschwachen Jahrgänge gewinnbar für die Kapitalisten machen. Angesichts der Tatsache, daß sich die Anzahl der Schüler, die ei-

nen höheren Schulabschluß machen und der Hochschulabsolventen ständig erhöht, und sie zu Recht davon ausgehen, daß sich ein erhöhtes gesellschaftliches Anspruchsniveau an Bildung herausgebildet hat, richten sie den Angriff direkt gegen alle Tendenzen in Richtung Verlängerung der Schulzeit, Ausweitung der Allgemeinbildung. „ ‚Lebenslanges Lernen muß zum Rechtsanspruch für die Arbeitnehmer ausgestaltet und verwirklicht werden‘ fordert das DGB-Programm ... Hinter dieser Forderung steht unverändert die Utopie von der Chancengleichheit im Sinne gleicher Bildungsangebote und gleicher Bildungsabschlüsse für alle. Die Förderung praktischer Aus-und Weiterbildung steht nicht im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Zielsetzungen, sondern die höhere Allgemeinbildung ...“ (Schlaffke, a.a.O., S. 14)

Sie setzen verstärkt auf die berufliche Bildung und hier vor allem auf das duale System. So scheint ihnen auch die viel genauere Regelung, d.h. Quantifizierung von beruflich direkt verwertbaren Fähigkeiten möglich, auf die es ihnen ankommt. Das allgemeinbildende Schulwesen entwickelt eine viel zu große Eigendynamik, die es ermöglicht, dem Interesse an Ausweitung der allgemeinen Bildung nachzukommen.

In der beruflichen Bildung ist der Einfluß der Kapitalisten unter der Bedingung des dualen Systems gesetzlich geregelt viel größer und direkter, weil sie auch das Monopol über die Ausbildungsplätze haben.

Solche Veränderungen des Schulwesens: endgültige Festschreibung der Dreigliedrigkeit, Ausweitung des Anteils der Hauptschüler und der Facharbeiter, die direkt nach der Hauptschule in die Berufsschule gehen, Reduzierung der höheren Schulabschlüsse, verstärkte berufliche Fort- und Weiterbildung, Beschränkung der höheren Ausbildungsgänge auf technisch-naturwissenschaftliche Bereiche scheint ihnen machbar, weil sie, wie zu Angang zitiert, davon ausgehen, daß heute und in den nächsten Jahren „alles umwälzende technologische Sprünge“ (Schlaffke) nicht zu erwarten sind. Wichtig ist, die Bildungsexperten der Wirtschaftsverbände halten die ideologische Seite der Schulausbildung „die moralische und geistige Bewältigung des Fortschritts“ für wesentlich, wohl, weil sie die gesellschaftlichen Widersprüche auf diesem Gebiet als sehr scharf ansehen.

Gegenüber dieser Offensive sind noch wenig Gegenkonzepte entwickelt. Eindeutig ist, der Apell an „gemeinsame“ Interessen an guter Ausbildung „der jungen Generation“ als „Kapital einer Nation für die Zukunft“ ist hilf- und nutzlos. Dieses gemeinsame Interesse gibt es nicht, weil für die Kapitalisten entscheidend immer die direkte Verwertbarkeit von Ausbildung ist und das kann zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich viel Bildung bedeuten. Auf sowas kann man sich aber nicht mehr einlassen.

Klar ist, daß die Gewerkschaften selbständig Vorstellungen von Bildung und Ausbildung entwickeln müssen, die sich lösen von den direkten ökonomischen Anforderungen. Überlegun-

Wichtig ist, die Bildungsexperten der Wirtschaftsverbände halten die ideologische Seite der Schulausbildung „die moralische und geistige Bewältigung des Fortschritts“ für wesentlich, wohl, weil sie die gesellschaftlichen Widersprüche auf diesem Gebiet als sehr scharf ansehen.

Gegenüber dieser Offensive sind noch wenig Gegenkonzepte entwickelt. Eindeutig ist, der Apell an „gemeinsame“ Interessen an guter Ausbildung „der jungen Generation“ als „Kapital einer Nation für die Zukunft“ ist hilf- und nutzlos. Dieses gemeinsame Interesse gibt es nicht, weil für die Kapitalisten entscheidend immer die direkte Verwertbarkeit von Ausbildung ist und das kann zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich viel Bildung bedeuten. Auf sowas kann man sich aber nicht mehr einlassen.

Klar ist, daß die Gewerkschaften selbständig Vorstellungen von Bildung und Ausbildung entwickeln müssen, die sich lösen von den direkten ökonomischen Anforderungen. Überlegun-

gen, die in Richtung auf Zusammenfassung von Berufen, breiter Grundausbildung, möglichst umfassende allgemeine Bildung gehen, muß man auf ihre Brauchbarkeit hin untersuchen. Man muß sich auch positiv auf ein legitimes emanzipatives Interesse an Bildung, die allseitige Entfaltung von Fähigkeiten besinnen.

In allen Konzepten und Vorschlägen, die es bisher gibt, stecken positive Ideen, aber das Problem, daß vielfältige Ausbildung unter kapitalistischen Bedingungen immer die Gefahr der Entwertung der Arbeitskraft birgt, besteht natürlich weiter und macht solche Vorschläge gleichzeitig gefährlich.

U.T.

„Wie wars im Schwimmbad?" – „Alles voller Kanaken." – „Siehste, bei mir im Garten gibts keine Kanaken, solltest das nächste mal besser mit mir mitkommen." Gespräch zweier Nachbarn in Frankfurt, 6. Juni 1982. Betroffenes Erstaunen als ich das hörte – von denen hätte ich das nicht gedacht.

Natürlich, die wachsende Ausländerfeindlichkeit gerade in den beiden letzten Jahren ist nicht mehr zu übersehen: Hetzparolen wie „Ausländer raus", „Kanaken an den Galgen", „Die Juden habens hinter sich, die Türken vor sich" finden sich immer häufiger an Wände geschmiert; Stimmengewinne für Nazi-Tarnlisten wie „Liste Ausländerstopp"; Überfälle und Zerstörungen von Ausländerwohnungen und -einrichtungen, usw. – Die das machen, sind eine kleine Minderheit. Aber die anderen?

Es sind bedeutend mehr als die, die offen ausländerfeindlich auftreten, für die das Wort „Kanake" zur Alltagssprache geworden ist. Bei vielen steht „Kanake" als Sammelbegriff für alle Ausländer, vor allem für die aus einem anderen Kulturkreis, wie Türken, Afghanen, Afrikaner, die bei uns leben und arbeiten, und die am besten wieder in ihre Heimatländer geschickt werden sollen. Natürlich, sie haben nichts gegen Ausländer, aber ... in den Straßenbahnen und Schwimmbädern hört man kaum noch ein deutsches Wort; in manchen Wohngegenden und Parks kaum man schon nicht mehr gehen, da sie von Ausländern okkupiert sind; wenn Arbeitsplätze fehlen, dann müssen sie halt zurück; sie haben hier gut verdient, aber jetzt wo es damit vorbei ist, können sie uns nicht auf der Tasche liegen. Nein, man ist nicht gegen Ausländer, aber ...

Es ist unsinnig und auch falsch, diese Haltung einfach als chauvinistisch oder gar faschistisch zu bezeichnen. Die nahezu 50% der Bevölkerung, die sich in einer Umfrage für die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimatländer ausgesprochen haben, sind nicht faschistisch. Aber für sie wurde – um die Konkurrenz und Spaltung innerhalb der arbeitenden Klasse zu verschärfen und mit regierungsamtlicher Förderung – ein Sündenbock für die gegenwärtige Krise geschaffen – „die Ausländer", die die Arbeitsplätze wegnehmen, die Wohnungen besetzt halten, die Straßen verunsichern etc. Vom Sündenbock war es in der Geschichte noch nie weit zu direkten und umfassenden Gewaltmaßnahmen, und wenn ein Sündenbock seine Schuldigkeit getan hat, dann sind rasch die nächsten dran. Viel Phantasie braucht man nicht, die Geschichte hält Lektionen genug bereit.

Es gibt auch andere Beispiele, Beispiele wachsender Solidarität zwischen Deutschen und Ausländern: viele örtliche Initiativen gegen Ausländerfeind-

kaum man schon nicht mehr gehen, da sie von Ausländern okkupiert sind; wenn Arbeitsplätze fehlen, dann müssen sie halt zurück; sie haben hier gut verdient, aber jetzt wo es damit vorbei ist, können sie uns nicht auf der Tasche liegen. Nein, man ist nicht gegen Ausländer, aber ...
Es ist unsinnig und auch falsch, diese Haltung einfach als chauvinistisch oder gar faschistisch zu bezeichnen. Die nahezu 50% der Bevölkerung, die sich in einer Umfrage für die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimatländer ausgesprochen haben, sind nicht faschistisch. Aber für sie wurde – um die Konkurrenz und Spaltung innerhalb der arbeitenden Klasse zu verschärfen und mit regierungsamtlicher Förderung – ein Sündenbock für die gegenwärtige Krise geschaffen – „die Ausländer", die die Arbeitsplätze wegnehmen, die Wohnungen besetzt halten, die Straßen verunsichern etc. Vom Sündenbock war es in der Geschichte noch nie weit zu direkten und umfassenden Gewaltmaßnahmen, und wenn ein Sündenbock seine Schuldigkeit getan hat, dann sind rasch die nächsten dran. Viel Phantasie braucht man nicht, die Geschichte hält Lektionen genug bereit.
Es gibt auch andere Beispiele, Beispiele wachsender Solidarität zwischen Deutschen und Ausländern: viele örtliche Initiativen gegen Ausländerfeind-
lichkeit, gemeinsame Stadtteilfeste, gegenseitige Hilfe, gemeinsame betriebliche Kämpfe – gegenüber dem Fordstreik von 1973 zeichnen sich die gegenwärtigen Betriebsbesetzungen und Kampfmaßnahmen gegen die Krise gerade durch gemeinsame solidarische Aktionen von deutschen und ausländischen Arbeitern aus.

Man muß aber kein Schwarzmaler sein, um zu sehen, daß es höchste Zeit ist, einen der Schwerpunkte der politi-



Jürgen Waller: Brief aus der Heimat (1974)

Bernd Wagner

Drinnen und draußen zugleich

Literatur von ausländischen Arbeitern und Exilanten in Westdeutschland

Jürgen Waller: Brief aus der Heimat (1974)
Bernd Wagner
Drinnen und draußen zugleich
Literatur von ausländischen Arbeitern und Exilanten in Westdeutschland

schen, gewerkschaftlichen und der kulturellen Arbeit auf den Kampf gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit zu legen. Die Regierungsmaßnahmen zur Ausländerpolitik, sowohl gegenüber Exilbewerbern wie auch gegen die „Gastarbeiter" (vgl. zuletzt KVZ 20, S. 1) gilt es zu verhindern, die behördliche und privatkapitalistische Praxis der Ausländerdiskriminierung und -hetze muß angegriffen und bekämpft werden. Und es gilt verstärkt aufklärend tätig zu werden, damit diese Politik der Ausländerfeindlichkeit nicht auf fruchtbaren Boden fällt. Aufklären und Kenntnisse vermitteln über die wirklichen Ursachen der Krise und wer vor ihr und der Ausländerfeindlichkeit profitiert und vor allem auch darüber, wie und warum die ausländischen Exilierten und Arbeiter hier leben, um zum Verständnis für ihre Probleme und ihre andere kulturelle Identität beizutragen.

schen, gewerkschaftlichen und der kulturellen Arbeit auf den Kampf gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit zu legen. Die Regierungsmaßnahmen zur Ausländerpolitik, sowohl gegenüber Exilbewerbern wie auch gegen die „Gastarbeiter" (vgl. zuletzt KVZ 20, S. 1) gilt es zu verhindern, die behördliche und privatkapitalistische Praxis der Ausländerdiskriminierung und -hetze muß angegriffen und bekämpft werden. Und es gilt verstärkt aufklärend tätig zu werden, damit diese Politik der Ausländerfeindlichkeit nicht auf fruchtbaren Boden fällt. Aufklären und Kenntnisse vermitteln über die wirklichen Ursachen der Krise und wer vor ihr und der Ausländerfeindlichkeit profitiert und vor allem auch darüber, wie und warum die ausländischen Exilierten und Arbeiter hier leben, um zum Verständnis für ihre Probleme und ihre andere kulturelle Identität beizutragen.

Um Letzteres zu unterstützen, soll hier auf einige Bücher hingewiesen werden, die dazu nützlich sind.

Bei den meisten, der ca. 4,5 Millionen in Westdeutschland lebenden Ausländer handelt es sich um „Gastarbeiter". Leicht vergessen wird dabei, daß in Westdeutschland auch eine größere Zahl von politisch verfolgten leben, die hierher ins Exil geflohen sind, und die häufig unter noch erbärmlicheren Bedingungen leben, als andere ausländische Arbeiter und die ebenfalls Objekt ausländerfeindlicher Hetze und behördlicher Willkür, von polizeilichen Zwangsmaßnahmen und beruflichen Schikanen sind. Flüchtlinge und Exilierte aus süd- und mittelamerikanischen Militärdiktaturen wie Chile, Argentinien oder Brasilien, aus Afghanistan, Vietnam oder Äthiopien.

Exil – ist nicht nur ein Begriff für das Leiden und Elend während der faschistischen Gewaltherrschaft in Europa zwischen 1933 und 1945, sondern im Exil leben auch gegenwärtig mehrere zehn Millionen Menschen. Allein seit dem blutigen Militärputsch in Chile 1973, mit dem die Volksfrontregierung Allendes gestürzt wurde, leben 1 Millionen Chilenen, das sind 10% der chilenischen Bevölkerung, im Exil.

Carlos Lira ist einer von ihnen. Unter Allende war er in Chile Gefängnisdirektor, 1973 beim Militärputsch wur-

sche Arbeiter und die ebenfalls Objekt ausländerfeindlicher Hetze und behördlicher Willkür, von polizeilichen Zwangsmaßnahmen und beruflichen Schikanen sind. Flüchtlinge und Exilierte aus süd- und mittelamerikanischen Militärdiktaturen wie Chile, Argentinien oder Brasilien, aus Afghanistan, Vietnam oder Äthiopien.
Exil – ist nicht nur ein Begriff für das Leiden und Elend während der faschistischen Gewaltherrschaft in Europa zwischen 1933 und 1945, sondern im Exil leben auch gegenwärtig mehrere zehn Millionen Menschen. Allein seit dem blutigen Militärputsch in Chile 1973, mit dem die Volksfrontregierung Allendes gestürzt wurde, leben 1 Millionen Chilenen, das sind 10% der chilenischen Bevölkerung, im Exil.
Carlos Lira ist einer von ihnen. Unter Allende war er in Chile Gefängnisdirektor, 1973 beim Militärputsch wur-
de er verhaftet, gefoltert und zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Haft in verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern wurde er 1975 nach Westdeutschland abgeschoben. Carlos Lira hat seine Erfahrungen im westdeutschen Exil niedergeschrieben.

Carlos Lira: Und Chile ist weit und nah. Drei Jahre Exil in der BRD, Wuppertal, Dritte Welt Laden, 1981, 145 Seiten, 14,00 DM

Carlos Lira gibt in seinem autobiographischen Bericht eine bedrückende Schilderung über die Asylpraxis in Westdeutschland. Beim Lesen dieses Buches wird einem eindringlich vor Augen geführt vor welchen Schwierigkeiten und Problemen ausländische Flüchtlinge heute im Exil in Westdeutschland stehen. „Bitterer Whisky des Exils" heißt ein Kapitel, die Überschrift könnte auch über dem ganzen Buch stehen. Die behördlichen Schikanen; die schwierige Lösung der alltäglichsten Aufgaben, die für uns selbstverständlich sind, die für die im Exil lebenden zu fast unüberwindlichen Hindernissen werden, vor allem, wenn sie aus einem ganz anderen Kulturkreis kommen; die Kälte und das Unverständnis auf die sie stoßen; die Trennung vom politischen Kampf in der Heimat; die Entwurzelung aus der gewohnten Umgebung – alles das sind Momente, die das Leben im Exil bestimmen, und die man schwer verstehen, wenn man diese Erfahrung noch nicht machen mußte.

„Der Exilierte lebt überhaupt nicht in seiner Zeit, sondern vielmehr in der Vergangenheit oder Zukunft. In der Gegenwart ist er nur physisch anwesend. Er hat dieses Land nicht freiwillig aufgesucht, auf der Suche nach besseren materiellen Aussichten. Als Kritiker eines von der ganzen Welt verabscheuten Regimes wurde er in die Verbannung geschickt. Welche Veranlassung hat er, sich mit diesem aufgezwungenen Exil zu arrangieren? ... Der politische Flüchtling lebt ein gespaltenes Leben: seine Familie ist zerstreut; er selbst physisch in Deutschland, geistig aber in Chile. Das Exil als gelebte Ausnahme verändert die Pyche, obwohl man das zunächst nicht merkt. Schon mancher exilierte Patriot hat gesagt: ‚Die Todesangst bei den simulierten Erschießungen war furchtbar und hat sicher Spuren hinterlassen. Aber ich glaube, die Spuren des Exils sind tiefer.' "

Carlos Lira schildert aber auch die Möglichkeiten der Weiterführung des politischen Kampfes im bitteren Elend des Exils, die Unterstützung und Solidarität, die er in Westdeutschland erfahren hat, von Gewerkschaften, politischen Organisationen und kirchlichen Vertretern. Er zeigt diesen Kampf im Exil am Beispiel der durchgesetzten Forderung nach Rücknahme der Akkreditierung des chilenischen Militärattachés Ackerknecht in der chilenischen Botschaft in Bonn, einem der berüchtigsten Folterer der chilenischen Armee und an dem Hungerstreik zur Unterstützung der Forderung nach Aufklärung über das Schicksal verschwundener Chilenen (Mai/Juni 1978).

Carlos Liras Buch gibt einen Einblick in das Leben und die Probleme von Exilierten in Westdeutschland, der betroffen macht und hilft viel zum

sung hat er, sich mit diesem aufgezwungenen Exil zu arrangieren? ... Der politische Flüchtling lebt ein gespaltenes Leben: seine Familie ist zerstreut; er selbst physisch in Deutschland, geistig aber in Chile. Das Exil als gelebte Ausnahme verändert die Pyche, obwohl man das zunächst nicht merkt. Schon mancher exilierte Patriot hat gesagt: ‚Die Todesangst bei den simulierten Erschießungen war furchtbar und hat sicher Spuren hinterlassen. Aber ich glaube, die Spuren des Exils sind tiefer.' "
Carlos Lira schildert aber auch die Möglichkeiten der Weiterführung des politischen Kampfes im bitteren Elend des Exils, die Unterstützung und Solidarität, die er in Westdeutschland erfahren hat, von Gewerkschaften, politischen Organisationen und kirchlichen Vertretern. Er zeigt diesen Kampf im Exil am Beispiel der durchgesetzten Forderung nach Rücknahme der Akkreditierung des chilenischen Militärattachés Ackerknecht in der chilenischen Botschaft in Bonn, einem der berüchtigsten Folterer der chilenischen Armee und an dem Hungerstreik zur Unterstützung der Forderung nach Aufklärung über das Schicksal verschwundener Chilenen (Mai/Juni 1978).
Carlos Liras Buch gibt einen Einblick in das Leben und die Probleme von Exilierten in Westdeutschland, der betroffen macht und hilft viel zum
Verständnis für ihre Schwierigkeiten. Es ist gleichzeitig auch ein Appell den Kampf der Chilenen hier und in Chile gegen Pinochets Militärdiktatur nicht aus den Augen zu verlieren und ihn zu unterstützen.

Zu dem gleichen Problem soll noch auf zwei Nummern von Zeitschriften aufmerksam gemacht werden, in denen viele lateinamerikanische Autoren zu Wort kommen, die im Exil leben müssen. In ihnen sind literarische Arbeiten aus dem Exil, Gedichte, Zeichnungen, Kurzgeschichten, und Aufsätze zum Leben und Arbeiten im Exil gesammelt:

Lateinamerikanische Literatur im Kampf und im Exil, die horen. Zeitschrift für Literatur, Grafik und Kritik, Heft 118, 2/1980, (Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven) 184 Seiten, 7,00 DM

Vorsicht! die Poesie ist auf der Straße, Himmel&Erde Linksradikale Revue, Nr. 3/4, Bremen 1981 (Verlag Roter Funke) 163 Seiten, 14,80 DM

Als Picasso von einem Nazioffizier gefragt wurde, ob er das Bild „Guernica" gemalt habe, soll er geantwortet haben: „Nicht ich, ihr habt es gemalt." Daran fühlte man sich erinnert, wenn man die literarischen und künstlerischen Verarbeitungen der Exilsituation zur Kenntnis nimmt. Viele von denen, die im Exil malen oder schreiben, haben erst nach ihrer Vertreibung aus der Heimat angefangen. Ein ähnlicher Prozeß hat auch bei einem Teil der Ausländer stattgefunden, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Westdeutschland kamen. In der Ghettositutation, getrennt von der Familie und der Heimat, in der Umwelt häufig auf Haß, Ablehnung und Mißtrauen gestoßen, wurden diese Erfahrungen literarisch und künstlerisch ausgedrückt und verarbeitet. Ein Sammelband gibt einen guten Überblick über die künstlerische Produktion von „Gastarbeitern" und Exilierten in Westdeutschland und einen Einblick in die Probleme, die Ausländerfeindlichkeit und Schwierigkeiten, mit denen Ausländer in Westdeutschland konfrontiert sind:

Zu Hause in der Fremde. Ein bundesdeutsches Ausländer-Lesebuch, hrsg. v. Ch. Schaffernicht, Fischerhude (Verlag Atelier im Bauernhaus) 1981, 221 Seiten, ca. 20,00 DM

In elf Kapiteln werden literarische Arbeiten, Gedichte, Kurzerzählungen von ausländischen und deutschen Autoren, Zeichnungen und Bilder und theoretische Artikel zu Problemen der Ausländer in Westdeutschland vorgestellt, u.a. zu den Themen: Ausländerfeindlichkeit, Arbeitsleben, Probleme kultureller Identität, Leben im Exil, Probleme der Kinder und Jugendlichen. *Auch wenn mir bei manchen Texten die Aufnahme in die Sammlung nicht verständlich ist, etwa P. Parnass' „Friede?" und ich andere für wenig erkenntnisfördernd halte, so gibt der Sammelband insgesamt doch einen recht guten Einblick in die Probleme von Ausländern in Deutschland und ihrer künstlerischen Verarbeitung, mit denen sie versuchen, diese Probleme und Schwierigkeiten verständlich zu machen.

Auf ein weiteres Buch soll in diesem Zusammenhang hingewiesen werden,

lerische Produktion von „Gastarbeitern" und Exilierten in Westdeutschland und einen Einblick in die Probleme, die Ausländerfeindlichkeit und Schwierigkeiten, mit denen Ausländer in Westdeutschland konfrontiert sind:
Zu Hause in der Fremde. Ein bundesdeutsches Ausländer-Lesebuch, hrsg. v. Ch. Schaffernicht, Fischerhude (Verlag Atelier im Bauernhaus) 1981, 221 Seiten, ca. 20,00 DM
In elf Kapiteln werden literarische Arbeiten, Gedichte, Kurzerzählungen von ausländischen und deutschen Autoren, Zeichnungen und Bilder und theoretische Artikel zu Problemen der Ausländer in Westdeutschland vorgestellt, u.a. zu den Themen: Ausländerfeindlichkeit, Arbeitsleben, Probleme kultureller Identität, Leben im Exil, Probleme der Kinder und Jugendlichen. *Auch wenn mir bei manchen Texten die Aufnahme in die Sammlung nicht verständlich ist, etwa P. Parnass' „Friede?" und ich andere für wenig erkenntnisfördernd halte, so gibt der Sammelband insgesamt doch einen recht guten Einblick in die Probleme von Ausländern in Deutschland und ihrer künstlerischen Verarbeitung, mit denen sie versuchen, diese Probleme und Schwierigkeiten verständlich zu machen.
Auf ein weiteres Buch soll in diesem Zusammenhang hingewiesen werden,
das gleichfalls gut geeignet ist, Kenntnisse über die Probleme, speziell der türkischen Arbeiter und ihrer Familien in Deutschland, zu vermitteln und damit Verständnis und Respektierung für ihre andere Kultur, ihre Lebensart und ihr Verhalten zu ermöglichen:

Dursun Akcam: Trautes Heim, Glück allein. Wie Türken Deutsche sehen, (deutsch-türkisch) Bornheim-Merten (Lamuv Tb 15) 1982, 280 Seiten, 14,80 DM

Fernsehtip

Der Western **„Scharfschütze Jimmy Ringo"** gehört nicht zu den Filmen, die erzählen, wie eine Legende wird, sondern was er davon hat. Hier stirbt der Mythos des Revolverhelden in den vorgeführten Wünschen nach einer kleinbürgerlichen Lebensweise. 1950 drehte Henry King mit Gregory Peck in der Hauptrolle diesen Film. *Samstag, 12.6., 23.05 Uhr im ZDF.* – Wer nicht ganz in Fußballübertragungen versinken will, findet wohl Lohnendes in folgenden Filmen: **„Wem die Stunde schlägt"** nach dem Buch von Ernest Hemingway, 1943 gedreht. Liebe im spanischen Bürgerkrieg, mit allen Sympathien auf seiten der Republikaner und Partisanengruppen, durften Gary Cooper und Ingrid Bergmann in diesem Film verkörpern. *Sonntag, 13.6., 20.45 Uhr im ARD.* – Der polnische Spielfilm **„Gefährliche Ruhe"** von Krzysztof Kieślowski, 1976 gedreht, lag in Polen einige Jahre auf Eis. Er problematisiert Straffälligkeit, Rückkehr ins Arbeitsleben und Konflikte zwischen Arbeitern und „Obrigkeit". *Montag, 23.30 Uhr im ARD.* – Zum 17. Juni wird das Fernsehspiel **„Gedenktag"** von 1970 wiederholt. Der Film basiert auf Augenzeugenberichten, die in ihren verschiedensten Aussagen gegenübergestellt werden. so wurden die Ereignisse vom 17. Juni 1953 anhand einer Stadt in der DDR rekonstruiert. *Donnerstag, 17.6., 18.15 Uhr im ARD.* – **„Fail Save – Feuer wird vom Himmel fallen"** ist einer der ersten Filme, die sich mit dem zukünftigen Einsatz von Atombomben und der „Verselbständigung" der technischen Einrichtungen befaßte. Allerdings kommt der Hurrapatriotismus nach einem „versehentlichen" Angriff auf Moskau nicht zu kurz. *Freitag, 18.6., 23.00 Uhr im ZDF.* – Stärkste Konkurrenz zum vorstehenden Film dürfte mit **„Der Malteser Falke"** auftreten. John Hustons Verfilmung des Romans „Der Malteser Falke" von Dashiell Hammett, mit Humphrey Bogart als Privatdetektiv Sam Spade, ist sehenswert. *Freitag, 18.6., 24.00 im ARD.*